

Zeitschrift: Gesetze, Dekrete und Verordnungen des Kantons Bern
Herausgeber: Staatskanzlei des Kantons Bern
Band: 1 (1831)

Rubrik: Gesetze, Dekrete und Verordnungen des Kantons Bern

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

V e r f a s s u n g

für die

Republik Bern.

Wir, der Präsident und die Mitglieder des 6. Juli
Verfassungs Rathes der Republik Bern, 1831

urfunden hiermit:

Daß Wir, kraft erhaltener Vollmacht und nach reiflicher
Berathung, den folgenden Entwurf einer neuen Staatsver-
fassung für die Republik Bern, an dem zu Ende gemeldten
Tag in der nachstehenden Abfassung, zum Entscheid durch
das bernische Volk über seine Annahme oder Verwerfung,
endlich beschlossen haben und somit öffentlich bekannt machen.

Verfassung für die Republik Bern.

T i t e l 1.

Allgemeine Bestimmungen.

§. 1. Die Republik Bern ist ein freier Staat, mit
repräsentativer Verfassung, und bildet einen Kanton der
schweizerischen Eidgenossenschaft.

6. Juli 1831. §. 2. Ihr Gebiet ist in siebenundzwanzig Amtsbezirke eingetheilt.

Die allfällige Ausgleichung und Abänderung derselben bleibt jedoch dem Gesetz überlassen.

Die Einrichtung einzelner Zweige der Staatsverwaltung kann sich über mehrere dieser Amtsbezirke zugleich oder über Theile von Amtsbezirken erstrecken.

§. 3. Die Souveränität beruht auf der Gesamtheit des Volkes. Sie wird einzig durch einen Großen Rath, als Stellvertreter des Volkes, verfassungsmäßig ausgeübt.

Der Große Rath überträgt dem Regierungsrathe kraft der Verfassung die nöthige Gewalt zu Handhabung und Vollziehung der Gesetze, und den Gerichtsstellen die Gewalt zu Beurtheilung der Streitsachen und Straffälle.

Als der höchsten Staatsgewalt, bleibt jedoch dem Großen Rathe die Oberaufsicht sowohl über die vollziehenden, als über die gerichtlichen Behörden, und das Begnadigungsrecht.

§. 4. Das Recht der Gesetzgebung wird durch den Großen Rath einzig ausgeübt.

Die Ausübung der vollziehenden und der richterlichen Gewalt soll in allen Stufen der Staatsverwaltung getrennt bleiben.

§. 5. Jedes Mitglied des Großen Rathes und jeder Staatsbeamte soll bei dem Antritte seiner Stelle auf die Staatsverfassung und auf die Erfüllung seiner Amtspflichten beeidigt werden.

§. 6. Kein Staatsbürger der Republik Bern, der in einem andern Staate politische Rechte ausübt, kann diese Rechte zugleich in der Republik Bern ausüben.

§. 7. Alle Staatsbürger der Republik sind gleich vor dem Gesetze.

§. 8. Alle Staatsbürger der Republik haben gleiche

politische Rechte, insofern sie die durch die Verfassung selbst bestimmten Eigenschaften besitzen. 6. Juli 1831.

§. 9. Der Staat anerkennt keine Vorrechte des Orts, der Geburt, der Personen und der Familien.

Kein Staatsbürger soll sich im Gebiete der Republik eines fremden Adelstitels bedienen.

§. 10. Kein Glied des Großen Rathes und kein Beamter des Staats darf von einer fremden Macht eine Pension, einen Titel oder einen Orden annehmen.

§. 11. Die Glaubensfreiheit ist zugesichert.

Die Rechte der bestehenden evangelisch-reformirten Landeskirche, so wie die der römisch-katholischen Kirche, in den sich zu ihnen bekennenden Gemeinden, werden gewährleistet.

Die Einrichtung der Kapitelsversammlungen und einer Generalsynode soll der reformirten Geistlichkeit das Recht zu Anträgen und zu der freien Vorberathung in Kirchensachen zusichern. Die Zusammensetzung der Generalsynode soll auf dem Grundsatz der freien Stellvertretung beruhen.

§. 12. Die Befugniß zu lehren ist unter gesetzlichen Beschränkungen freigestellt.

Niemand darf die seiner Obhut anvertraute Jugend ohne den Grad von Unterricht lassen, der für die untern Schulen vorgeschrieben ist.

Die Sorge für Erziehung und Unterricht der Jugend ist Pflicht des Volkes und seiner Stellvertreter.

Der Staat soll die öffentlichen Schulanstalten und Bildungsanstalten unterstützen und befördern.

§. 13. Die Pressfreiheit ist gewährleistet, und zwar so, daß niemals die Censur, noch irgend eine vorgreifende Maßnahme statt finden kann.

Das Gesetz wird die Strafen des Mißbrauchs der Presse bestimmen.

§. 14. Die persönliche Freiheit ist gewährleistet. Nie-

6. Juli 1831. mand darf verhaftet werden, außer in den Fällen, die das Gesetz bestimmt, und nur unter Beobachtung der vorgeschriebenen Formen und Bedingungen.

Niemand darf seinem ordentlichen Richter entzogen werden.

§. 15. Es sollen weder bei der Verhaftung oder bei der Enthaltung einer Person unnöthige Strenge, noch zu Erpressung eines Geständnisses irgend ein körperliches Zwangsmittel angewendet werden.

Jeder Angeklagte ist als schuldlos zu betrachten, so lange kein Urtheil die Schuld ausgesprochen hat.

§. 16. Die Freiheit der Niederlassung, des Landbaues, des Handels und der Gewerbe wird ausdrücklich anerkannt; unter Vorbehalt gesetzlicher Bedingungen, welche das allgemeine Wohl und erworbene Rechte erfordern.

§. 17. Jede Person, jede Gemeinde oder vom Staat anerkannte Korporation, so wie jede Behörde, hat das Recht, über jeden Gegenstand ihre Ansichten, Wünsche oder Beschwerden, mittelbar oder unmittelbar, vor eine jede Staatsbehörde zu bringen.

Das Gesetz wird die Form bestimmen.

§. 18. Alles Eigenthum ist unverleßlich.

Wenn das gemeine Wohl die Aufopferung eines Gegenstandes desselben erfordert, so geschieht es bloß unter dem Vorbehalte vollständiger Entschädigung. Die Frage über die Rechtmäßigkeit der Entschädigungsforderung und die Ausmittlung des Betrags der Entschädigung, werden durch den Civilrichter entschieden.

§. 19. Jede bürgerliche Stelle soll entweder auf eine bestimmte Amtsdauer ertheilt werden, oder auf periodische Bestätigung hin.

§. 20. Jede Behörde, jeder Beamte und Angestellter ist für seine Amtsverrichtungen verantwortlich.

Das Gesetz wird diese Verantwortlichkeit bestimmen.

6. Juli
1831.

Kein Beamter und Angestellter kann seiner Stelle entsetzt werden, als durch ein Urtheil des kompetenten Richters.

Keiner kann abberufen oder eingestellt werden, als durch einen motivirten Beschluß der kompetenten Behörde.

§. 21. Das Gesetz wird die Fälle bestimmen, in welchen mehrere Stellen nicht von der gleichen Person bekleidet werden können.

§. 22. Persönliche Leistungen und dingliche Lasten, welche gesetzlich abgeschafft oder losgekauft sind, bleiben aufgehoben.

Die Verfassung gewährleistet die Befugniß, die noch bestehenden Zehnten und Grundzinse loszukaufen.

Das Gesetz soll den Loskauf, die Art der Entrichtung der Grundzinse, so wie die Umwandlung der Zehnten in fixe Leistungen in Geld oder Naturalien möglichst, das heißt, so weit es ohne wesentliche Verminderung der reinen Staatseinkünfte geschehen kann, erleichtern.

Kein Grundstück soll künftig, weder durch Vertrag, noch durch letzte Willensverordnung einem Zins oder einer Rente unterworfen werden, die nicht loskäuflich seien.

§. 23. Wenn zum Behuf der Staatsausgaben die gesetzlich bestehenden Einkünfte nicht hinreichen, so sollen die nöthigen Auflagen möglichst gleichmäßig auf alles Vermögen, Einkommen oder Erwerb verlegt werden.

§. 24. Das gegenwärtig vorhandene Kapitalvermögen des Staats, dessen Betrag der Große Rath bestimmen wird, soll nicht angegriffen werden, als auf einen Beschluß des Großen Rathes mit zwei Drittel Stimmen der Gesamtzahl der Glieder desselben.

Der Antrag und die Summe müssen bei Einberufung des Großen Rathes angezeigt worden seyn.

§. 25. Der Staat soll die Oberaufsicht über das

6. Juli Armenwesen und die Leitung desselben führen, und den 1831. Gemeinden durch Rath und That in der Verpflegung der Armen beistehen.

§. 26. Der Staat trägt Sorge für den Unterhalt der Landstraßen und für das Straßenwesen überhaupt. Das Gesetz wird die bisherigen Leistungen des Staates und der betreffenden Gemeinden in billigem Verhältnisse näher bestimmen.

§. 27. Jeder im Gebiete der Republik Bern ange- sessene Schweizerbürger ist, nach den gesetzlichen Bestim- mungen, zum vaterländischen Militärdienste verpflichtet.

§. 28. Es soll in Zukunft keine Militärkapitulation mit einem fremden Staate geschlossen werden.

§. 29. Die französische Sprache ist, gleich der deut- schen, die Volkssprache des Kantons Bern. Die deutsche Sprache macht in öffentlichen Akten und Urkunden die Ursprache aus.

In der Kanzlei wird eine eigene Sektion zu Ueber- setzung der deutschen Verhandlungen und aller öffentlichen Bekanntmachungen ins Französische, niedergesetzt werden.

Alle Gesetze, Verordnungen und allgemeinen Beschlüsse, und alle richterlichen Urtheile, welche Theile des Kantons betreffen, in denen die französische Sprache vorherrschend ist, sollen in beiden Sprachen bekannt gemacht werden.

T i t e l 2.

Stimmrecht, Wahlbarkeit und Wahlen.

§. 30. Jedes Glied einer Gemeindskorporation im Ge- biete der Republik Bern ist Staatsbürger.

§. 31. Um in einer Urversammlung der Republik Bern das Stimmrecht ausüben zu können, muß man:

- 1) Staatsbürger der Republik Bern,
- 2) Im Gebiete derselben wohnhaft,
- 3) nach den Bestimmungen des Gesetzes ehrenfähig seyn, und
- 4) das dreiundzwanzigste Altersjahr zurückgelegt haben.

6. Juli
1831.

Unter diesen Bedingungen und den im zweiunddreißigsten Artikel ausgedrückten Beschränkungen, kann jeder Staatsbürger in den Urversammlungen seiner Bürgergemeinde stimmen.

Wer in einer Urversammlung außer seiner Bürgergemeinde stimmen will, muß überdies:

- 5) seit wenigstens zwei Jahren in der betreffenden Gemeinde wohnhaft seyn, und

- 6) den Besitz eines Grundeigenthums oder eines auf Grundeigenthum versicherten Kapitals von mindestens fünf-
hundert Schweizerfranken bescheinigen;

oder aber einen Pacht- oder einen Miethvertrag, kraft welches er einen Jahrszins von wenigstens zweihundert Schweizerfranken bezahlt;

oder endlich ein obrigkeitlicher Beamter, Offizier im vaterländischen Dienste, oder ein Gemeindevorgesetzter seyn, oder einen wissenschaftlichen Beruf, kraft erhaltenen Patentes, ausüben.

§. 32. Von dem Stimmrechte überhaupt sind ausgeschlossen:

- 1) Alle diejenigen, welche die in dem einunddreißigsten Artikel geforderten Eigenschaften nicht besitzen, oder sich in dem durch den sechsten Artikel bestimmten Ausnahmefälle befinden;
- 2) die Wahnsinnigen und die Blödsinnigen;
- 3) diejenigen, welche der Ehrenfähigkeit eingestellt sind;
- 4) diejenigen, welche seit dem zurückgelegten achtzehnten Altersjahr für sich selbst, für ihre Weiber oder für

6. Juli
1831.

Kinder, deren Unterhaltung ihnen obliegt, eine Armensteuer beziehen, oder bezogen und nicht zurückerstattet haben.

§. 33. Das Gesetz wird die Zulässigkeit der Bürger anderer eidgenössischer Kantone zur Ausübung des Stimmrechts in den Urversammlungen nach dem Gegenrecht bestimmen, insofern diese eidgenössischen Bürger die für die Staatsbürger der Republik Bern vorgeschriebenen Eigenschaften besitzen.

§. 34. Um zum Wahlmanne gewählt werden zu können, muß man:

- 1) Alle Bedingungen der Stimmfähigkeit aufweisen;
- 2) im Bezirke der Urversammlung angesessen seyn, in dem die Wahl statt hat, und in das Verzeichniß der stimmungsfähigen Staatsbürger eingeschrieben seyn.

§. 35. Um in den Großen Rath gewählt werden zu können, muß man:

- 1) Das Stimmrecht in einer Urversammlung ausüben dürfen;
- 2) das neunundzwanzigste Altersjahr zurückgelegt haben;
- 3) ein Grundeigenthum oder ein auf Grundeigenthum versichertes Kapital von wenigstens fünftausend Schweizerfranken besitzen.

Von dieser Bescheinigung eines Vermögens sind jedoch enthoben: die vom Staate angestellten Professoren, und diejenigen, welche für die erste Klasse eines wissenschaftlichen Faches patentirt sind.

- 4) Mit einer Stelle in dem Großen Rathe sind nicht vereinbar:

- a. Geistliche Stellen und geistliche Amtsverrichtungen;
- b. Civilstellen und Militärstellen in fremden Diensten.

§. 36. Die Bedingungen des Stimmrechts und der Wählbarkeit zu den Gemeindebeamtungen, wird das Gesetz aufstellen.

Urversammlungen.

6. Juli
1831.

§. 37. Jede Kirchgemeinde bildet eine Urversammlung. Die Kirchgemeinden, welche mehr als zweitausend Seelen enthalten, können durch das Gesetz, der Dertlichkeit nach, in mehrere Urversammlungen abgetheilt werden.

§. 38. Jede Urversammlung ernennt durch geheimes Stimmenmehr je auf Einhundert Seelen Bevölkerung Einen Wahlmann. Die Bruchzahl über fünfzig zählt je weilen für Einhundert.

Eine Urversammlung von weniger als Einhundert Seelen Bevölkerung ernennt Einen Wahlmann.

Wahlversammlungen.

§. 39. Die von den Urversammlungen eines jeden diesmaligen Amtsgerichtsbezirks, so wie die von den Urversammlungen des Stadtbezirks Bern, ernannten Wahlmänner, bilden je eine Wahlversammlung.

§. 40. Jede dieser Wahlversammlungen erwählt die ihr nach dem Verhältniß der Bevölkerung zukommende Zahl von Gliedern in den Großen Rath, und ersetzt nachher die Austretenden, welche sie erwählt hatte.

§. 41. Die Wahlen der Glieder des Großen Rathes durch die Wahlversammlungen sollen für jede Stelle einzeln, durch geheime Abstimmung und die absolute Stimmenmehrheit, geschehen. Sie können frei auf jeden Staatsbürger fallen, der, nach den Bedingungen des Artikels fünfunddreißig der Verfassung, wahlfähig ist.

§. 42. Die Wahlversammlungen sind aufgelöst, sobald sie die ihnen auffallenden Wahlen und die allfällige Ergänzung derselben vollendet haben, wenn die eine oder die andere durch mehrfache Wahlen der gleichen Person,

6. Juli durch Ablehnung, wegen ihrer Ungültigkeit oder sonst, 1831. dahin gefallen seyn sollte.

Für nachfolgende Wahlen muß durch die Urversammlungen eine neue Wahlversammlung erwählt werden.

T i t e l 3.

S t a a t s b e h ö r d e n.

A b s c h n i t t 1.

Großer Rath.

§. 43. Der Große Rath besteht aus zweihundert und vierzig Gliedern.

Zweihundert derselben werden durch die Wahlversammlungen nach der Vorschrift der Artikel vierzig und einundvierzig frei aus allen, nach den Bestimmungen des Artikels fünfunddreißig wahlfähigen, Bürgern ernannt.

Diese zweihundert erwählen und ergänzen in vorkommenden Fällen die übrigen vierzig Glieder, ebenfalls frei aus allen wählbaren Staatsbürgern.

Wenn aber die Einwohnerschaft der Stadt Bern bereits den Drittel der Gesamtheit der Glieder im Großen Rathe zählt, so darf bei der ersten Wahl dieser vierzig Mitglieder, und bei den nachfolgenden Ergänzungen der periodischen Austritte derselben, nicht mehr als eine Wahl auf einen Staatsbürger fallen, der in Bern ansässig ist, oder ein Jahr vor der Wahl in Bern ansässig war.

Die Wahl dieser vierzig Mitglieder und ihre Ergänzung geschieht durch das geheime, absolute Stimmenmehr. Sie wird für jedes Glied besonders vorgenommen.

Der Wahltag für die Wahl und Ergänzung dieser vierzig Glieder soll den durch die Wahlversammlungen er-

nannten Gliedern des Großen Rathes wenigstens vierzehn 6. Juli
Tage vor der Wahlverhandlung angezeigt, und dieselben 1831.
bei Eiden zur Bewohnung aufgefordert werden.

§. 44. Nach sechs Jahren Amtsdauer tritt ein jedes
Glieder des Großen Rathes aus.

Mit dem Austritt aus dem Großen Rathe sind auch
die Stellen erledigt, die das austretende Glied bekleidete,
insofern sie durch ein Glied des Großen Rathes bekleidet
werden müssen.

Die Glieder des Großen Rathes werden in drei Klassen
eingetheilt, von welchen je eine alle zwei Jahre am ein-
unddreißigsten Dezember austritt und durch die vorher ge-
sehenen Wahlen ersetzt wird.

Wenn ein Glied des Großen Rathes vor der Vollen-
dung seiner Amtsdauer ersetzt werden muß, so kommt das
an seiner Stelle ernannte in die Klasse des ausgetretenen,
und muß dann späterhin auch mit dieser Klasse austreten.

Jedes austretende Glied des Großen Rathes ist sogleich
wieder wählbar.

§. 45. Die Mitglieder des Großen Rathes sind Stell-
vertreter der Gesamtheit des Volkes, und nicht der Wahl-
bezirke, durch welche sie gewählt worden. Sie sollen also
nach ihrer Ueberzeugung für das Wohl des Ganzen stimmen
und dürfen keine Instruktionen annehmen.

§. 46. Die Mitglieder des Großen Rathes beziehen
keine Besoldung.

Diejenigen Glieder, die wegen außerordentlicher Dauer
der Sitzungen mehr als eine Woche im Winter und eine
Woche im Sommer in der Hauptstadt zubringen, beziehen
für die mehrere Zeit eine, auf den Tag berechnete Ent-
schädigung, die das Gesetz bestimmen wird.

Diese Glieder haben auch Anspruch auf eine, durch

6. Juli 1831. das Gesetz zu bestimmende Entschädigung für die nothwendigen Reisen zum Besuche der Sitzungen.

§. 47. Ein Landammann, als erster Staatsbeamter, präsidiert den Großen Rath.

Er wird durch das geheime und absolute Stimmenmehr von dem Großen Rathe aus seiner Mitte, jedoch mit Ausschluß der Glieder des Regierungsrathes, gewählt.

Der Landammann tritt sein Amt auf den ersten Januar an. Nach Ablauf eines Jahres bezieht er die Stelle im Großen Rathe wieder, aus der er zum Landammann erwählt wurde, und ist für das nächstfolgende Jahr nicht wieder wählbar.

Auf die gleiche Weise und unter den gleichen Bedingungen wählt der Große Rath einen Vicepräsidenten.

§. 48. Der Staatschreiber, oder in seiner Abwesenheit je der erste Kanzleibeamte im Range, besorgt die Kanzleigeschäfte für den Großen Rath.

Der Staatschreiber wird vom Großen Rathe, durch das geheime, absolute Stimmenmehr, frei aus allen Staatsbürgern der Republik erwählt. Die Dauer seines Amtes ist sechs Jahre; nach Auslauf derselben ist er aber sogleich wieder wählbar.

Der Staatschreiber hat das Stimmrecht im Großen Rathe nur dann, wenn er Mitglied desselben ist.

§. 49. Der Große Rath kann nur diejenigen Amtsverrichtungen einer andern Behörde oder Beamtung übertragen, deren Uebertragung bereits durch die Staatsverfassung geschieht, oder die er nicht kraft der Staatsverfassung selbst ausüben muß.

§. 50. Als unübertragbar muß der Große Rath die nachfolgenden Gegenstände selbst behandeln und entscheiden:

1) Die Erlassung, Erläuterung, Abänderung und Auf-

hebung von Gesetzen und allgemeinen, bleibenden Verordnungen. 6. Juli 1831.

- 2) Jede gänzliche Erlassung und jede gänzliche Umwandlung einer, durch ein peinliches Urtheil ausgesprochenen Strafe.
- 3) Dispensation von gesetzlichen Gehindernissen.
- 4) Die Errichtung einer neuen, bleibenden und besoldeten Stelle, so wie die Bestimmung ihrer Besoldung.
- 5) Die Entscheidung über streitige oder formwidrige Wahlen der Wahlversammlungen und des Regierungsrathes.
- 6) Die Beurtheilung von Kompetenzstreitigkeiten zwischen Vollziehungsbehörden und Gerichtsstellen.
- 7) Die Bestimmungen des jährlichen Voranschlages (Budget) über das muthmaßliche Einnehmen und Ausgeben des Staates.
- 8) Die Untersuchung und Genehmigung der Staatsrechnung.
- 9) Die Ausschreibung von Steuern und Abgaben.
- 10) Die Anleihen des Staates, welche nicht, als bloße Vorschüsse, durch Abrechnung im gleichen Jahre getilgt werden.
- 11) Die Anwendung von Geldern im Auslande, welche die Summe von zehntausend Schweizerfranken übersteigen, und diejenigen im Inlande unter dem Zinsfuße von vier von Einhundert.
- 12) Die Bestätigung aller Verträge für Salzlieferungen und über den Pacht der Posten.
- 13) Die Bestätigung aller Verträge, durch welche ein Grundeigenthum des Staates, ein Zehnten oder ein Grundzins erworben oder veräußert wird; wenn im erstern Falle der Erwerbungspreis zehntausend Schweizerfranken übersteigt, und im letztern der Werth des

6. Juli
1831.

Veräußerten mehr als viertausend Schweizerfranken beträgt.

- 14) Der Entscheid über alle Gegenstände, welche eine, nicht bereits im Allgemeinen beschlossene, Ausgabe von mehr als sechstausend Schweizerfranken verursachen.
- 15) Die Ertheilung aller außerordentlichen Gratifikationen, welche eintausend Schweizerfranken übersteigen.
- 16) Der Entscheid über Angreifung des Kapitalvermögens des Staates, in Folge des Artikels vierundzwanzig der Verfassung.
- 17) Alle Vorschriften über Schrot, Korn und Werthung der innländischen Geldsorten, und über das Verhältniß der ausländischen zu den innländischen Sorten.
- 18) Die allgemeine Kriegsverfassung des Kantons. Die Verordnungen über die Verpflichtung zum Militairdienste, über die Organisation, Competenz und Prozeßform der Kriegsgerichte.
- 19) Die Aufstellung und Entlassung eines stehenden Truppenkorps.
- 20) Die erste Ernennung der Abgeordneten auf eine eidgenössische Tagssatzung und die erste Instruktion derselben, so wie die Abnahme und Beurtheilung ihres Berichts.
- 21) Die Ertheilung der Standesstimme für Kriegserklärungen und Friedensschlüsse.
- 22) Die Abschließung oder Genehmigung aller Verträge mit andern Staaten, insofern sie nach dem Bundesvertrage den einzelnen Kantonen zustehen, so wie die Ratifikation der Beschlüsse der eidgenössischen Tagssatzung.
- 23) Alle Wahlen für eine Stelle, deren Wirkungskreis sich über das ganze Gebiet der Republik erstreckt,

oder die aus dem Mittel des Großen Rathes selbst getroffen werden müssen, oder die endlich dem Großen Rathe durch die Staatsverfassung oder durch besondere Gesetze übertragen sind. 6. Juli 1831.

- 24) Die Ernennung des Kommandanten eines im Kantonal- dienste aufgestellten Truppenkorps, und aller Offiziers, welche einen höhern Rang, als denjenigen eines Hauptmanns haben.
- 25) Die oberste Aufsicht über die Verwaltung und die Gerechtigkeitspflege.

§. 51. Der Regierungsrath soll dem Landammann, so oft es dieser verlangt, von allen seinen Verhandlungen Kenntniß geben.

§. 52. Jedes Glied des Großen Rathes hat das Recht, schriftlich den Antrag zur Berathung eines Gegenstandes zu machen; das gleiche Recht hat auch ein jedes Departement des Regierungsrathes in Bezug auf Gegenstände seines Amtskreises, und der Regierungsrath in Bezug auf alle Gegenstände ohne Ausnahme.

Die Anträge eines einzelnen Gliedes müssen, nach der Anerkennung ihrer Erheblichkeit, zur Vorberathung an den Regierungsrath gewiesen werden, bevor über dieselben entschieden werden kann.

Die Anträge eines Departements müssen durch den Regierungsrath vorberathen, und mit dem Gutachten desselben dem Großen Rathe zum Entscheid vorgetragen werden.

§. 53. Der Große Rath kann alle an ihn gelangenden Anträge genehmigen, abändern oder verwerfen.

§. 54. Jeder Entwurf eines Gesetzbuchs soll, vor der endlichen Berathung durch den Großen Rath, gedruckt und bekannt gemacht werden; damit der Gesetzgeber die Ansichten des Landes darüber vernehmen und berücksich-

6. Juli 1831. tigen möge; zu welchem Ende das Gesetz eine hinreichende Frist bestimmen wird.

§. 55. Der Große Rath sorgt für die allgemeine Bekanntmachung seiner Verhandlungen, des jährlichen Voranschlags der Einnahmen und Ausgaben des Staates, der Hauptergebnisse der Staatsrechnung und einer jährlichen Uebersicht über die ganze Staatsverwaltung.

§. 56. Die Sitzungen des Großen Rathes sind in der Regel öffentlich. Das Reglement wird die Ausführung dieses Grundsatzes bestimmen.

§. 57. Der Große Rath versammelt sich zu Beseitigung der vor denselben gehörenden Geschäfte jährlich zweimal zu ordentlichen Sitzungen.

Ausserordentlich soll er durch den Landammann zusammenberufen werden:

- 1) wenn der Landammann selbst es nöthig findet;
- 2) wenn es von Seite des Regierungsrathes verlangt wird; und
- 3) wenn zwanzig Glieder des Großen Rathes die Zusammenberufung dieser höchsten Behörde durch einen schriftlichen, motivirten Antrag begehren.

A b s c h n i t t 2.

Vollziehungsgewalt.

§. 58. Ein Regierungsrath, durch die geheime, absolute Stimmenmehrheit von dem Großen Rathe aus seiner Mitte erwählt, bildet die oberste Vollziehungsbehörde.

§. 59. Der Regierungsrath besteht aus dem Schultheißen, als Präsidenten, und sechszehn Gliedern, welche, so wie der Schultheiß, durch diese Ernennung ihre Eigenschaft und Rechte als Mitglieder des Großen Rathes nicht verlieren, aber auch in den Sitzungen desselben kein Vor-

recht und keinen Vorrang vor den übrigen Mitgliedern 6. Juli
haben. 1831.

Ihre Amtsdauer ist auf die Zeit beschränkt, während welcher sie Mitglieder des Großen Rathes sind.

Wenn sie wieder in den Großen Rath erwählt werden, so sind sie sogleich auch wieder wählbar in den Regierungsrath.

§. 60. Der Regierungsrath besorgt alle Theile der Staatsverwaltung, so wie überhaupt die Führung der Regierungsgeschäfte, und legt dem großen Rathe alljährlich, oder so oft es dieser fordert, darüber Rechenschaft ab.

Er wacht über alle höhern Interessen des Staates und trifft zu Handhabung der gesetzlichen Ordnung die nöthig erachtenden Vorkehrungen. In Fällen von dringender, plötzlicher Gefahr kann er die vorläufigen militärischen Sicherheitsmaßregeln anwenden. Er soll aber dem Großen Rath alsogleich davon Kenntniß geben und seinen Entscheid über die weitem, den Umständen angemessenen Vorkehrungen abwarten.

§. 61. Der Schultheiß kann nicht zugleich Landammann der Republik seyn.

Er wird von dem großen Rathe, aus der Mitte des Regierungsrathes, durch das geheime, absolute Stimmenmehr, je auf ein Jahr erwählt. Für das nächstfolgende Jahr ist er nicht wieder wählbar.

Die Amtszeit des Schultheißen fängt je den ersten Januar an.

§. 62. Als Stellvertreter des Schultheißen erwählt der Große Rath, ebenfalls durch die geheime, absolute Stimmenmehrheit und unter den nämlichen Bedingungen, einen Vicepräsidenten.

§. 63. Im Regierungsrath dürfen nicht zu gleicher Zeit sitzen:

- 1) Vater und Sohn;

6. Juli
1831.

- 2) Schwiegervater und Tochtermann;
- 3) Brüder und Halbbrüder;
- 4) Schwäger;
- 5) Oheim und Nefte im Geblüt.

Trennung der Ehe hebt den Ausschluß der Schwägerschaft nicht auf.

§. 64. Das Gesetz wird den Betrag des Gehaltes des Schultheißen und der Mitglieder des Regierungsrathes, so wie die Gehaltszulage der Präsidenten der Departemente bestimmen.

§. 65. Unter dem Regierungsrathe stehen sieben Departemente, zu Vorberathung der Geschäfte und zu Vollziehung der an sie gelangenden Aufträge, welche durch das absolute und geheime Stimmenmehr von dem Großen Rathe erwählt werden. Nämlich:

- 1) Ein diplomatisches Departement.
- 2) Ein Departement des Inuern.
- 3) Ein Justiz- und Polizeidepartement.
- 4) Ein Finanzdepartement.
- 5) Ein Erziehungsdepartement.
- 6) Ein Militärdepartement.
- 7) Ein Baudepartement.

§. 66. Der Präsident und der Vicepräsident der Departemente müssen aus der Mitte des Regierungsrathes erwählt werden.

Das Gesetz bestimmt die innere Organisation und die Amtsverrichtungen dieser Departemente, so wie die Zahl und die Amtsdauer ihrer Glieder. Doch soll nie die Mehrzahl eines Departementes aus Mitgliedern des Regierungsrathes bestehen.

§. 67. Das Gesetz ordnet die Verhältnisse der Kanzlei des Regierungsrathes und der Sekretariate der Departemente.

§. 68. Alle Beschlüsse des Regierungsrathes, die sich

auf einzelne Personen oder Korporationen beziehen, sollen motivirt werden.

6. Juli
1831.

§. 69. Der Große Rath erwählt alljährlich durch das geheime und absolute Stimmenmehr sechszehn Glieder aus seiner Mitte, die nicht Glieder des Regierungsrathes sind, um an allen Vorberathungen über Verfassungsgegenstände und über Geseze, die sich auf den Staatsorganismus beziehen, an den Wahlen des Regierungsrathes, welche das Gesez bestimmen wird, und endlich an den Verhandlungen über die Bestätigung oder Abberufung derjenigen Staatsbeamten, zu deren Erwählung sie mitgewirkt haben, mit gleichem Rechte, wie die ordentlichen Glieder des Regierungsrathes, Theil zu nehmen.

Die gleichen sechszehn Glieder können in dem darauf folgenden Jahre nicht wieder gewählt werden. Sie dürfen weder unter sich, noch mit einem Gliede des Regierungsrathes in einem Grade verwandt oder verschwägert seyn, welchen der Artikel dreiundsechzig ausschließt.

§. 70. Der mit den Sechszehnern vereinte Regierungsrath ernennt durch geheimes, absolutes Stimmenmehr, aus der Gesamtheit aller Staatsbürger, für jeden Amtsbezirk einen Regierungstatthalter, welcher unter der Leitung des Regierungsrathes die Vollziehung der Geseze und Verordnungen, die Verwaltung und die Polizei in dem Amtsbezirke besorgt, insoweit diese nicht ausdrücklich einer andern Behörde oder Beamtung, für den einen oder andern Zweig, übertragen sind.

§. 71. Die Amtsdauer des Regierungstatthalters ist auf sechs Jahre festgesetzt. Er ist sogleich wieder wählbar, jedoch nicht für den gleichen Amtsbezirk, es sey dann, daß seine Wiedererwählung von der Wahlversammlung dieses Amtsbezirkes gewünscht werde.

Das Gesez bestimmt seine Amtsbefugnisse und Pflichten,

6. Juli 1831. die Organisation seiner Kanzlei und seinen Gehalt, der mit keinen Sporteln verbunden seyn soll.

§. 72. Die nöthigen Unterstatthalter werden aus einem doppelten Vorschlage der stimmfähigen Glieder der Gemeinden des Bezirkes seiner Amtsverwaltung, bei welchem jedoch die Vorgesetzten nicht mitstimmen, und aus einem doppelten Vorschlage der sämtlichen Vorgesetzten des nämlichen Bezirkes, von dem Regierungsstatthalter gewählt.

Die Amtsdauer der Unterstatthalter ist auf vier Jahre festgesetzt; dieselben sind aber sogleich wieder wählbar.

Wird ein Gemeindevorgesetzter zum Unterstatthalter ernannt, so hört er auf, Gemeindevorgesetzter zu seyn, doch kann er sogleich wieder als solcher erwählt werden.

A b s c h n i t t 3.

Richterliche Gewalt.

§. 73. Der Große Rath erwählt aus allen Staatsbürgern, welche die in dem Artikel fünfunddreißig der Verfassung vorgeschriebenen Eigenschaften haben, die zugleich rechtskundige Männer und beider Sprachen mächtig sind, durch das geheime und absolute Stimmenmehr für die ganze Republik ein Obergericht, welches aus einem Präsidenten und zehn Mitgliedern besteht.

Auf die gleiche Weise ernennt er zu Vertretung abwesender Glieder vier Suppleanten durch das geheime, absolute Stimmenmehr.

Der Vicepräsident des Obergerichts wird durch das geheime und absolute Stimmenmehr des Obergerichtes selbst aus seiner Mitte erwählt.

§. 74. Die Amtsdauer des Präsidenten ist fünf und die eines jeden Oberrichters fünfzehn Jahre. Die Letztern werden zum allmäligen Austritte in drei Klassen getheilt,

von denen je eine alle fünf Jahre austritt. Der Präsident, 6. Juli
so wie die austretenden Glieder, sind sogleich wieder 1831.
wählbar.

§. 75. Der Ausschluß wegen Verwandtschaft oder Schwägerschaft hat für das Obergericht gleich statt, wie für den Regierungsrath.

§. 76. Dem Obergerichte wird ein Staatsanwalt als öffentlicher Ankläger beigeordnet, dessen Amtsdauer, Eigenschaften, Wahl und Amtsverrichtungen das Gesetz bestimmt.

§. 77. Eben so wird das Gesetz die Organisation der Kanzlei des Obergerichts, wie auch die Gehalte des Präsidenten, der Oerrichter, des Staatsanwalts und der Kanzleibeamten bestimmen.

§. 78. Das Obergericht entscheidet in höchster Instanz alle Streitfälle, die seinem Gerichtsstande nicht ausdrücklich durch die Verfassung oder durch das Gesetz entzogen sind, und die vor selbiges appellirt werden. Es beurtheilt in höchster Instanz alle vor dasselbe gezogenen Fehler und Vergehen, die nicht der Kompetenz einer untern Gerichtsbehörde unterliegen. Es beurtheilt endlich in höchster Instanz alle Verbrechen ohne Ausnahme.

In allen Straffällen soll das Obergericht, falls der Angeschuldigte sich selbst zu vertheidigen oder vertheidigen zu lassen begehrt, erst nach Anhörung der Vertheidigung urtheilen.

Wenn es sich um ein Verbrechen handelt, welches die Todesstrafe zur Folge haben kann, so sollen die vier Suppleanten an den Verhandlungen des Obergerichts Theil nehmen und bei der Ausfällung des Urtheils mitstimmen.

Sollten die Suppleanten nicht hinreichen, um die gesetzlich vorgeschriebene Zahl der Richter zu vervollständigen, so wird diese Vervollständigung auf eine, durch das Gesetz zu bestimmende Weise statt finden.

6. Juli
1831.

Eben so wird das Gesetz die innere Organisation des Obergerichts und seinen Geschäftsgang ordnen.

§. 79. Die Sitzungen des Obergerichts sind öffentlich, ausgenommen in Fällen, wo das Staatswohl oder die Sittlichkeit eine öffentliche Verhandlung untersagen. Während der Dauer der Berathung und der Ausfällung des Urtheils treten aber die Zuhörer, die Parteien und ihre Anwälte ab.

§. 80. Dem Gesetze ist vorbehalten, für das ganze Gebiet der Republik höchstens sechs peinliche Gerichte aufzustellen, welche alle Verbrechen erstinstanzlich beurtheilen.

Ihre Zahl, Organisation, ihre Amtsbefugnisse und ihren Geschäftsgang, so wie die Aufstellung eines Untersuchungsrichters in jedem dieser Gerichtsbezirke, wird das Gesetz bestimmen.

§. 81. In jedem Amtsbezirke und in jedem durch das Gesetz ausnahmsweise bezeichneten Gerichtskreise ist ein Amtsgericht, welches aus einem Präsidenten, vier Amtsrichtern und zwei Suppleanten besteht.

§. 82. Zur Wahlfähigkeit für die Stelle eines Mitgliedes des Amtsgerichts oder eines Suppleanten ist, nebst den Eigenschaften zur Stimmfähigkeit in einer Urversammlung, das Alter von zurückgelegten neunundzwanzig Jahren erforderlich.

Der Präsident soll überdies ein rechtskundiger Mann seyn.

§. 83. Die Wahlversammlung des Bezirks, welchen es betrifft, macht für die Erwählung des Präsidenten des Amtsgerichts einen doppelten Vorschlag. Dieser kann durch das Obergericht mit zwei Kandidaten vermehrt werden. Aus diesem doppelten oder vierfachen Vorschlage wählt der Regierungsrath, vereinigt mit den Sechszehnern, den Präsidenten des Amtsgerichts.

§. 84. Die vier Amtsrichter und die zwei Suppleanten

werden durch geheimes und absolutes Stimmenmehr von der Wahlversammlung des Gerichtsbezirkes ernannt.

6. Juli
1831.

Die gleichen Grade der Verwandtschaft und der Schwägerschaft schließen aus, wie bei dem Obergerichte.

§. 85. Die Amtsdauer des Präsidenten, der Amtsrichter und der Suppleanten ist sechs Jahre. Der eine und die andern sind aber sogleich wieder wählbar.

§. 86. Das Gesetz wird die Organisation, den Geschäftsgang und die Gehalte des Präsidenten, so wie der Amtsrichter bestimmen. Diese Gehalte dürfen weder für den Einen noch für die Andern in Sporteln bestehen.

§. 87. Das Amtsgericht beurtheilt in erster Instanz alle Streitfälle, die seinem Gerichtsstande nicht ausdrücklich entzogen sind, und ohne Appellation diejenigen, welche das Gesetz seiner Kompetenz unterwerfen wird. Es beurtheilt auf die gleiche Weise die Vergehen.

Es beurtheilt endlich in erster Instanz alle Verbrechen, bis die peinlichen Gerichte aufgestellt sind.

In allen Straffällen soll das Gericht, falls der Angeeschuldigte sich selbst zu vertheidigen oder vertheidigen zu lassen begehrt, erst nach Anhörung der Vertheidigung urtheilen.

Die Bestimmungen des Artikels neunundsiebenzig, die Oeffentlichkeit der Verhandlungen betreffend, sind auch auf die Amtsgerichte anwendbar.

§. 88. Der Präsident einzig versteht die Amtsverrichtungen, welche das Civilgesetzbuch dem Richter überträgt.

Er beurtheilt ferner als Polizeirichter diejenigen Fehler oder Frevel, die nicht in die Klasse der Vergehen fallen, und zwar die geringsten, welche das Gesetz seiner Kompetenz unterwerfen wird, in letzter Instanz, und mit Vorbehalt der Weitersziehung unmittelbar vor das Obergericht, diejenigen, welche diese Kompetenz nach dem Gesetz übersteigen.

§. 89. Das Gesetz soll über die Anstalten von Friedens-

6. Juli 1831. richtern oder Friedensgerichten die angemessenen Verfügungen treffen.

§. 90. Eben so soll das Gesetz die nöthige Anzahl von Handelsgerichten aufstellen, so wie Kriegsgerichte für Militärpersonen im aktiven Dienste. Die Einrichtung, die Amtsbefugnisse und den Geschäftsgang von beiden wird das Gesetz gleichfalls bestimmen.

§. 91. Ausser den in der Verfassung benannten Gerichtsstellen sollen keine errichtet oder angerufen werden.

§. 92. Alle Urtheile sollen motivirt werden.

T i t e l 4.

G e m e i n d s w e s e n.

§. 93. Die gegenwärtige Einteilung der Amtsbezirke in Kirchspiele und Gemeinden bleibt beibehalten. Dieselbe kann nur durch das Gesetz, nach jeweiliger Anhörung der Betheiligten, abgeändert werden.

§. 94. Die Gemeindeversammlungen wählen die sämtlichen Gemeindevorgesetzten. Die Amtsdauer der Letztern soll höchstens auf sechs Jahre festgesetzt werden; jedoch sind dieselben sogleich wieder wählbar.

In jeder Kirchgemeinde oder jedem Gemeindevereine sollen je nach den Bedürfnissen die zur Besorgung der Gemeindsangelegenheiten im Allgemeinen, des Vormundschaftswesens, der Armenpflege, der Ortspolizei, der Sittenpolizei, des Schulwesens, so wie der nicht streitigen Gerichtsbarkeit erforderlichen Gemeindebehörden nach Anleitung des Gesetzes aufgestellt werden.

Alle Gemeindeverfassungen müssen der Genehmigung des Regierungsrathes unterworfen werden, welcher befugt seyn soll, aus besondern Gründen, jedoch nur in Betreff

der Organisation der Behörden, Abweichungen von der gewöhnlichen Regel zu gestatten.

6. Juli
1831.

Alle Bürgergüter sollen ausschließlich unter der Verwaltung der Bürger der betreffenden Gemeinde stehen; auch sollen sie als Privateigenthum angesehen werden, über welches die Regierung bloß das Recht der Obergewalt auszuüben hat

T i t e l 5.

Veränderung der Verfassung.

§. 95. Vor dem Ablauf von sechs Jahren, von der Einsetzung des Großen Rathes an gerechnet, soll kein Antrag auf Veränderung der Verfassung abgenommen werden.

§. 96. Nach Verfluß dieser sechs Jahre können Abänderungen der Verfassung auf dem Wege der Gesetzgebung statt haben.

Ein Gesetzesvorschlag dieser Art ist einer zweimaligen Berathung durch den Großen Rath zu unterwerfen, welcher zu diesen Berathungen in der Zahl von wenigstens zwei Dritteln der Gesamtzahl seiner Mitglieder versammelt seyn muß. Es soll auch die zweite Berathung nicht früher als nach Verfluß eines Jahres nach der ersten statt finden.

Wird alsdann der Vorschlag ganz oder mit Abänderungen angenommen, so ist das diesörtige Gesetz der Gesamtheit der Staatsbürger in den Urversammlungen zur Annahme oder Verwerfung vorzulegen. Wird der Gesetzesvorschlag von der Mehrzahl der in den sämtlichen Urversammlungen stimmenden Staatsbürger angenommen, so soll derselbe von

6. Juli 1831. dieser Annahme hinweg die gleiche Kraft und Unverletzbarkeit haben, wie alle andern Artikel der Verfassung.

Also berathen und endlich beschlossen, in Bern, den 6. Juli 1831.

Der Präsident des Verfassungsrathes:

T s c h a r n e r.

Die Sekretairs des Verfassungsrathes:

J. A. W a t t. R. W y ß.

E. N e u h a u s. Joh. Ludw. S c h n e l l.

U e b e r g a n g s g e s e z.

6. Juli 1831.

Wir, der Präsident und die Mitglieder des Verfassungsrathes der Republik Bern urkunden hiermit:

Daß Wir zu Anordnung des Uebergangs aus den Formen der gegenwärtigen Staatsverfassung in diejenigen, welche das hiervor stehende neue Grundgesetz des Staates vorschreibt, nöthig erachtet haben: einerseits die Art und Weise zu bestimmen, nach welcher der neue Große Rath und der Regierungsrath sich gesetzmäßig konstituiren sollen; anderseits die einstweiligen Vorkehrungen zu treffen, damit der gesetzliche Zustand, die Verwaltung und der Dienst des Staates keine Unterbrechung leide; endlich denn einige allgemeine Erklärungen beizufügen, welche den neuen obersten Staatsbehörden ihren Standpunkt bezeichnen können.

In dieser Absicht haben Wir, zur Genehmigung oder Verwerfung mit der neuen Staatsverfassung selbst durch das bernische Volk, beschlossen, was hiernach folgt:

T i t e l 1.

6. Juli
1831.

Einsetzung des Großen Rathes und des Regierungsrathes.

§. 1. Nach der Annahme der unterm 6. Juli 1831 endlich beschlossenen Verfassung durch das Volk, wird dieselbe förmlich bekannt gemacht und tritt sofort in Kraft.

§. 2. Die Ständekommission veranstaltet hierauf die Wahlen der zweihundert durch die Wahlversammlungen zu ernennenden Glieder des Großen Rathes, nach Mitgabe des von dem Verfassungsrathe unterm 29. Juni 1831 erlassenen Gesetzes.

§. 3. Nach Beendigung dieser Wahlen wird die Gültigkeit derselben durch die Ständekommission untersucht; jedoch unter Vorbehalt späterer Reklamationen an den verfassungsmäßig niedergesetzten Großen Rath. Der vorläufige Entscheid über diese Wahlen soll inner acht Tagen, vom Eingange der Wahlprotokolle an gerechnet, erfolgen.

§. 4. Die Ständekommission wird sodann den Tag der ersten Versammlung der zweihundert Glieder des Großen Rathes, so wie den Ort dieser Versammlung, festsetzen, und diejenigen Glieder, deren Wahl sie gültig erfunden hat, dazu einberufen.

§. 5. Das älteste der anwesenden Glieder der Zweihundert eröffnet die Versammlung als Präsident, und bezeichnet vorerst zwei Sekretärs und zwei Stimmenzähler.

§. 6. Die Verhandlungen der zweihundert Glieder des Großen Rathes beginnen mit dem Namensaufrufe, der nach dem von der Ständekommission mitzutheilenden Verzeichnisse statt hat. Bei dem Namensaufrufe werden die Einberufungsschreiben als Legitimation vorgelegt.

§. 7. Die Versammlung ernennt nun durch öffentliches, absolutes Stimmenmehr einen provisorischen Präsi-

6. Juli 1831. denten, zwei provisorische Sekretärs und zwei provisorische Stimmenzähler.

§. 8. Der Präsident nimmt nach diesem Akt den Vorsitz ein und erklärt, daß die Versammlung als Wahlversammlung zur Wahl der übrigen vierzig Glieder des Großen Rathes konstituiert sey; die Sekretarien und Stimmenzähler treten in ihre Amtsverrichtungen.

§. 9. Die Wahl der vierzig Glieder des Großen Rathes, die den Zweihundert unmittelbar zukömmt, geschieht hierauf in den hienach festzusetzenden Formen. Nach getroffener Wahl wird die Standeskommission sogleich von dem Ergebnisse derselben in Kenntniß gesetzt.

§. 10. Auf diese Anzeige hin beruft die Standeskommission sämmtliche Glieder des Großen Rathes inner den nächsten sechs Tagen an einen zu bestimmenden Ort zusammen. In dieser Sitzung, die unter dem Voritze des provisorischen Präsidenten statt hat, leisten die Glieder des Großen Rathes, in die Hände dieses Präsidenten, den Eid über nachstehende Formel:

„Es schwören die Mitglieder des Großen Rathes der
 „Republik Bern Treue und Wahrheit zu leisten; derselben
 „Nutzen zu befördern und Schaden zu wenden; ihre Ver-
 „fassung und Gesetze zu handhaben und selbst zu beobach-
 „ten; die Rechte und Freiheiten ihrer Bürger nach Ver-
 „mögen zu schützen und zu schirmen; die Unabhängigkeit
 „der Republik und des schweizerischen Vaterlandes über-
 „haupt, die Ehre derselben und die Rechte der durch die
 „Verfassung gewährleisteten Religionen gegen jeden Angriff
 „mit Gut und Blut, Leib und Leben zu vertheidigen.“

„Sie schwören ferner: sich ohne ehehafte Ursachen den
 „Versammlungen des Großen Rathes nicht zu entziehen;
 „in den Sitzungen nach Wissen und Gewissen einzig zum
 „Wohl des Vaterlandes zu rathen und zu stimmen; in

„Besetzung der Stellen Rechtschaffenheit und Fähigkeit im 6. Juli
 „Auge zu haben, weder Geschenke noch Versprechen anzu- 1831.
 „nehmen oder durch die Ihrigen annehmen zu lassen, noch
 „auch durch solche auf Andere zu wirken; unversprochen
 „zur Wahl zu schreiten; endlich denn überhaupt alle Ver-
 „richtungen und Obliegenheiten ihres Amtes nach Kräften
 „und ohne Nebenabsichten zu erfüllen.“

§. 11. Nachdem der einstweilige Präsident den Mit-
 gliedern der Versammlung diesen Eid abgenommen hat,
 leistet auch er den seinigen, als Mitglied des Großen
 Rathes, über die gleiche Formel in die Hand des ersten
 Sekretärs.

§. 12. Nach dieser Beeidigung schreitet die Versamm-
 lung zur Wahl eines Landammanns der Republik.

Unmittelbar nach seiner Ernennung leistet der Land-
 ammann der Versammlung in die Hand ihres provisori-
 schen Präsidenten den Eid über folgende Formel:

„Der Landammann der Republik Bern schwört in der
 „Eigenschaft eines Präsidenten des Großen Rathes: die
 „durch die Verfassung ihm übertragene Aufsicht über den
 „Gang der Staatsverwaltung gewissenhaft und mit unver-
 „drossenem Eifer zu führen; die Geschäfte, deren Be-
 „sorgung dem Großen Rathe obliegt, ohne Zögern zur
 „Erörterung zu bringen; zu dem Ende diese oberste Be-
 „hörde regelmäßig zu den gewöhnlichen Sitzungen und sonst
 „so oft es die zu behandelnden Angelegenheiten erfordern,
 „oder so oft es verfassungsmäßig verlangt wird, zusam-
 „menzuberufen; die Sitzungen selbst fleißig zu besuchen
 „und ohne ehehafte Gründe das Präsidium nicht zu über-
 „tragen; den Vorsitz unparteiisch zu führen; übrigens denn
 „zur Ehre und Wohlfahrt des Staates alles dasjenige bei-
 „zutragen, was er dazu, vermöge seines wichtigen Amtes,

6. Juli 1831. „beitragen kann; endlich auch geheim zu halten, was seiner Natur nach nicht offenkundig werden darf.“

§. 13. Auf die Wahl und Beeidigung des Landammanns folgt die Wahl eines Staatschreibers, den der Landammann auf folgende Eidesformel in Pflicht aufnimmt:

„Es schwört der Staatschreiber der Republik Bern:
 „dem Staate und seiner Regierung Treue und Wahrheit
 „zu leisten; ihren Nutzen zu befördern und Schaden zu
 „wenden; die in seiner Instruktion liegenden Pflichten treu
 „und gewissenhaft zu erfüllen; namentlich die Verhand-
 „lungen der Rätthe mit derjenigen Sorgfalt und Pünkt-
 „lichkeit zu verschreiben, die die Wichtigkeit derselben er-
 „fordert; den Aufträgen der Präsidien mit Fleiß und Eifer
 „nachzuleben; die Kanzlei und den Geschäftsgang derselben
 „in guter Ordnung zu halten; keinerlei Akten oder andere
 „Gegenstände, die seiner Obhut anvertrauet sind, ohne Be-
 „willigung der Präsidenten oder ihrer Stellvertreter aus
 „selbiger oder aus den Archiven zu entfernen; den Inhalt
 „der Berathungen, so weit sich derselbe nicht zu der Def-
 „fentlichkeit eignet, geheim zu halten, und überhaupt alles
 „zu thun und zu unterlassen, was das Wohl der Republik
 „erheischt.“

§. 14. Nach dieser Wahl ernennt der Große Rath die Mitglieder des Regierungsrathes und läßt denselben durch den Landammann über folgende Formel beeidigen:

„Es schwören die Glieder des Regierungsrathes der
 „Republik Bern: die Pflichten ihrer Stellen, wie dieselben
 „durch die Verfassung, die Gesetze und besondere Instruk-
 „tionen bestimmt sind oder noch bestimmt und festgesetzt
 „werden, getreu zu erfüllen; namentlich die von dem
 „Großen Rathe erlassenen Gesetze, Dekrete und Verord-
 „nungen unparteiisch zu handhaben und auch selbst zu be-

„folgen; die vor sie kommenden streitigen Fälle nach 6. Juli
 „Gesetz und Ordnung mit strenger Gerechtigkeit zu ent- 1831.
 „scheiden; in allen ihren Verrichtungen die Ehre des Va-
 „terlandes, dessen Freiheit und Unabhängigkeit, so wie die
 „verfassungsmäßigen Rechte der Staatsbürger heilig zu
 „achten und sich keine Ueberschreitung ihrer Befugnisse zu
 „erlauben. Sie schwören ferner: die Sitzungen des Re-
 „gierungsrathes fleißig zu besuchen und ohne Noth nicht
 „zu verabsäumen; in Bezug auf die dem Regierungsrathe
 „durch die Verfassung oder das Gesetz übertragenen Wahlen
 „alles dasjenige zu erfüllen und zu beobachten, was ihnen
 „auch als Mitgliedern des Großen Rathes zur Pflicht ge-
 „macht ist. Sie schwören endlich: die Verhandlungen des
 „Regierungsrathes, so fern sie sich nicht zur Deffentlich-
 „keit eignen, geheim zu halten.“

§. 15. Sonach wird zur Wahl und Beeidigung eines
 Schultheissen geschritten und derselbe durch den Land-
 ammann auf die nachfolgende Formel in Eidespflicht auf-
 genommen:

„Der Schultheiß der Republik Bern schwört in der
 „Eigenschaft eines Präsidenten des Regierungsrathes: den
 „Vorsitz in dieser Behörde unparteiisch zu führen; die
 „Geschäfte derselben gewissenhaft zur Ehre und zur Wohl-
 „fahrt des Vaterlandes zu leiten; zu verhüten, daß die
 „Befugnisse des Regierungsrathes nicht überschritten werden,
 „und sie selbst nicht zu überschreiten; geheim zu halten
 „und geheim halten zu lassen, was seiner Natur nach
 „nicht offenkundig werden darf.“

§. 16. Der Große Rath wird, insoweit es nöthig
 werden mag, die erforderliche Zahl von Gliedern bezeich-
 nen, welche vorläufig die verschiedenen Verwaltungszweige
 aus den Händen der abtretenden Behörden und Beamten
 übernehmen sollen.

6. Juli 1831. §. 17. Der Landammann zeigt sodann der Ständekommission an, daß die verfassungsmäßige Regierung förmlich niedergesetzt und bereit sey, die Leitung der Staatsangelegenheiten zu übernehmen.

§. 18. Am Tage nach dem Zurücktritte der gegenwärtigen Regierung, welchen Tag die Ständekommission dem Landammanne so bald möglich anzeigen wird, versammelt sich der Große Rath in seinem künftigen Sitzungsorte, übernimmt die Leitung der Staatsverwaltung in allen ihren Zweigen, und kündigt diese Uebernahme dem Lande durch eine Proclamation an.

In allen in den vorhergehenden Artikeln vorgeschriebenen Anordnungen wird den Behörden, welche es betrifft, die größtmögliche Beförderung empfohlen.

T i t e l 2.

Einstweilige allgemeine Bestimmungen.

§. 19. Sämmtliche Gesetze und Verordnungen, die nicht durch die Bestimmungen der Verfassung selbst aufgehoben sind, bleiben bis zu ihrer Aufhebung oder Abänderung durch den künftigen Großen Rath in Kraft.

§. 20. Alle dormaligen Behörden und Beamten setzen ihre Amtsverrichtungen unter der gleichen persönlichen Verantwortlichkeit wie bisher fort, bis sie durch diejenigen werden abgelöst seyn, welche nach Mitgabe der neuen Einrichtungen an ihre Stellen treten sollen. Stellen und Beamtungen, die durch Tod oder erhaltene Entlassung erledigt worden, hat der Regierungsrath einstweilen zu besetzen; Beamte, deren Stellen mit Komptabilität verbunden sind, bleiben bis zu Ablage und Genehmigung ihrer Rechnungen verantwortlich.

§. 21. Die Amtsverrichtungen, welche bisher der Kleine Rath ausgeübt hat, übernimmt nun, bis das Gesetz etwas anderes einführen wird, der Regierungsrath, mit Ausnahme derjenigen, welche als unübertragbar in die Attribute des Großen Rathes gehören. 6. Juli 1831.

§. 22. Die Amtsdauer der Mitglieder des Großen Rathes, des Regierungsrathes und des Obergerichts ist vom 1. Januar 1832 an zu berechnen.

§. 23. Der Große Rath hat das von dem Verfassungsrathe erlassene vorläufige Rathesreglement zu beobachten, bis er selbst ein anderes eingeführt haben wird.

§. 24. Die Form der durch die Zweihundert und durch den Großen Rath zu treffenden Wahlen ist folgende:

Für jede einzelne Stelle wird von jedem Stimmenden durch Stimmzettel ein Kandidat vorgeschlagen. Erhält ein auf diese Weise Vorgeschlagener das absolute Stimmenmehr, so ist er erwählt; sonst aber bleiben die vier, welche die meisten Stimmen haben, in der Wahl, und sie werden sodann durch Ballotiren sämmtlicher Glieder, die sich nicht im Austrittsfalle befinden, reducirt, bis das absolute Stimmenmehr auf einen der Kandidaten fällt, der sofort erwählt ist und seine Stelle auf den festgesetzten Zeitpunkt einnimmt.

Bei gleich getheilten Stimmen entscheidet das Loos.

T i t e l 3.

Allgemeine Erklärungen.

Im Zeitpunkte, in welchem der Verfassungsrath die Art und Weise des Ueberganges aus dem bisherigen politischen Zustande in den verfassungsmäßigen neuen Zustand festsetzt, glaubt er sich verpflichtet, seine Mitbürger mit seinen Ansichten über seine Stellung zum Lande, über seine Pflichten,

6. Juli 1831. über seine Befugnisse und die Grenzen derselben, so wie auch besonders über die wichtigen Verhältnisse, von denen das Heil der bürgerlichen Gesellschaft abhängt, genau bekannt zu machen.

Das Wohl und Wehe eines jeden Staates beruhet auf dem sittlichen Werthe seiner Bürger; ohne Bildung des Herzens und des Geistes ist keine Freiheit denkbar und die Liebe zum Vaterlande ist ohne sie ein leerer Schall.

Auf unsere sittliche Vereblung, auf die größtmögliche Ausbildung der Anlagen, die wir dem Schöpfer und Erhalter unsers Daseyns verdanken, müssen wir hinwirken, wenn wir des Glückes uns theilhaftig machen wollen, das eine freisinnige Verfassung uns gewähren kann.

Die eifrige Beförderung dieses Zweckes wird von dem Verfassungsrathe dem künftigen Gesetzgeber vor Allem und ganz besonders empfohlen.

In die Verfassung konnte bloß der Grundsatz aufgenommen werden, der dem Staate die Leitung und Unterstützung der Bildungsanstalten überträgt.

Auch in Bezug auf die Armenanstalten und andere wichtige Gegenstände der Staatsverwaltung konnte der Verfassungsrath die Schranken seines Wirkungskreises nicht überschreiten und mußte daher bloß bei der Festsetzung der Grundsätze stehen bleiben.

Ueber die Gemeindsangelegenheiten, die einen so wichtigen, jeden Staatsbürger ganz unmittelbar berührenden, Gegenstand der Wohlfahrt unseres Vaterlandes ausmachen, konnte ebenfalls nur ein ganz allgemeiner Grundsatz in die Verfassung aufgenommen werden, weil die Verschiedenheit der Verhältnisse keine nähere Bestimmung erlaubte. Eines der dringendsten Geschäfte der künftigen Gesetzgebung wird die Untersuchung und Regulirung dieser Verhältnisse seyn.

Die aufzustellenden Verwaltungsreglemente werden auf 6. Juli
den nämlichen Grundsätzen beruhen, auf welche die Staats- 1831.
verwaltung gegründet ist.

Die Wohlfahrt des Vaterlandes erfordert und die Pflicht
des Großen Rathes gebietet, sich allervörderst mit den hie-
nach bemeldten Angelegenheiten zu beschäftigen; es wird
demnach demselben dringend ans Herz gelegt:

Daß er sofort die nöthigen Anordnungen zu Verbesse-
rung der Bildungsanstalten besonders für diejenigen Gegenden
treffe, in denen Lokalität und ungünstige Verhältnisse an-
derer Art den Fortschritten der Kultur im Wege standen.

Daß er, und zwar vor allen Dingen in denjenigen
Theilen des Kantons, in welchen die Mittel zu Unter-
stützung der Armen mit den Bedürfnissen außer Verhält-
niß sind, das Unterstützungswesen ordne, durch geeignete
Vorkehrungen dem Müßigang steure und die Gemeinden
gegen die Anmaßungen arbeitscheuer Angehöriger schütze.

Daß er, zu Beförderung der Industrie überhaupt und
des Landbaues insbesondere, die größtmögliche Erleichte-
rung des Verkehrs eintreten lasse, daß er zu dem Ende
die Beschwerden, die das Ausblühen der Industrie hindern
können, vermindere, daß er namentlich den Loskauf der
dem Staate zuständigen Zehnten, Bodenzinse und Ehr-
schätze, so wie die Entrichtung derselben, die in verschie-
denen Gegenden durch veränderte Verhältnisse und durch
die Wirkung verderblicher Naturereignisse in hohem Grade
drückend geworden, so weit begünstige, als die Billigkeit
gegen diejenigen, die solche Beschwerden abgekauft, und der
Zustand der Staatskasse es nur immer gestatten; daß
demnach bei Umwandlung dieser Beschwerden in fixe
Leistungen die Vortheile den Pflichtigen zugewendet werden,
die bei dem Loskauf und der Umwandlung durch das Auf-
hören der Perceptionen-, Aufbewahrungs- und Veräußerungs-

6. Juli 1831. kosten herauskommen müssen; daß auch die Wahl der Umwandlung in Geld oder Naturalleistungen nicht den Finanzbehörden, sondern den Pflichtigen freigelassen werde, und daß endlich in Bezug auf allfällige Mißbräuche, die im Laufe der Zeit eingeschlichen, und durch welche die Güterbesitzer benachtheiligt worden seyn möchten, die nöthigen Untersuchungen vorgenommen werden.

Daß er, in Betreff der öffentlichen Arbeiten, des Straßen-, Wehren- und Brückenbaues, so wie der Fuhren zum Behuf der Staatsgebäude, diejenigen Veränderungen vornehme, die sowohl zu Erleichterung des Landbaues, als zur Erzielung mehrerer Ordnung und besserer Ausführung solcher Arbeiten unumgänglich erfordert werden.

Daß er, zu Beförderung des freien Verkehrs, das Zollwesen auf billige Weise ordne.

Daß er, wo möglich, einige Herabsetzung des Salzpreises eintreten lasse.

Daß er endlich, sobald er sich konstituiert hat, sofort die nöthigen Kommissionen in oder außer seiner Mitte niedersetze, um die Revision der bestehenden Gesetze, Dekrete und Verordnungen vorzunehmen, welche Kommissionen hierbei die Wünsche des Landes, so weit selbige bereits bekannt sind oder sich später äußern werden, berücksichtigen und vor der Hand ihr Augenmerk auf folgende Zweige der Staatsverwaltung richten sollen:

Auf die Kriminalgerichtspflege, die seit vielen Jahren die begründetste Ursache zu allgemeinen Beschwerden gegeben hat.

Den Civilprozeßgang, dessen Vereinfachung man ebenfalls von verschiedenen Seiten wünscht.

Das Militärreglement, besonders in Hinsicht auf den Garnisonsdienst und die Dispensationsgebühren.

Die Zellreglemente.

Die Administrations-Polizei-Berordnungen, namentlich 6. Juli
in Bezug auf das Forstwesen. 1831.

Die Emolumententarife, vorzüglich die, welche sich auf die vormundschaftlichen Angelegenheiten, die Verreibungen und die Staatsabgaben bei Handänderungen beziehen.

Die Gesundheitspolizei, die durch Aufstellung einer umfassenden Medizinalordnung auf zweckmäßigen Fuß gestellt werden muß.

Das Gesetz über den Stand der Unehelichen.

Und endlich auf das Münzwesen.

Auch die besondern, auf Dertlichkeiten und eigene Verhältnisse sich beziehenden Wünsche, wie diejenigen, welche die Stadt Biel in ihrem zu Protokoll gegebenen Antrage, so wie die Behörden von Neuenstadt, das Laufenthal, die Landschaft Sanen und andere geäußert haben, die Wünsche des neuen Theils des Kantons, betreffend die Herstellung der frühern Civilgesetze und der Civilprozeßform, Revision der Administrativprozeßform, des Gesetzes über den Ackerbau vom 23. Dezember 1816 und desjenigen über die Jagd und Fischezen; der Wunsch, daß die Besoldung der katholischen Pfarreien auf billigem Fuße erhöht und in Folge dieser Erhöhung die mit dem gegenwärtigen Einkommen verbundenen gehässigen Accidenzien abgeschafft werden möchten, vor Allem denn die in dem Amte Pruntrut und dem französischen Theil des Amtes Delémont dringend verlangte Aufhebung der Verordnung vom 19. Februar 1823 und die Einführung der frühern Kriminalgesetze — sollen vom Großen Rathe gehörig gewürdigt und so weit möglich berücksichtigt werden.

Indem nunmehr die Verfassung allgemein bekannt gemacht wird, indem der Verfassungsrath die Annahme der

6. Juli 1831. selben gewärtiget, fordert er alle Bürger der Republik bei ihrer Pflicht auf, den Urversammlungen beizuwohnen, in denen über das künftige Schicksal unsers Vaterlandes entschieden, in denen die Rechte und die Freiheiten eines Jeden von ihnen begründet und die Vorrechte der Einen vor den Andern abgeschafft werden sollen.

Der Verfassungs Rath empfiehlt ihnen angelegentlich, ruhig den Uebergang aus den alten in die neuen Formen zu gewärtigen, die dermal noch bestehenden Geseze, Behörden und Beamtungen zu respektiren, und in Beiseitsetzung aller Mißhelligkeiten, der gewöhnlichen Folgen ungleicher Ansicht dessen, was in bewegten Zeiten des Landes Wohl erheischt, das Ihrige zu Herstellung der Eintracht, zu Einführung einer auf gegenseitiges Vertrauen gegründeten gesellschaftlichen Ordnung unter sich, und dadurch zu Erneuerung des locker gewordenen eidgenössischen Bundes beizutragen.

Dieses Uebergangsgesetz soll gedruckt, der Verfassung beigelegt und nebst derselben dem Volke zur Annahme vorgelegt werden.

Gegeben in Bern, den 6. Juli 1831.

Der Präsident des Verfassungs Rathes:

Z s c h a r n e r.

Die Sekretärs des Verfassungs Rathes:

J. A. Watt.

N. Wyß.

E. Neuhaus.

Joh. Lud. Schnell.

Gesetz über die Annahme der Verfassung.

Wir Präsident und Mitglieder der durch das 16. Juli
Dekret vom 6. Dezember 1830 eingesetzten Standes-Kom- 1831.
mission der Stadt und Republik Bern

thun kund hiermit:

Kraft derjenigen Vollmacht, welche der Verfassungs-
rath des Kantons Bern von Uns, Namens UrGhrrn. und
Obern, durch den Paragraph 18 Unserer Verordnung vom
16. Januar 1831 empfangen hat, ist von Demselben die
nachfolgende Verordnung vom 7. Juli 1831, für die Ab-
stimmung über die Annahme oder Verwerfung der von
Ihm berathenen Verfassung für die Republik Bern, be-
schlossen worden.

Indem Wir, in Ausführung des Paragraphs 19 der
Verordnung vom 16. Januar 1831, die nachstehenden
Vorschriften des Verfassungsrathes hiermit dem Lande auf
gewohnte Weise durch Ablesen von den Kanzeln und durch
öffentlichen Anschlag bekannt machen, verordnen Wir, daß
sie durch die betreffenden Staats- und Gemeinds-Beamten
gehörig vollzogen und allgemein beobachtet werden.

Gegeben in Bern, den 16. Juli 1831.

Namens der Standes-Kommission:

der Präsident,

N. von Wattenwyl.

Der Sekretär,

N. Wyß.

16. Juli Wir der Präsident und die Mitglieder des
1831. Verfassungs Rathes der Republik Bern

urkunden hiermit:

Daß Wir, zu Vollziehung des Artikels 18 der von der hohen Standes-Kommission unterm 16. Januar 1831 erlassenen Verordnung über die Wahl und Einberufung des Verfassungs Rathes, und in Anerkennung des Grundsatzes, daß die Gesamtheit der Staatsbürger des Kantons einzig berechtigt seyn könne, die Annahme oder die Verwerfung der neuen Staatsverfassung auf eine verbindliche Weise zu erkennen, beschloffen und verordnet haben, was die nachstehenden Artikel enthalten:

1) Die von dem Verfassungsrathe bearbeitete und vom 6. Heumonath 1831 datirte neue Staatsverfassung für den Kanton Bern soll mit dem Uebergangsgesetze den sämmtlichen Staatsbürgern der Republik zur Annahme oder Verwerfung vorgelegt werden.

2) Zu diesem Ende soll die Verfassung in beiden Sprachen gedruckt und in hinreichender Anzahl von Exemplaren in alle Gemeinden des Kantons zur Austheilung an die Bürger versendet werden.

3) Um über die Annahme oder Verwerfung der Verfassung sich zu erklären, sollen am 31. Juli 1831 die stimmfähigen Staatsbürger in denjenigen Urversammlungen und an denjenigen Orten zusammentreten, wie es zu Erennung der Wahlmänner für die Glieder des Verfassungsrathes geschehen ist. Diejenigen Staatsbürger, welche in keiner Urversammlung erscheinen, werden angesehen, als haben sie auf ihr Stimmrecht verzichtet.

4) Stimmfähig ist jeder Bürger des Bezirks der Urversammlung, und jeder das Kantonsbürgerrecht besitzende

Einsäße desselben, wenn er ehrenfähig ist, für sich, seine Frau oder seine minderjährigen Kinder nicht besteuert wird und das dreiundzwanzigste Altersjahr zurückgelegt hat. Ausgeschlossen von dem Stimmrecht sind demnach:

- a) alle, welche das 23ste Altersjahr noch nicht zurückgelegt haben;
- b) diejenigen, welche für sich selbst, oder für ihre Frauen, oder für ihre unmündigen Kinder besteuert werden;
- c) die Bevogteten;
- d) die Bergeldstägten;
- e) diejenigen, welche eine entehrende Kriminalstrafe ausgestanden haben.

5) Die Urversammlungen werden durch die gleichen Vorsteher, Sekretärs und Stimmenzähler geleitet und bedient, welche bei den Urversammlungen vom 7. Hornung 1831 funktionirt haben. Abwesende Beamte der Urversammlung werden vorläufig durch die ersten anwesenden Gemeindebeamten ersetzt, und sogleich von der Versammlung durch öffentliche Abstimmung und absolutes Stimmennmehr ergänzt.

6) Hierauf sollen die Verfassung, das Uebergangsgesetz und das gegenwärtige Gesetz abgelesen werden.

7) Sodann wird jeder stimmfähige Anwesende bei einem der Sekretärs sich über die Annahme oder die Verwerfung der Verfassung, für die erstere durch ein einfaches „Ja“, und für die letztere durch ein einfaches „Nein“ erklären.

8) Der Sekretär wird unter der Aufsicht eines Stimmenzählers jeden Stimmenden in seiner Gegenwart mit Namen, Vornamen und allfälliger Berufs- oder Amtsbezeichnung in eines jener beiden Verzeichnisse aufnehmen, welche zu diesem Ende, das eine für die Erklärung der Annahmenden, das andere, für die Erklärung der Verwerfenden bereit seyn wird.

16. Juli
1831.

16. Juli 1831. 9) Nach der auf diese Weise vollendeten Abstimmung werden die Verzeichnisse öffentlich abgelesen. Die sich ergebende Zahl der Stimmenden für die Annahme, und die sich ergebende Zahl der Stimmenden für die Nichtannahme werden sodann in dem Protokoll unter den Rubriken „Angenommen“ und „Verworfen“ genau angegeben.

10) Die Verzeichnisse der Stimmenden werden hierauf verschlossen und von dem Vorsteher und wenigstens einem der Stimmenzähler versiegelt; dieselben sollen auch einsteilen von dem Vorsteher aufbewahrt werden.

11) Nachdem das Ergebniß der Stimmenzählung auf obige Weise in zwei Doppeln förmlich protokolliert und diese Protokolle von den Vorstehern, den Sekretairs und den Stimmenzählern unterzeichnet und der Versammlung eröffnet worden seyn werden, sollen die Verhandlungen geschlossen seyn.

12) Das eine Protokoll der Verhandlung soll am Tage nach der Urversammlung von dem Präsidenten derselben an den Präsidenten der hohen Standes-Kommission versendet, das andere aber von dem Präsidenten der Urversammlung aufbewahrt werden.

13) Die hohe Standes-Kommission wird nach statt gehabter Einsendung aller Protokolle die Zahl der die Verfassung annehmenden Staatsbürger, so wie die Zahl der dieselbe nicht annehmenden aus diesen Protokollen berechnen und das Ergebniß von jeder Urversammlung, so wie der Gesamtsummen öffentlich bekannt machen.

14) Die Mehrzahl sämmtlicher an der Abstimmung theilnehmender Staatsbürger entscheidet über die Annahme oder die Verwerfung der neuen Staatsverfassung.

15) Die auf diese Weise erörterte Annahme oder Nichtannahme der Verfassung wird von der Standes-Kommission ungesäumt dem Präsidenten des Verfassungsrathes, zu

Handen desselben, und zwar im Fall der Annahme unter 16. Juli
Beifügung der Promulgations-Urkunde, angezeigt werden. 1831.

16) Nach geschעהener offizieller Bekanntmachung der
Ergebnisse der Abstimmungen sollen die Verzeichnisse über
die Stimmenden auf den Befehl der hohen Standes-Kom-
mission überall, und ohne daß Abschriften von denselben
gezogen werden dürfen, unter der Aufsicht der Vorsteher,
der Sekretärs und der Stimmenzähler einer jeden Urver-
sammlung verbrannt werden.

17) Das gegenwärtige Gesetz soll in beiden Sprachen
gedruckt, auf die übliche Weise bekannt gemacht und durch
die hohe Standes-Kommission vollzogen werden.

Gegeben in der Versammlung des Verfassungsrathes
in Bern, den 7. Juli 1831.

Der Präsident des Verfassungsrathes:

L s c h a r n e r.

Die Sekretärs des Verfassungsrathes:

J. A. Watt.

R. Wyß.

E. Neuhaus.

J. L. Schnell.

R e g l e m e n t

über

die innere Organisation und die Art der
Berathungen des Großen Rathes der
Republik Bern.

4. August
1831.

Wir der Präsident und die Mitglieder des
Verfassungsrathes der Republik Bern,

urfunden hiermit:

Daß Wir, in Betrachtung des Artikels 23. des durch
das bernische Volk mit der Staatsverfassung sanktionirten
Uebergangsgesetzes vom 6. Juli 1831, das vorläufige Re-
glement für den Großen Rath, wie hier nachfolgt, be-
schlossen haben, damit diese oberste Staatsbehörde alsogleich
nach der Uebernahme der Staatsgewalt ihre innere Or-
ganisation verfassungsmäßig vollenden und auf gesetzliche
Weise berathen und Beschlüsse fassen könne.

Zu diesem Ende haben Wir verordnet:

T i t e l 1.

Organische Vorschriften für den Großen Rath.

§. 1. Die zweihundert und vierzig Mitglieder des
Großen Rathes sollen alsobald nach seiner Constituirung
für den Austritt durch das Loos in drei Klassen abge-
theilt werden, die auf die folgende Weise die Erneuerung
des Großen Rathes auf die verschiedenen Wahlbehörden
vertheilen.

Wahlbehörden:	Jahre des Austrittes: 4. August			
	1833.	1835.	1837.	1831.
Narberg	2	2	2	
Narmangen	3	4	4	
{Bern, Stadtbezirk	3	3	4	
{Bern, Landgemeinden	4	3	3	
Büren	1	2	1	
Burgdorf	4	3	3	
Courtelary	2	3	2	
{Delsperg	2	1	2	
{Kaufenthal	1	1	1	
{Erlach	1	1	1	
{Neuenstadt	1	1	1	
Fraubrunnen	1	2	2	
Freybergen	2	1	1	
Frutigen	1	2	2	
Interlachen	3	3	3	
Konolfingen	4	4	4	
Laupen	2	1	1	
Münster	2	1	2	
{Midau	2	1	1	
{Biel	1	1	1	
Oberhasle	1	1	1	
Pruntrut	3	3	3	
Sanen	1	1	1	
Schwarzenbourg	2	3	2	
Seftigen	3	2	3	
Signau	4	3	3	
Nieder-Simmenthal	1	2	2	
Ober-Simmenthal	1	2	1	
Thun	3	4	4	
Trachselwald	4	3	4	
	64	64	64	

4. August 1831.	Wahlbehörden:	Jahre des Austrittes:		
		1833.	1835.	1837.
	Transport	64	64	64
	Wangen	3	2	3
	Die Zweihundert	13	14	13
	Summa	80	80	80

§. 2. Die erste Klasse tritt am 31. Dezember 1833 aus; die zweite, am 31. Dezember 1835, und die dritte, am 31. Dezember 1837.

Die von jeder Wahlbehörde Erwählten ziehen unter sich das Loos zur Bestimmung der Klasse, in welche sie fallen sollen. Es werden zu dem Ende so viele Zettel, mit Nr. 1, 2 oder 3 bezeichnet, in einen Sack gethan, als von einer Wahlbehörde Ernannte in eine dieser drei Klassen fallen, und die anwesenden Mitglieder des Großen Rathes ziehen die Nummer der Klasse, in die sie fallen, selbst; der Präsident zieht das Loos für die Abwesenden. Im Verfolge tritt ein Jeder in die Klasse seines Vorfahrs ein.

§. 3. Die Ersetzungswahlen durch die Wahlversammlungen sollen je auf einen Tag im Herbst stattfinden, und diejenigen durch die Zweihundert im Anfange der Wintersitzung des Großen Rathes.

Erst nach diesen Ersetzungswahlen darf der Große Rath zur Wahl des Landammanns und des Vicepräsidenten für das folgende Jahr, zur allfälligen Ergänzung des Regierungsrathes, und erst nach dieser Ergänzung zur Wahl des Schultheißen und des Vicepräsidenten des Regierungsrathes für das folgende Jahr schreiten.

§. 4. Einsprachen gegen die Gültigkeit der Wahl eines Mitgliedes des Großen Rathes müssen dem Regierungsrathe inner vierzehn Tagen, von dem Wahltag an gerechnet, schriftlich eingereicht werden.

Der Regierungsrath läßt diese Einsprachen, so wie in 4. August 1831. allen Fällen die Wahlprotokolle und die Legitimation für die Wahlbarkeitsbedinge der Gewählten, durch das Departement, welches damit beauftragt werden wird, untersuchen, und erkennt, vereinigt mit den Sechszehnern, die Gültigkeit der Wahl, falls kein Zweifel darüber aufgeworfen worden; oder trägt dem Großen Rathe seinen Bericht und denjenigen des Departementes zum Entscheide vor, wenn die Wahl von irgend Jemand bestritten wird.

§. 5. Ein erwähltes Mitglied des Großen Rathes kann zu allen Stellen, welche diese Eigenschaft erfordern, ernannt werden, sobald die Gültigkeit der Wahl durch die kompetente Behörde anerkannt ist, und es die Wahl angenommen hat. Es kann aber bis nach der Leistung des Eides für seine Stelle dieselbe nicht wirklich antreten, und bis am ersten darauf folgenden Januar nicht, wenn sein Vorfahr erst am 31. Dezember vorher austritt.

§. 6. Kein Mitglied des Großen Rathes darf in demselben sein Stimmrecht ausüben, bis es den für die Mitglieder des Großen Rathes vorgeschriebenen Eid nach seiner Wahl geleistet hat. Die wiedererwählten Glieder können diesen Eid in der Wintersitzung nach ihrer Wahl für die folgenden sechs Jahre ihrer Amtsdauer leisten. Die Neu-erwählten hingegen sollen sich darum bei dem Präsidenten des Großen Rathes vor der ersten Sitzung melden, wo sie eintreten, und den Eid in dieser Sitzung leisten.

§. 7. Ein Mitglied des Großen Rathes ist in seinen Amtsverrichtungen eingestellt, sobald es der Ehrenfähigkeit eingestellt wird; es verliert seine Stelle in dem Großen Rathe durch den Verlust eines in der Staatsverfassung erfordernten Bedinges zur Wahlbarkeit in den Großen Rath.

§. 8. Der Landammann soll durch die Behörden, welche es betrifft, von den Fällen benachrichtigt werden,

4. August 1831. die eine Einstellung, oder den Verlust der Stelle eines Mitglieds des Großen Rathes zur Folge haben.

In beiden Fällen wird der Landammann, auf eine gegründet scheinende Anzeige hin, vorläufig das Mitglied nicht zu den Versammlungen des Großen Rathes einberufen; alsogleich den Bericht des Regierungsrathes vereinigt mit den Sechszehnern über die Thatfachen einfordern, und selbigen in der ersten Sitzung nach seinem Empfange dem Großen Rathe zum Entscheid über die Fortdauer der Einstellung, oder über die Erledigung der Stelle vortragen. Der Große Rath ist alsdann berechtigt, eine fernere Untersuchung anzuerordnen, oder sofort zu entscheiden.

§. 9. Der Große Rath ernennt nach der Vorschrift des Artikels 69. der Staatsverfassung alljährlich in seiner Wintersitzung, nach der Erwählung des Landammanns, des Vicepräsidenten, der Ergänzung des Regierungsrathes und der Ernennung des Schultheißen und des Vicepräsidenten des Regierungsrathes, die Sechszehner für das folgende Jahr, die ihre Amtsverrichtungen am ersten Januar antreten. Zum ersten Male werden sie sobald möglich nach der Constituirung des Großen Rathes, für den Rest des Jahres 1831, und die Nämlichen auch für das Jahr 1832 ernannt.

Zu diesem Ende läßt die Staatskanzlei ein Verzeichniß aller stimmfähigen, weder durch die wirkliche Bekleidung der Sechszehnerstelle, noch durch die Bekleidung einer Stelle im Regierungsrathe, oder durch die im Artikel 63 der Staatsverfassung bezeichnete Verwandtschaft oder Schwägerschaft mit einem Gliede des Regierungsrathes, ausgeschlossenen Mitglieder des Großen Rathes drucken und einem jeden derselben austheilen.

Aus diesem Verzeichniß der Wählbaren schreibt jeder Stimmende sechszehn Namen auf einen Stimmzettel, die

auf die gewöhnliche Weise gesammelt, gezählt, abgelesen, und die Ergebnisse minutirt werden. Diejenigen sind erwählt, welche die absolute Mehrzahl der Stimmen in dieser ersten Abstimmung erhalten; und wenn zwei oder mehr Personen, die sich wegen Verwandtschaft oder Schwägerschaft ausschließen, erwählt wären, so ist die Wahl desjenigen gültig, der unter ihnen die meisten Stimmen hatte, die übrigen hingegen fallen aus der Wahl. Für die noch zu bestellenden Plätze wird die doppelte Zahl dieser Plätze unter denjenigen Namen zur zweiten Abstimmung ausgehoben, die bei der ersten Abstimmung die meisten Stimmen hatten, und die nicht durch einen der bereits Erwählten ausgeschlossen sind. Diese Namen werden deutlich verlesen und darauf wiederum durch Stimmzetteln für die noch ledigen Plätze abgestimmt, wie das erste Mal; und auf diese Weise wird fortgeföhren, bis alle Sechszehn durch das geheime absolute Stimmenmehr erwählt sind.

4. August
1831.

Sollte jedoch in der letzten Abstimmung nur noch eine Stelle zu besetzen seyn; so kann über die zwei in der Wahl bleibenden Candidaten durch das Ballotiren abgestimmt werden.

Bei gleicher Zahl der Stimmen entscheidet in allen Fällen das Loos.

§. 10. Hierauf werden die anwesenden Sechszehner sogleich durch den Landammann, und die abwesenden durch den Schultheiß in der ersten Sitzung des Regierungsrathes und der Sechszehner, deren sie beizohnen, über die folgende Formel beeidigt:

„Es schwören die Sechszehner der Republik Bern:
„während ihrer Amtsdauer die Pflichten ihrer Stellen,
„wie dieselben durch die Verfassung, die Geseze oder besondern Instruktionen bestimmt sind oder noch bestimmt
„und festgesetzt werden, getreu zu erfüllen. In allen ihren

4. August
1831.

„Berrichtungen die Ehre des Vaterlandes, dessen Freiheit
„und Unabhängigkeit, so wie die verfassungsmäßigen Rechte
„der Staatsbürger heilig zu achten und sich keine Ueber-
„schreitung ihrer Befugnisse zu erlauben. Die Sitzungen
„des Regierungsrathes mit den Sechszehnern fleißig zu be-
„suchen und ohne Noth nicht zu versäumen. Bei den
„Wahlen und den Bestätigungen, welche den Sechszehnern
„mit dem Regierungsrathe obliegen, alles dasjenige zu er-
„füllen und zu beobachten, was ihnen auch für die Wab-
„len des Großen Rathes, als Mitgliedern desselben, zur
„Pflicht gemacht ist.“

§. 11. Der Große Rath ernennt oder ergänzt nach der Wahl der Sechszehner, eine bleibende Bittschriftkommission und eine bleibende Staatswirthschaftskommission, durch das öffentliche absolute Stimmenmehr, aus seiner Mitte, durch besondere Wahl jedes einzelnen Gliedes dieser Kommissionen, auf einen doppelten Wahlvorschlag der drei ältesten Regierungsräthe im Range, welcher durch ein jedes Glied des Großen Rathes vermehrt werden kann.

Jede dieser Kommissionen ernennt eines ihrer Mitglieder als Berichterstatter, jedoch soll derjenige der Staatswirthschaftskommission aus der Zahl der Mitglieder genommen werden, die nicht Regierungsräthe sind.

§. 12. Die Bittschriftkommission besteht aus dem Landammann, als Präsidenten, aus zwei Mitgliedern des Regierungsrathes und vier Mitgliedern des Großen Rathes, die nicht Regierungsräthe sind. Von diesen sechs Beisitzern treten jährlich zwei aus, zum ersten Mal am 31. Dezember 1832, und das Loos bezeichnet die Reihenfolge des ersten Austrittes. Die Austretenden sind nicht sogleich wieder wählbar.

Alle an den Landammann für den Großen Rath einlangenden Zuschriften, Bittschriften oder Beschwerden von

Behörden, Personen, Gemeinden oder vom Staate anerkannten Korporationen, sollen der Bittschriftkommission zur Vorberathung und Berichterstattung an den Großen Rath, auf die in einer besondern Instruktion vorzuschreibende Weise, vorgelegt werden. 4. August 1831.

§. 13. Die Staatswirthschaftskommission besteht aus dem Landammann, als Präsidenten, einem Mitgliede aus der Mitte des Regierungsrathes, und drei Mitgliedern des Großen Rathes, die nicht Regierungsräthe sind. Keines dieser Glieder darf ein Mitglied des Finanzdepartementes seyn. Am 31. Dezember 1832 treten zwei durch das Loos bezeichnete Mitglieder aus; die zwei andern Mitglieder, am 31. Dezember 1833. Späterhin tritt ein jedes Mitglied nach einer Amtsdauer von 2 Jahren aus, und ist nicht sogleich wieder wählbar.

Die Staatswirthschaftskommission soll den Gang der Staatshaushaltung beobachten; das jährliche Budget untersuchen und vorberathen, bevor dasselbe dem Großen Rathe vorgelegt wird; die Staatsrechnung genau untersuchen und vor der Anerkennung derselben über ihre Vollständigkeit und Richtigkeit, über die Frage: ob die durch das Budget bewilligten Summen zu den Bestimmungen verwendet worden, zu welchen sie bewilligt waren? getreuen Bericht abstaten; endlich denn, eingeschlichene Mißbräuche oder Mängel in der Staatshaushaltung bemerken und allfällige Anträge zur Abhülfe vorlegen.

§. 14. Der Große Rath kann für die Untersuchung und Vorberathung eines jeden in seinem Wirkungskreise liegenden Gegenstandes eine außerordentliche Kommission ernennen, die mit der Erfüllung ihres Auftrages auch wiederum aufgelöst ist.

Die Anträge eines einzelnen Gliedes oder eines Departementes, müssen jedoch vorher auf die in dem Artikel 52

4. August 1831. der Staatsverfassung vorgeschriebene Weise durch den Regierungsrath vorberathen seyn.

Wenn der Antrag zu Niederlegung einer außerordentlichen Kommission nichts hierüber enthält; so soll der Präsident ohne Umfrage lediglich abstimmen lassen: ob sie aus drei, oder mehr? fünf oder mehr? sieben oder mehr Mitgliedern bestehen solle? und so fort, bis eine Zahl die Stimmenmehrheit der Versammlung erhält. Hierauf wird abgestimmt: ob der Präsident die Kommission ernennen solle, oder die Versammlung? — und im letztern Falle: ob die Wahl durch öffentliche, oder durch geheime Abstimmung zu treffen sei? — bei der geheimen Abstimmung endlich: ob die Wahl einzeln, oder für alle Glieder zugleich geschehen solle?

Der zuerst Ernannte ist der Präsident der Kommission.

T i t e l 2.

Von dem Präsidium des Großen Rathes.

§. 15. Der Vorsitz im Großen Rathe wird, Kraft des Artikels 47 der Staatsverfassung, durch den Landammann, in seiner Abwesenheit durch einen Vicepräsidenten, und in der Abwesenheit von beiden durch einen Statthalter geführt, der von der Versammlung durch öffentliches, absolutes Stimmenmehr auf so lange zum Vorsitz bezeichnet wird, als der Landammann und der Vicepräsident abwesend seyn werden.

Die Wahl des Statthalters geschieht unter dem Präsidium des ältesten anwesenden Mitgliedes, wenn der Landammann und der Vicepräsident nicht anwesend seyn sollten und kein anwesender Statthalter bezeichnet wäre.

§. 16. Der Landammann und der Vicepräsident des

Großen Rathes werden sogleich nach ihrer Erwählung in der Wintersitzung des Großen Rathes beeidigt. Sie treten aber ihre Amtsverrichtungen erst am 1. Januar des darauf folgenden Jahres an. 4. August 1831.

An diesem Tage, nach dem Vormittagsgottesdienste, soll der abtretende Landammann, begleitet von dem neuen Schultheißen, dem neuen Vicepräsidenten des Großen Rathes, zwei Gliedern des Regierungsrathes, zwei Gliedern der neuen Sechszehner, dem Staatschreiber und den beiden Ammännern, dem neuen Landammann die Staatsfessel in seine Wohnung überbringen und ihm die laufenden Geschäfte übergeben.

Der Staatschreiber wird über diese Verhandlung ein kurzes Protokoll aufnehmen, und dasselbe dem Großen Rathe und dem Regierungsrathe, in der ersten darauf folgenden Sitzung einer jeden dieser Behörden, mittheilen.

§. 17. Der Landammann und der Vicepräsident des Großen Rathes müssen während ihrem Amtsjahre in der Hauptstadt oder ihrer Nähe wohnen, und dürfen ihren ordentlichen Wohnsitz nicht über Nacht verlassen; während der Große Rath nicht versammelt ist: ohne Anzeige ihrer Entfernung, von Seite des Landammanns an den Schultheißen, und von Seite des Vicepräsidenten an den Landammann; für beide, ohne einen vorher ausgewirkten Urlaub des Großen Rathes, wenn die Abwesenheit länger als zehn Tage dauern soll. Während der Große Rath versammelt ist, darf keiner von beiden seinen Wohnsitz ohne Urlaub desselben über Nacht verlassen.

§. 18. Der Landammann, als erster Staatsbeamter, verwahrt die Siegel der Republik und läßt auf das Ansuchen des Schultheißen auch diejenigen Akten des Regierungsrathes mit diesem Siegel versehen, für welche das Siegel des Regierungsrathes nicht genügt. Er übt eine

4. August 1831. Aufsicht über den Gang der Staatsverwaltung aus, in Folge welcher er dem Großen Rathe hierüber die nöthige Auskunft ertheilen kann, und zu welcher ihm der Artikel 51 der Staatsverfassung das Mittel an die Hand gibt. Er sorgt, daß diejenigen Geschäfte vor den Großen Rath gelangen, die vor denselben gehören. Er sorgt endlich für die Beobachtung der Vorschriften des ersten Titels dieses Reglementes in ihrem ganzen Umfange.

Als Präsident des Großen Rathes führt er das Wort für denselben. Er handhabt die gesetzliche Ordnung bei den Verhandlungen, in den Sitzungen und an dem Sitzungsorte; zu welchem Ende er den Bestand der Wache des Großen Rathes während den Sitzungen vorschreibt, und der Wache, den Aemännern und den Staatsbedienten seine Befehle ertheilt. Er beruft den Großen Rath auf die vorgeschriebene Weise zusammen und entläßt denselben. Er veranstaltet eine jede Sitzung, und hebt dieselbe auf. Er trägt die zu behandelnden Gegenstände vor; leitet die Berathung den Gesetzen gemäß; sündert die bei der Umfrage gefallenen Meinungen; setzt die Fragen, über welche abzustimmen ist, und läßt auf die vorgeschriebene Weise abstimmen; doch soll er keine bloß von ihm eröffnete Meinung zur Abstimmung bringen, es sey denn, daß dieselbe durch ein anderes Glied des Großen Rathes aufgenommen oder reassumirt worden. Er entscheidet bei der Gleichheit der Stimmenzahl zweier entgegenstehender Meinungen. Er unterzeichnet endlich alle öffentlichen Akten des Großen Rathes.

Bei den Wahlverhandlungen des Großen Rathes stimmt der Landammann mit, und das Loos entscheidet bei gleich getheilten Stimmen.

§. 19. Der Stellvertreter des Landammanns übt die

Rechte desselben aus, und erfüllt die Pflichten des Landammanns in seiner Abwesenheit. 4. August 1831.

§. 20. Der Vicepräsident wird durch den Landammann auf die nachfolgende Formel beeidigt:

„Es schwört der Vicepräsident des Großen Rathes der Republik Bern: in allen Fällen, wo der Landammann die Pflichten seiner Stelle selbst zu erfüllen verhindert wird, diese Pflichten an desselben Platz und als sein Stellvertreter, nach bestem Gewissen, treulich und nach allen seinen Kräften zu erfüllen, wie es die Verfassung, die Gesetze und Verordnungen dem Landammann selbst vorschreiben.“

T i t e l 3.

Kanzlei und Bedienung des Großen Rathes.

Der Staatschreiber besorgt die sämmtlichen Scripturen des Großen Rathes.

Er hat die Pflicht, alle Anträge, alle Fragen, über welche abgestimmt worden, und die Zahl der gefallenen Stimmen für jede derselben, so wie die gefassten Beschlüsse des Großen Rathes, getreu niederzuschreiben, und nachher zu Protokoll zu bringen; die Beschlüsse in gehöriger Form auszufertigen, ihren Inhalt den Behörden und Personen, die es betrifft, nebst den nöthigen Aufträgen bekannt zu machen; das Protokoll und die Archive in guter Ordnung zu erhalten und keine dem Staate gehörigen Akten oder andere Gegenstände, die seiner Obhut anvertraut sind, ohne Bewilligung der Präsidenten oder ihrer Stellvertreter, aus selbiger oder aus den Archiven zu entfernen. Er soll aber keinem Mitgliede des Großen Rathes die Einsicht der Protokolle und im Archiv befindlichen Urkunden verweigern. Er unterzeichnet alle öffentlichen Ur-

4. August 1831. kunden, die vom Großen Rathe ausgehen. Seine fernern Pflichten und Befugnisse, so wie sein Verhältniß gegen die übrigen Beamten und Gehülften der Kanzlei, sind durch fernere Geseze oder Instruktionen bestimmt.

Im Fall von Abwesenheit vertritt der nächstfolgende Kanzleibeamte seine Stelle.

§. 22. Für die unmittelbare Bedienung des Großen Rathes erwählt derselbe durch geheimes, absolutes Stimmenmehr, aus seiner Mitte, auf einen doppelten Vorschlag der drei ältesten Regierungsräthe im Range für jede einzelne Stelle, welcher durch jedes Mitglied des Großen Rathes vermehrt werden kann, und auf eine Amtsdauer von vier Jahren, zwei Ammänner, die sogleich wieder wählbar sind. Unter den Ammännern stehen die Staatsbedienten, welche die Standesfarbe tragen, die Befehle der Ammänner vollziehen sollen, und durch den Regierungsrath ernannt werden.

§. 23. Die beiden Ammänner leisten überhaupt die Abwart in den Sitzungen des Großen Rathes. Sie besorgen insbesondere alles Nöthige für die geheimen Abstimmungen und zählen bei diesen und bei den öffentlichen Abstimmungen die Stimmen. Sie vollziehen die Befehle des Landammanns für die Handhabung der Ruhe und Ordnung und wachen besonders, daß dieselben durch die Zuhörer nicht gestört werden. Der jüngere Ammann hat die besondere Aufsicht über das Rathhaus und über den Hausdienst für dasselbe, so wie über das zu dem Rathhause gehörige Inventar von Mobilien.

Abwechselnd versieht einer von ihnen auch die Abwart in den Sitzungen des Regierungsrathes, nach fernerer Instruktion, die sie von dem Großen Rathe oder dem Regierungsrathe erhalten werden.

§. 24. Die Ammänner werden von dem Landammann auf die nachfolgende Formel beeidigt: 4. August 1831.

„Es schwört ein Ammann der Republik Bern: die Pflichten seines Amtes treu, eifrig und unverdrossen zu erfüllen; die Dienstbefehle des Landammanns für den Großen Rath und des Schultheißen für den Regierungsrath geflissen zu vollziehen; bei der Zählung der Stimmen die möglichste Aufmerksamkeit, Treue und Genauigkeit zu beobachten; insonderheit alles geheim zu halten, was er in den Sitzungen erfahren wird und sich nicht zur Deffentlichkeit eignet.“

T i t e l 4.

Von den Verhandlungen des Großen Rathes.

A b s c h n i t t 1.

Versammlungen des Großen Rathes.

§. 25. Der Große Rath versammelt sich zu den zwei durch den Artikel 57 der Staatsverfassung vorgeschriebenen ordentlichen Sitzungen je am ersten Montag des Junius und am ersten Montag des Dezembers, und außerordentlich: wenn es der Landammann nöthig findet, wenn es der Regierungsrath verlangt, oder wenn es verfassungsmäßig durch zwanzig Mitglieder begehrt wird.

In allen diesen Fällen geschieht die Einberufung durch Schreiben der Kanzlei an jedes Mitglied des Großen Rathes, welche den Tag und die Stunde der ersten Sitzung und die zu berathenden Gegenstände anzeigen sollen; insofern die letztern voraus bekannt sind. Diese Einberufungsschreiben werden an den gewöhnlichen Wohnort erlassen.

In den Sitzungen, welche auf eine solche Einberufung folgen, können alle Arten von Geschäften behandelt werden.

4. August
1831.

§. 26. Während den ordentlichen oder außerordentlichen Versammlungen des Großen Rathes wird der Präsident am Ende einer jeden Sitzung den Tag und die Stunde des Anfangs der nächstfolgenden Sitzung anzeigen; überdieß soll spätestens am Abend vor der Sitzung für ein jedes Mitglied des Großen Rathes eine Bietkarte bei seiner Wohnung oder seinem Absteigquartier in Bern abgegeben werden.

Zu diesem Ende soll ein jedes Mitglied der Kanzlei seine Wohnung oder sein Absteigquartier in der Stadt anzeigen, wo die Bietkarten abgegeben werden, bis eine andere Anzeige hierüber gemacht worden ist.

§. 27. Wenn eine Vertagung auf unbestimmte Zeit statt gefunden, so muß die Zusammenberufung des Großen Rathes wiederum auf die im §. 25 vorgeschriebene Weise durch Einberufungsschreiben geschehen.

§. 28. Der Präsident ist berechtigt, für wichtige Angelegenheiten oder in dringenden Fällen, bei dem Eide bieten zu lassen.

Wer alsdann ohne Entschuldigungsgründe ausbleibt, ist eines Eidbruches schuldig. Bei unzulänglichen Entschuldigungsgründen kann der Große Rath, auf die Untersuchung durch den Regierungsrath und den Bericht dieser Behörde und der Sechszehner hin, die Einstellung auf eine bestimmte Zeit oder die Abberufung erkennen.

A b s c h n i t t 2.

Sitzungen des Großen Rathes.

§. 29. Die Sitzungen des Großen Rathes können während einer ordentlichen oder außerordentlichen Versammlung desselben nicht eröffnet werden, es seyen denn wenigstens achtzig Mitglieder anwesend, den Präsidenten mitgerechnet.

Eine geringere Zahl anwesender Mitglieder kann auch keinen gültigen Beschluß fassen und keine Wahl treffen. 4. August 1831.

§. 30. Jede Sitzung wird mit der Verlesung und Behandlung des Protokolles der vorhergehenden Sitzung angehoben.

Hierauf soll ein Namensaufruf der Mitglieder des Großen Rathes folgen, bei welchem die Abwesenden, die sich nicht vorher bei dem Präsidenten entschuldigt haben, oder während der Sitzung bei dem Staatschreiber melden, im Protokolle eingetragen werden.

Sodann folgt die Behandlung der Geschäfte des Großen Rathes. Am Schluß der Sitzung soll der Präsident der Versammlung anzeigen, was er in der nächsten Sitzung behandeln zu lassen gedenke.

Hierauf kann er nochmals einen Namensaufruf befehlen, und muß es thun, wenn es von fünf Mitgliedern verlangt wird. Nur diejenigen sind als anwesend zu betrachten, die auch bei diesem zweiten Namensaufrufe zugegen und von dem ersten her nicht als abwesend zu Protokoll getragen sind.

§. 31. Ein besonderes Reglement wird für die Polizei unter den Zuhörern Vorschriften geben, wenn der Sitzungssaal des Großen Rathes zur Aufnahme von Zuhörern eingerichtet ist.

Bis zu dieser Zeit wird dem Präsidenten erlaubt, Geschwindschreibern den Zutritt zu gestatten, wenn sie ihm angeloben, die Verhandlungen getreu und parteilos niederzuschreiben, und wenn sie durch ihre Persönlichkeit Zutrauen einflößen. Es ist dem Präsidenten auch überlassen, diese Erlaubniß zurückzuziehen.

§. 32. Das Taggeld, welches die Mitglieder des Großen Rathes, Kraft des Artikels 46 der Staatsver-

4. August 1831. fassung, als Entschädigung ansprechen können, ist auf fünfundzwanzig Bagen für den Tag bestimmt, und die Reiseentschädigung für jede Reise auf fünf Bagen für eine Stunde Entfernung von der Hauptstadt zu ihrem Wohnorte.

A b s c h n i t t 3.

Form der Berathungen überhaupt.

§. 33. Die Gegenstände, welche von dem Großen Rathe zu behandeln sind, müssen, mit Ausnahme der Mahnungen und Anzüge, Tages vorher auf einer in der Kanzlei aufgehängten Tafel angezeigt seyn.

Ueberdies müssen Vorschläge zu Gesetzen und allgemeinen Verordnungen mit den dazugehörigen Gutachten, und schriftliche Gutachten mit den Anträgen über wichtigere Gegenstände, wenigstens zwei Tage vor ihrer Behandlung in der Kanzlei zur Einsicht liegen.

In so fern es möglich ist, sollen wichtigere Vorschläge zu Gesetzen und allgemeinen Verordnungen gedruckt und den Mitgliedern des Großen Rathes mit den Einberufungsschreiben zugesendet, oder nachher ausgetheilt werden.

Für die Entwürfe von Gesetzbüchern endlich ist die Vorschrift des Artikels 52 der Staatsverfassung vor ihrer Berathung zu beobachten, und bezüglich auf die Vorberathung der Gegenstände, welche es betrifft, die Vorschrift der Artikel 52 und 69 dieser Verfassung.

§. 34. Der Präsident eröffnet der Versammlung den Gegenstand der Berathung und kann die verschiedenen Hauptansichten über denselben entwickeln, ohne dabei seine Meinung durchblicken zu lassen.

§. 35. Hierauf werden die auf den Gegenstand bezüglichen Schriften von dem Staatschreiber verlesen, wenn dergleichen vorhanden sind.

§. 36. Ist ein Gegenstand von zusammengesetzter Art und daher in mehreren Artikeln vorgelegt; so wird zuerst eine allgemeine Umfrage eröffnet, in welcher gleichzeitig die Fragen erörtert werden: ob man über den Gegenstand eintreten, oder denselben von der Hand weisen wolle? — Ob man sofort eintreten, oder die Berathung verschieben wolle? — Ob man im erstern Falle den Gegenstand in seiner Gesamtheit berathen wolle, oder aber Artikelsweise? — Ob man im Falle des Verschuhs einfach verschieben, oder den Vorschlag zu einer nochmaligen Vorberathung an eine Kommission oder Behörde zurückweisen wolle, und an was für eine? — Ob im Fall des einfachen Verschuhs derselbe auf eine bestimmte Zeit statt finden solle, oder auf eine unbestimmte?

4. August
1831.

Nach dem Entscheid dieser allgemeinen Vorfragen wird erst über die Sache selbst eingetreten und berathen, wenn die Berathung erkannt worden ist, oder wenn kein Antrag auf die Abweisung oder auf eine Art von Verschub erfolgte.

§. 37. Bei Gegenständen von einfacher Art werden diese Vorfragen zugleich mit der Sache selbst berathen, und bloß in der Abstimmung getrennt und zum Voraus entschieden.

§. 38. Der Präsident fragt über den in die Berathung gesetzten Gegenstand vorerst den Berichterstatter um seinen mündlichen Bericht an, welcher die Gründe des Antrages in gedrängter Kürze entwickelt. Hierauf fragt er an: ob ein Mitglied der Vorberathungsbehörde den Bericht zu vervollständigen habe? Diese Berichterstattung zählt nicht für das Recht der berichterstattenden Mitglieder, im Verlauf der Umfrage ihre persönliche Meinung auszusprechen.

Wird der Antrag eines einzelnen Gliedes des Großen Rathes der Berathung unterworfen; so fragt der Präsi-

4. August 1831. dent den Verfasser des Antrags vorerst namentlich über denselben und seine Gründe an.

Ist endlich ein Gegenstand zu berathen, der weder durch eine Behörde oder Kommission vorberathen worden, noch als Folge eines persönlichen Antrages zur Berathung kommt; so fragt der Präsident den Vicepräsidenten, oder in dessen Abwesenheit ein anderes Mitglied der Versammlung namentlich um die Eröffnung seiner Meinung an.

§. 39. Hierauf wird die allgemeine Umfrage durch den Präsidenten eröffnet, bei welcher ein jedes Mitglied des Großen Rathes in der Regel nur ein Mal über den nämlichen Berathungsgegenstand sprechen darf; es sey denn, daß ein solches Mitglied ausdrücklich um Erläuterungen angefragt werde, oder eine irrige Thatsache zu berichtigen habe. In diesen zwei Fällen kann es den Präsidenten um das Wort bitten, der es erteilt, wenn sich niemand widersetzt, und hingegen die Versammlung, ohne Umfrage darüber, kurzweg entscheiden läßt, wenn sich jemand widersetzt hat. Der Redner muß sich aber ausschließlich auf die verlangte Erläuterung oder auf die kurze Berichtigung der Thatsache beschränken, welche es betrifft.

§. 40. Ein jedes Mitglied des Großen Rathes, welches an der Erörterung des in der Berathung liegenden Gegenstandes Theil nehmen will, soll über denselben kurz, deutlich, ohne Wiederholung, mit der Anständigkeit, die es der Würde der Versammlung schuldig ist, vorzüglich ohne beleidigende Anzüglichkeiten gegen irgend Jemand, und ohne Einmischung fremder Gegenstände, bei seinem Platze stehend sprechen. Niemand darf eine geschriebene oder gedruckte Rede ablesen. Ein jeder Redner soll auch einen bestimmten, klaren Schluß ziehen, und wenn ein schriftlich abgefaßter Vorschlag in seinem wirklichen Inhalte im Ganzen oder Artikelsweise berathen wird, so muß er seinen,

auf eine Abänderung des Vorschlags zweckenden Schluß dem Präsidenten schriftlich übergeben: ansonst bei der Abstimmung auf den Antrag keine Rücksicht genommen wird. 4. August 1831.

So wie ein Redner seinen Vortrag beendigt hat, steht ein anderer auf, der über den Gegenstand zu sprechen wünscht, ohne daß er vorher das Wort begehren müßte; ausgenommen in den in dem §. 40 dieses Reglementes bestimmten Fällen. Derjenige, welcher zuerst aufgestanden ist, hat den Vorrang; im Zweifelsfalle hierüber entscheidet der Präsident.

§. 41. Wenn auf die Anfrage des Präsidenten niemand mehr zu sprechen verlangt, der noch nicht gesprochen hat, so erklärt der Präsident die erste Umfrage für geschlossen. Falls er es aber nöthig findet, kann er von sich aus eine zweite Umfrage über den gleichen Gegenstand eröffnen, welche nach den gleichen Vorschriften wie die erste gehalten werden soll.

Ebenso hat ein jedes Mitglied des Großen Rathes das Recht, ganz kurz und mit Enthaltung von jeder Ausführung seiner Gründe hiezu, eine zweite Umfrage zu verlangen. Der Präsident soll auf ein solches Begehren alsogleich und ohne Berathung abstimmen lassen: ob die Versammlung eine zweite Umfrage gestatten wolle, oder nicht?

§. 42. Nach dem Schlusse der ersten Umfrage oder der zweiten, wenn eine solche erfolgt, soll in denjenigen Fällen, wo eine förmliche Berichterstattung im Namen einer Vorberathungsbehörde oder Kommission statt gehabt, der Präsident dem Berichtersteller seinen Schlußbericht abfordern, in welchem der Berichtersteller die gegen den in der Berathung gelegenen Entwurf gefallenen Anträge und Bemerkungen zusammenstellen, prüfen und berichten wird.

1. August
1831.

Niemand darf nach der Erstattung des Schlußberichtes mehr sprechen, ausgenommen der Präsident, wenn er dafür nach Mitgabe des folgenden §. 44 angesucht wird.

§. 43. Der Präsident soll während einer Umfrage seine persönliche Meinung nicht eröffnen; wohl aber kann er dieses nachdem die Umfrage geschlossen und der allfällige Schlußbericht erstattet ist, falls er von einem Gliede der Versammlung um seine Meinung angefragt wird.

Eine eigene Meinung, die in dem Antrage nicht enthalten war und die in der Umfrage nicht eröffnet worden, darf der Präsident aber nur dann zur Abstimmung bringen, wenn sie durch ein Mitglied des Großen Rathes aufgenommen oder reassumirt wird, und der Schlußberichterstatter sein Gutachten darüber ausgesprochen hat, im Fall ein Schlußbericht statt gefunden.

§. 44. Hierauf soll der Präsident die gefallenen Meinungen kurz reassumiren und logisch ordnen, daß jeweilen ein Satz und der Gegensatz desselben zur Abstimmung gebracht werden könne, und sodann zur Abstimmung auf die in dem Abschnitt 4 vorgeschriebene Weise schreiten.

Sollte eine gefallene Meinung vergessen oder nicht an dem gehörigen Orte zur Abstimmung angekündigt werden, so kann darüber in Bescheidenheit Einspruch geschehen. Findet der Präsident den Einspruch ungegründet, so entscheidet die Versammlung darüber, falls der Einsprechende auf seinem Einspruche beharrt.

A b s c h n i t t 4.

Form der Abstimmung.

§. 45. Wenn die in dem §. 37 des gegenwärtigen Reglements vorgeschriebene allgemeine Umfrage statt gefunden; so werden die bei derselben gefallenen Anträge in

der daselbst stehenden Reihenfolge zur Abstimmung ge- 4. August
bracht. Nämlich: 1831.

Will man über den Gegenstand auf irgend eine Weise eintreten, oder denselben von der Hand weisen?

Will man sofort eintreten, oder die Berathung verschieben?

Im Falle des Eintretens; will man den Gegenstand in seiner Gesamtheit berathen, oder aber Artikelsweise?

Im Falle des Verschiebens; will man einfach verschieben, oder zu fernerer Vorberathung zurückweisen?

Im Falle der einfachen Verschiebung; will man auf unbestimmte Zeit verschieben, oder auf eine bestimmte? und in diesem letztern Fall: auf welche Zeit?

Im Falle der Zurückweisung wird erkannt: an welche Behörde oder Kommission der Vorschlag zu weisen sey? und eine neue Kommission wird nach Anleitung des §. 14 dieses Reglementes niedergesetzt.

§. 46. Nach andern Umfragen werden allenfalls diese Fragen in der gleichen Folgeordnung voraus zur Abstimmung gebracht, wenn in der Umfrage Anträge zu dem einen oder dem andern dieser Beschlüsse gefallen sind, und wenn erkannt wird sofort einzutreten; oder wenn keine dieser Fragen aufgeworfen worden sind, so werden die Abstimmungen auf die nachfolgende Weise geleitet:

1) Wenn bei dem Entscheide für eine Beschlußnahme über die Sache selbst das Gutachten einer Behörde oder einer Kommission vorliegt, so wird vorerst über die Frage abgestimmt:

Will man den Antrag des Gutachtens mit oder ohne Abänderungen annehmen, oder denselben beiseits setzen?

Wird das Erstere erkannt, so werden die Abänderungen des Gutachtens, auf welche angetragen worden, eine nach der andern zur Abstimmung gebracht, und wenn keine

4. August 1831. Abänderung die Mehrzahl der Stimmen vereinigt, so ist der Antrag des Gutachtens unverändert angenommen; hingegen aber mit der erkannten Abänderung, wenn eine solche die Mehrzahl der Stimmen vereinigt hat.

2) Wenn hingegen kein Gutachten der Berathung untergelegen, oder das Gutachten durch die vorhergegangene Abstimmung beiseits gesetzt worden ist; so wird über die einander entgegenstehenden Hauptmeinungen abgestimmt, und hierauf jeweilen über die einander entgegengesetzten Unterabtheilungen der angenommenen Hauptmeinungen.

Nach der Abstimmung soll der Präsident das Ergebniß derselben im Zusammenhange eröffnen.

§. 47. Die angenommenen Artikel eines gehörig vorberathenen Vorschlags sind verbindlich und können nur auf die in dem §. 50 dieses Reglementes bestimmte Weise abgeändert werden. Verworfenne, abgeänderte oder ganz neue Artikel eines zusammenhängenden Vorschlags sollen mit dem Beschlusse der Versammlung an die Kommission oder Behörde zurückgewiesen werden, welche den Vorschlag vorberathen hat. Diese soll die Aenderungen oder Zusätze mit den bereits verbindlich erkannten Artikeln in Uebereinstimmung setzen und gehörig abfassen; sie kann aber zugleich auch neue Anträge bringen, oder die ersten nochmals empfehlen, und die Aenderungen oder Zusätze sind bloß nach einer zweiten Berathung und Abstimmung über dieselben verbindlich.

§. 48. Für die Berathung und die Form der Abstimmung über umfassende Gesetze kann der Große Rath zum Voraus andere Vorschriften erteilen.

§. 49. Ausgenommen in dem Falle, für welchen der Artikel 24 der Staatsverfassung eine besondere Vorschrift enthält, entscheidet die Mehrzahl der Stimmen bei jeder Abstimmung.

Damit aber ein einzelner, kraft des §. 48 dieses Re- 4. August
glements auf verbindliche Weise erkannter, Artikel eines 1831.
in der Berathung liegenden Vorschlages, oder ein einzel-
ner Beschluß des Großen Rathes abgeändert werden könne,
muß die Abänderung wenigstens durch eine größere Zahl
von Stimmen erkannt seyn, als diejenige, mit welcher der
Artikel oder der Beschluß erkannt worden ist. Wenn aber
einmal die Abänderung mit dieser Stimmenzahl erkannt
ist, so erfordert es nachher für die einzelnen Punkte der
Ausführung dieses neuen Beschlusses bloß die Mehrzahl
der Stimmenden.

§. 50. Die Abstimmung geschieht durch das Hand-
mehr, wenn nur eine Meinung über einen Gegenstand er-
öffnet worden ist. In allen andern Fällen geschieht sie
durch das Aufstehen der Glieder des Großen Rathes.

Die Zählung der Stimmen geschieht durch die beiden
Ammänner, von denen der eine die Zahl der Stimmen-
den laut zählt und der andere denselben kontrollirt. Nach
jeder Zählung erklären sie mit lauter Stimme die gefun-
dene Zahl.

Sobald es ein Mitglied verlangt, muß die Stimmen-
zahl für das Mehr und für das Gegenmehr gezählt wer-
den. Bei einer sehr entschiedenen Stimmenmehrheit für
einen Satz kann aber auch nur die Stimmenzahl für den
Gegensatz gezählt werden, wenn Niemand dawider Einspruch
macht.

Die Abstimmung für Wahlen wird in dem Abschnitte
6 dieses Reglementes angeordnet.

§. 51. Bei gleich getheilte Zahl der Stimmen ent-
scheidet der Präsident; ausgenommen bei Wahlen, wo er
mitstimmt, und wo bei gleich getheilten Stimmen das Loos
entscheidet. (§. 62.)

4. August
1831.

A b s c h n i t t 5.

Von den Anträgen.

§. 52. Die Anträge des Regierungsrathes und der Sechszehner über Gegenstände, die sich auf den Staatsorganismus beziehen, die Anträge des Regierungsrathes einzig über alle andern Gegenstände, und die Anträge eines Departements über Gegenstände seines Amtskreises, können ohne weitere Vorberathung durch den Großen Rath behandelt und nach Gutfinden, mit oder ohne Abänderungen entschieden werden; in so fern die Anträge eines Departementes mit dem Gutachten des Regierungsrathes begleitet sind.

Der Große Rath kann aber auch einen jeden dieser Anträge vor der Behandlung desselben, oder im Laufe der Behandlung, zur Prüfung und Berichterstattung an eine außerordentliche Kommission (§. 14) oder an eine andere Behörde überweisen.

§. 53. Die Anträge eines einzelnen Gliedes des Großen Rathes sind entweder: Anzüge oder Mahnungen. Die Anzüge enthalten den Antrag zu irgend einer neuen Vorschrift oder Verfügung; die Mahnungen hingegen sind Begehren, die sich bloß auf die Handhabung und Vollziehung wirklich bestehender Vorschriften oder Verfügungen beziehen; beides jedoch nur in so fern, als sich der Antrag zu einer neuen Vorschrift, oder zu Handhabung und Vollziehung einer wirklich bestehenden, nicht auf einen in der Berathung liegenden Gegenstand bezieht; in welchem Falle der Antrag nur die Eigenschaft einer bloßen Meinung über den Berathungsgegenstand hat und den Vorschriften des nachfolgenden §. 55 nicht unterworfen ist.

§. 54. Die Anzüge und die Mahnungen müssen vor der Sitzung, in welcher sie geschehen sollen, dem Präsidenten schriftlich und vom Anzüger oder Mahner unter-

schrieben, übergeben werden; zumal die Tagesordnung nicht durch unvorhergesehene Anzüge oder Mahnungen unterbrochen werden darf. 4. August 1831.

Der Präsident soll den Anzug oder die Mahnung mit möglichster Beförderung, jedoch mit Vorziehung anderer, wichtigerer Geschäfte, mittelst Verlesung der eingereichten Schrift durch den Staatschreiber bekannt machen.

Ein Anzug darf hierauf nicht sogleich behandelt werden, sondern er muß wenigstens zwei Tage zur Einsicht in der Kanzlei liegen: eine Mahnung hingegen kann alsogleich in Berathung kommen.

Die erste Berathung eines Anzugs und einer Mahnung darf sich bloß auf die Erheblichkeit derselben erstrecken. Nach der Verlesung fordert der Präsident, zufolge des §. 39 dieses Reglementes, den Anzüger oder Mahner zu der Entwicklung seiner Gründe auf. Sodann erfolgt die allgemeine Umfrage, und die Versammlung entscheidet über die Frage der Erheblichkeit, oder verschiebt die Entscheidung über diese Frage auf die eine oder andere Weise.

Wird erkannt, der Anzug oder die Mahnung sey erheblich; so muß der eine oder die andere, Kraft des Artikels 52 der Staatsverfassung, zur Berathung an den Regierungsrath gewiesen werden; welcher, Kraft des Artikels 69 der Verfassung, die Sechszehner bezieht, wenn der Anzug oder die Mahnung einen Gegenstand des Staatsorganismus betrifft. Auf den erstatteten Bericht wird der Anzug oder die Mahnung gleich behandelt, wie ein Antrag des Regierungsrathes. (§. 53.)

A b s c h n i t t 6.

Von den Wahlen.

§. 55. Die Wahlen geschehen entweder durch den Präsidenten einzig, jedoch nur für außerordentliche Kommis-

4. August 1831. sionen (§. 14), oder durch die Zweihundert einzig, nach Vorschrift des Artikels 43 der Staatsverfassung, oder endlich durch den Großen Rath selbst, mit öffentlicher oder geheimer Abstimmung, und zwar im letztern Falle durch Abstimmung für eine einzelne Stelle, oder für mehrere zugleich, wie es für die verschiedenen Stellen besonders vorgeschrieben ist. Für mehrere Stellen zugleich kann nie öffentlich abgestimmt werden.

§. 56. Die Wahlen der Zweihundert geschehen in der Form, welche in dem §. 59 dieses Reglementes überhaupt für geheime Wahlen für eine einzelne Stelle vorgeschrieben ist; jedoch haben nur die Zweihundert das Stimmrecht bei denselben.

Wahlform bei der öffentlichen Abstimmung.

§. 57. Ein doppelter Wahlvorschlag wird eröffnet, der durch jedes Mitglied des Großen Rathes vermehrt werden kann, und der durch die drei ältesten Regierungsräthe im Range abgefaßt worden, wenn hierüber nichts anders bestimmt ist.

Hierauf wird die Versammlung gezählt, und die Zahl erklärt, die zur unbedingten Stimmenmehrheit erfordert wird.

Sodann treten die Vorgesetzten und ihre Verwandten und Verschwägerten in den bestimmten Graden aus.

Der Präsident läßt über jeden Vorgesetzten, in der Reihenfolge wie derselbe vorgeschlagen worden, abstimmen, und die Glieder des Großen Rathes stehen auf, welche demjenigen ihre Stimme geben wollen, über welchen abgestimmt wird. Die Ammänner zählen laut die gefallenen Stimmen und erklären die Zahl derselben zu Protokoll, welches am Ende der Abstimmung über Alle laut verlesen werden soll.

Vereinigt ein Vorgesetzter die unbedingte Stimmenmehrheit, so ist er erwählt und wird durch den Präsidenten als erwählt angekündigt.

Vereiniget keiner diese Stimmenmehrheit, so bleiben höchstens nur diejenigen vier in der Wahl, welche die meisten Stimmen hatten, und wenn nur drei oder vier in der ersten Wahl standen, so fällt derjenige unter ihnen aus der Wahl, der die wenigsten Stimmen hatte. Die aus der Wahl gefallenen und ihre im Austritte befindlichen Verwandten und Verschwägerten werden zu der fernern Abstimmung hereinberufen.

4. August
1831.

Sodann wird auf die gleiche Weise zu den fernern Abstimmungen über die jeweiligen in der Wahl gebliebenen geschritten, bis einer von ihnen entweder die unbedingte Stimmenmehrheit erhält, oder zwischen den zwei in der letzten Wahl gebliebenen die Mehrzahl der Abstimmenden entscheidet.

Ein jedes stimmende Mitglied ist bei seinem Eide verpflichtet, in jeder Abstimmung nur Einem aus denjenigen seine Stimme zu ertheilen, welche in derselbigen Abstimmung in der Wahl stehen.

Wahlform bei der geheimen Abstimmung für eine einzelne Stelle.

§. 58. Ein doppelter vorläufiger Wahlvorschlag wird eröffnet, der durch die drei ältesten Regierungsräthe im Range abgefaßt worden, wenn hierüber nichts anders bestimmt ist. Es sind jedoch die Stimmenden keineswegs an diesen Wahlvorschlag gebunden.

Hierauf stellen die Ammänner einem jeden Mitglied der Versammlung einen Stimmzettel zu. Der eine Ammann theilt diese Stimmzettel aus und zählt die ausgetheilten mit lauter Stimme, der andere Ammann kontrollirt diese Zählung, und die Gesamtsumme wird von ihnen zu Protokoll erklärt. Diese Gesamtsumme der zuerst ausgetheilten Stimmzettel bestimmt die unbedingte Stimmen-

4. August 1831. mehrheit für die ganze folgende Wahlverhandlung, und diese unbedingte Stimmenmehrheit soll der Versammlung alsobald bekannt gemacht werden.

Sodann bezeichnet ein jeder Stimmender auf seinem Stimmzettel denjenigen, welchem er seine Stimme geben will, auf eine erkennbare Weise. Die Stimmzettel werden durch die Ammänner in ein Gefäß gesammelt, und sodann öffentlich gezählt. Finden sich mehr Stimmzettel, als die zu Protokoll gegebene Zahl der ausgetheilten, so ist die Verhandlung ungültig und muß wiederum angefangen werden; sind aber weniger oder gleich viel Stimmzettel, so wird die Verhandlung fortgesetzt.

Einer der Ammänner übergibt einen Stimmzettel nach dem andern offen dem Präsidenten, welcher den darauf stehenden Namen laut ablieset und den Stimmzettel dem andern Ammanne zustellt. Der Staatschreiber minutirt die fallenden Stimmen und liest am Ende die Namen und die Stimmenzahl eines jeden Vorgesetzten vernehmlich ab.

Vereinigt Jemand bereits in dieser Vorschlagsabstimmung die unbedingte Stimmenmehrheit, so ist er erwählt und wird durch den Präsidenten als erwählt angekündigt.

Vereinigt Keiner diese Stimmenmehrheit, so bleiben höchstens nur diejenigen vier in der Wahl, welche die meisten Stimmen hatten, und wenn nur drei oder vier in den Wahlvorschlag gekommen, so fällt derjenige unter ihnen aus der Wahl, der die wenigsten Stimmen hat.

Die in der Wahl bleibenden und ihre Verwandten und Verschwägerten in den bestimmten Graden treten aus, und die Erstern werden durch das Ballotiren jeweilen um einen, der die kleinste Stimmenzahl hat, vermindert, welcher alsdann mit seinen Verwandten und Verschwägerten zur fernern Abstimmung hereinberufen wird, bis einer von ihnen entweder die unbedingte Stimmenmehrheit erhält, oder zwis-

schen den zwei in der letzten Wahl gebliebenen die Mehrzahl der Stimmen entscheidet. 4. August 1831.

Nach dem Ballotiren sollen die gefallenen Stimmen allemal laut abgezählt und nicht bloß gemessen werden.

Wahlform bei der geheimen Abstimmung für mehrere Stellen.

§. 59. Die Wahl der Sechszehner geschieht auf die Weise, die der §. 9 dieses Reglementes vorschreibt; die übrigen Wahlen von dieser Art hingegen werden folgendermaßen vorgenommen.

Ein vorläufiger Wahlvorschlag von wenigstens drei Personen mehr, als zu wählen sind, wird eröffnet, der durch die drei ältesten Regierungsräthe im Range abgefaßt worden, wenn hierüber nichts anderes bestimmt ist. Es sind jedoch die Stimmenden keineswegs an diesen Wahlvorschlag gebunden.

Hierauf werden Stimmzettel vertheilt, ihre Zahl zu Protokoll erklärt, nachher eingesammelt, gezählt, eröffnet und abgelesen, wie alles dieses in dem §. 58 dieses Reglementes vorgeschrieben ist. Es schreibt aber ein jeder Stimmender so viele Namen auf seinen Stimmzettel, als Personen zu erwählen sind. Diejenigen sind erwählt, welche die unbedingte Mehrzahl der Stimmen bereits in dieser Vorschlagsabstimmung erhalten: und wenn zwei oder mehr Personen, die sich allenfalls aus irgend einem gesetzlichen Grunde von der Wahl gegenseitig ausschließen, erwählt wären; so ist die Wahl desjenigen gültig, der unter ihnen die meisten Stimmen hatte, die übrigen hingegen fallen aus der Wahl.

Für die noch zu bestellenden Plätze wird höchstens die doppelte Zahl dieser Plätze unter denjenigen Namen zur zweiten Abstimmung ausgehoben, die bei der ersten

4. August 1831. Abstimmung die mehrsten Stimmen hatten und die nicht allenfalls durch einen der bereits Erwählten ausgeschlossen sind. Diese Namen werden deutlich verlesen und darauf wird wiederum durch Stimmzettel für die noch ledigen Plätze abgestimmt, wie das erste Mal: und auf diese Weise wird fortgeföhren, bis die erforderliche Zahl von Stellen durch das geheime, absolute Stimmenmehr besetzt sind.

Bei den Abstimmungen durch Stimmzettel hat kein Austritt statt.

Sollte jedoch in der letzten Abstimmung nur noch eine Stelle zu besetzen seyn, so kann über die zwei in der Wahl bleibenden Kandidaten durch das Ballotiren abgestimmt werden; in welchem Falle dann sie selbst, ihre Verwandten und Verschwägerten in den bestimmten Graden den Austritt nehmen.

§ 60. Wenn auf einem Stimmzettel mehr Namen geschrieben, als Stellen zu besetzen sind; so fallen die letzten Namen weg, die sich zu viel auf dem Stimmzettel befinden.

Wenn der Stimmzettel die Person nicht erkennbar vor Andern bezeichnet: so fällt die Stimme weg und wird in der Minute über die Wahlverhandlung als ungültig aufgezichnet.

Das Gleiche hat statt, wenn die Person, die der Stimmzettel bezeichnet, zu der Stelle nicht wählbar ist, die besetzt werden soll.

§ 61. In allen Fällen entscheidet das Loos bei gleichgetheilten Stimmen in einer Wahlverhandlung, und der Präsident übt bei der Abstimmung das gleiche Stimmrecht aus, wie ein anderes Mitglied des Großen Rathes.

§ 62. Wenn bei irgend einer Wahl ein anderer Fehler unterlaufen ist, als derjenige, daß sich mehr Stimmzettel vorfinden als ausgetheilt worden sind; so soll die Versammlung, sobald der Fehler entdeckt worden, erkennen: ob

ein solcher Fehler wichtig genug sey, die Verhandlung ungültig zu machen? Wird dieses erkannt; so muß die Wahlverhandlung neuerdings von vorne anfangen. Wird es nicht erkannt; so wird die Verhandlung fortgesetzt, oder es bleibt bei ihrem Ergebnisse. Sobald die Beeidigung eines Gewählten statt gehabt, oder die Versammlung aufgehoben worden, oder zu einer fernern Wahl oder der Behandlung eines andern Geschäftes geschritten ist, kann eine geschehene Wahl wegen einem vorgefallenen Formfehler bei derselben nicht mehr angefochten werden.

4. August
1851.

A b s c h n i t t 7.

Von dem Austritte.

§ 63. Wer bei einem Geschäft oder bei einer Wahl persönlich interessirt ist, der kann der Verhandlung darüber nicht beizuhelfen, sondern er soll mit seinen Verwandten und Verschwägerten in den im nachfolgenden Artikel bestimmten Graden von der Versammlung austreten.

§ 64. Es sollen austreten:

- 1) Verwandte und Verschwägte in aufsteigender und absteigender Linie.
- 2) Brüder und Halbbrüder.
- 3) Schwäger.
- 4) Oheim und Nefte im Geblüt.

Die Trennung der Ehe hebt den Austritt nicht auf.

§ 65. Ein Mitglied des großen Rathes muß austreten, wenn ein Gegenstand behandelt wird, der einen seiner Verwandten oder Verschwägerten in dem im § 65. bestimmten Grade betrifft. Ebenso müssen Vormünder wegen ihren Pupillen austreten, obgleich sie ihnen weder verwandt noch verschwägert sind.

§ 66. Bei der Behandlung von Gegenständen, welche

4. August. 1831. die Republik im Ganzen oder ganze Klassen von Staatsbürgern betreffen, findet jedoch kein Austritt statt, obgleich Mitglieder des Großen Rathes zu diesen Klassen gehören würden. Wenn jedoch bei dergleichen allgemeinen Staatsfachen ein naheß Interesse für ein Mitglied des Großen Rathes oder einen Verwandten oder Verschwägerten eines solchen obwaltet; so kann es dieses Verhältniß anzeigen und entweder selbst freiwillig austreten oder zum Austritte aufgefordert werden.

Im letztern Falle muß das Mitglied unverweigerlich austreten, sobald es ein Mitglied der Versammlung dazu auffordert. Es wird aber sogleich in beiden Fällen durch den Großen Rath über die Verpflichtung zum Austritt entschieden, sobald sich ein Zweifel darüber ausspricht.

A b s c h n i t t 8.

Von der Ordnung in den Sitzungen des Großen Rathes.

§. 67. Es ist die Pflicht des Präsidenten, über die genaue Vollziehung der Vorschriften dieses Reglementes zu wachen.

§. 68. Insbesondere ist der Präsident schuldig, einen Redner zur Ordnung zu rufen, der sich gegen die Vorschriften des §. 41 dieses Reglementes verstößt.

Ferner ist jedes laute Gespräch oder jedes Geräusch untersagt, durch welches ein Redner gestört werden könnte; es ist besonders untersagt, einem Redner in die Rede zu fallen.

Jedes laute Zeichen des Beifalls oder der Mißbilligung einer Rede, eines Antrages oder einer Wahl ist untersagt.

Es wird den Gliedern der Versammlung zur Pflicht gemacht, ihre Plätze unnöthiger Weise nicht zu verlassen,

besonders nicht während einer Abstimmung, und bei dem 4. August
Ballotiren sogleich an ihre Plätze zurückzukehren. 1831.

§. 69. Ein Mitglied des Großen Rathes, welches gegen eine Vorschrift des Reglementes verstößt, kann in der Sitzung durch folgende Mittel zurechtgewiesen werden:

Durch eine Ermahnung des Präsidenten, die Er dem Fehlbaren mündlich und ohne Oeffentlichkeit, durch einen der beiden Aemänner zukommen läßt.

Durch eine von dem Präsidenten selbst öffentlich ausgesprochene Ermahnung.

Durch den Ruf zur Ordnung von Seite des Präsidenten.

Durch den Antrag des Präsidenten auf eine Rüge der Versammlung selbst, die noch durch Erwähnung im Protokolle verschärft werden kann.

§. 70. Auf den Ruf des Präsidenten „zur Ordnung“ hat das Mitglied, an welches derselbe gerichtet ist, auf der Stelle zu gehorchen und inne zu halten. Wenn es sich aber dem Rufe nicht unterziehen will; so muß es den Entscheid der Versammlung verlangen, und sich mit seinen Verwandten und Verschwägerten in dem bestimmten Grade bis nach dem Entscheid in den Austritt begeben.

§. 71. Der Antrag auf eine im §. 70 dieses Reglementes gemeldete Zurechtweisung kann auch von einem Mitgliede des Großen Rathes gestellt werden. In diesem Falle muß vorläufig der Beschuldigte inne halten; er kann sich rechtfertigen, muß aber darauf den Austritt nebst den Seinigen nehmen und den Entscheid der Versammlung gewärtigen, wenn er sich dem Antrage nicht unterziehen will.

§. 72. Wenn der Regierungsrath oder zehn Mitglieder des Großen Rathes auf eine Verhandlung bei geschlossener Thüre antragen; so müssen die Zuhörer vorläufig auf den Befehl des Präsidenten abtreten.

4. August 1831. Die Frage: ob eine öffentliche oder geheime Verhandlung statt finden solle? wird alsdann erörtert, und die Motive des Beschlusses dem Protokolle eingerückt.

§ 73. Das gegenwärtige vorläufige Reglement über die innere Organisation und die Behandlungsart der Geschäfte des Großen Rathes soll gedruckt, in die Sammlung der Gesetze aufgenommen und jedem Mitgliede des Großen Rathes ausgetheilt werden. Es tritt in Kraft, sobald die neue Regierung die Staatsgewalt übernommen hat, und bleibt so lange in Kraft, bis es der Große Rath auf die für organische Gesetze vorgeschriebene Weise abgeändert haben wird.

Also beschlossen in Unserer Versammlung in Bern, den 4. August 1831.

Der Präsident des Verfassungs Rathes:

L f c h a r n e r.

Die Sekretairs des Verfassungs Rathes:

J. A. Watt. R. Wyß.
E. Neuhaus. Joh. Ludw. Schnell.

Promulgations-Urkunde der Verfassung für die Republik Bern.

5. August 1831. Wir Präsident und Mitglieder der durch das Dekret vom 6. Dezember 1830 eingesetzten Ständes-Kommission der Stadt und Republik Bern

thun kund hiermit:

Nach Vorschrift der von Uns am 16. Juli promulgirten Verordnung über die Annahme der Verfassung sind Uns

die Protokolle der sämtlichen Urversammlungen über die 5 August
am 31. Juli erfolgte Abstimmung übersandt worden. 1831.

Das Ergebnis der Abstimmung in jeder einzelnen Urversammlung über Annahme und Verwerfung der Verfassung ist in einer diesem Promulgations-Dekrete beigefügten Tabelle enthalten. Es haben demselben zufolge von den in den Urversammlungen anwesenden stimmfähigen Staatsbürgern die von dem Verfassungsrathe berathene Verfassung für die Republik Bern vom 6. Juli 1831 und das Uebergangsgesetz vom gleichen Datum:

Angenommen	27,802
Verworfen	2,153

Die Verfassung und das Uebergangsgesetz sind demnach durch eine große, absolute Stimmenmehrheit förmlich angenommen und in Kraft gesetzt worden.

Indem Wir hiemit dieses dem Verfassungsrathe und dem ganzen Lande bekannt machen, verordnen Wir, daß die versiegelten Stimmverzeichnisse aller Urversammlungen ohne Eröffnung der Siegel, durch die Präsidenten derselben, in Beiseyn der Sekretairs und Stimmzähler, sogleich förmlich verbrannt werden, wovon dieselben dem betreffenden Oberamte schriftliche Anzeige machen sollen.

Gegeben in Bern, den 5. August 1831.

Namens der Ständes-Kommission,

Der Präsident:

A. von Wattenwyl.

Der Sekretair:

A. Wyß.

Tabelle der Abstimmung
 über die
 Annahme und Verwerfung der Verfassung
 für die
 Republik Bern
 vom 31. Juli 1831.

	Urversammlungen.	Angenommen.	Verworfen.
5. August	M a r b e r g.		
1831.	Affoltern	131	1
	Marberg und Bagen . .	155	2
	Rappelen	5	20
	Kallnach	57	1
	Lyß	115	1
	Meykirch	43	1
	Nadelfingen	91	—
	Rapperswyl	77	—
	Schüpfen	134	—
	Seedorf	254	—
	M a r w a n g e n.		
	Marwangen	250	1
	Bleyenbach	77	1
	Langenthal	213	2
	Lozwyl	148	67
	Madißwyl	230	—
	Melchnau	318	2
	Roggwyl	111	22
	Rohrbach	187	3
	Thunstetten	109	8
	Wynau	135	—

Urversammlungen.	Angenommen.	Verworfen.	5. August 1831.
B e r n.			
Bern, obere Gemeinde	107	79	
" mittlere Gemeinde	161	183	
" untere Gemeinde	18	76	
Bollingen	135	4	
Bremgarten	76	1	
Bümpliz	101	—	
Kirchlindach	74	2	
Köniz	145	5	
Muri	12	6	
Oberbalm	48	1	
Stettlen	9	18	
Wedingen	79	37	
Wohlen	114	—	
B ü r e n.			
Arch	225	—	
Büren	153	—	
Dießbach	165	—	
Lengnau	100	—	
Oberwyl	51	—	
Pieterlen	175	—	
Rütti	76	—	
Wengi	58	—	
B u r g d o r f.			
Burgdorf	174	4	
Hasle	202	—	
Heimiswyl	69	—	
Hindelbank	57	—	
Kirchberg	269	—	
Koppingen	116	1	
Krauchthal	96	—	
Oberburg	61	3	

5. August 1851.	Urversammlungen.	Angenommen.	Verworfen.
	Wynningen	174	—
	C o u r t e l a r y.		
	Sorgémont	106	—
	Courtelay	119	—
	St. Imier	150	—
	Orvin	91	3
	Péri	84	—
	Nenan	174	—
	Sonceboz und Sombeval	51	—
	Sonvillier	121	—
	Tramelan	163	—
	Bauffelin	63	—
	Villeret	58	—
	D e l s p e r g.		
	Bassecourt	102	4
	Boecourt	86	6
	Bourrignon	54	8
	Coursaivre	117	—
	Courroux	142	—
	Courtetelle	74	—
	Delémont	213	—
	Dévelier	69	3
	Glovelier	20	70
	Montsevelier	52	—
	Movelier	51	—
	Plaigne	55	3
	Rebenvelier	31	—
	Saulcy	18	3
	Soulce	36	13
	Soyhières	37	—
	Undervillier	53	6
	Vermes	80	—

Uebersammlungen.	Angenommen.	Verworfen.	5. August 1831.
Biques	97	—	
Blauen	37	—	
Breislach	21	—	
Burg	26	—	
Ditingen	34	—	
Grellingen und Duggingen	65	47	
Kaufen	51	2	
Liesberg	64	5	
Menzlingen	1	22	
Möschenz	—	—	
E r l a c h.			
Erlach	41	14	
Gampelen	48	10	
Ins	283	1	
Siseln	62	—	
Binelz	62	—	
Neuveville	175	3	
Rods	106	—	
Dieffe	89	1	
F r a u b r u n n e n.			
Bätterkinden	82	—	
Buchsee	157	2	
Grafenried und Rimpach	154	3	
Jegenstorf	102	2	
Messen	47	—	
Ugenstorf	133	—	
F r e i b e r g e n.			
Bémont	75	31	
Les Bois	27	—	
St. Brair	5	55	
Les Breuleux	—	—	
Peur-Chapatte	18	—	

2. August 1831.	Urversammlungen.	Angenommen.	Verworfen.
	La Chaux	25	2
	Les Enfers	17	23
	Epauvillers	12	52
	Piquerez	35	14
	Goumois	20	2
	Montfaverghier	3	28
	Montfaucon	62	2
	Muriaux	78	3
	Noirmont	122	2
	Pommerat	38	6
	Saignelégier	56	56
	Soubey	53	1
	F r u t i n g e n.		
	Adelboden	104	2
	Aeschi	182	—
	Frutigen	95	262
	Reichenbach	221	—
	I n t e r l a c k e n.		
	St. Beatenberg	67	—
	Brienz	290	38
	Grindelwald	271	—
	Gsteig	417	15
	Habkern	8	—
	Lauterbrunnen	129	—
	Reißen	78	3
	Ringgenberg	90	22
	Unterseen	113	—
	R o n o l f i n g e n.		
	Biglen	185	—
	Dießbach, unterer Theil	199	—
	" oberer Theil	155	1

Urversammlungen.	Angenommen.	Verworfen.	5. August 1881.
Höchstetten	237	—	
Münsingen	348	1	
Wältringen	175	—	
Wichtrach	194	1	
Worb	156	46	
Wyl	102	3	
L a u p e n.			
Ferenbalm	55	—	
Frauen-Kappelen	69	—	
Kerzerz (Bermisch)	107	—	
Laupen	106	—	
Mühleberg	150	—	
Mönchenmlyer	29	—	
Neuenegg	174	—	
M ü n s t e r.			
Bévillard	128	—	
Corban	113	—	
Courrendlin	159	—	
Court	104	—	
Genevez	68	17	
Granval	157	1	
La Tour	70	6	
Montier	166	—	
Sornetan	87	—	
Tavannes	136	—	
N i d a u.			
Biel	392	6	
Bürglen	207	—	
Gottstadt	68	4	
Rigerz	54	—	
Mett	69	2	

5. August	Urversammlungen.	Angenommen.	Verworfen.
1831.	Nidau	146	1
	Suz	49	—
	Leuffelen	128	—
	Zwamm	94	—
	Walperswyl	35	3

D e r h a s s l e.

Meyringen, Gaden, Guttannen	471	44
-----------------------------	-----	----

P r u n t r u t.

Alle	18	8
Asuel	61	2
Beurnevesein	9	41
Boncourt	41	1
Bonfol	109	20
Bressancourt	65	—
Buir	54	2
Bure	74	10
Charmoilie	101	—
Chevinez	44	66
Coeuve	42	11
Cornol	109	—
Courchavon	39	—
Courgenay	141	—
Courtedour	60	—
Courtemaiche	54	2
Dampfreux	13	27
Damvant	27	—
Fahy	36	—
Fontenois und Villard	80	—
Frégiecourt	54	1
Grandfontaine	17	5
Lugnes	59	1

U r v e r s a m m l u n g e n .				A n g e n o m m e n . V e r w o r f e n .		5. August 1831.
Miécourt	.	.	.	63	—	
Montenol	.	.	.	—	11	
Montignez	.	.	.	9	27	
Montmelon	.	.	.	11	37	
Montvoye	.	.	.	12	2	
Ocourt	.	.	.	35	2	
Plenjouse	.	.	.	38	—	
Porrentruy	.	.	.	212	4	
Réclère	.	.	.	55	—	
Roched'or	.	.	.	8	11	
Rocourt	.	.	.	32	4	
Selente	.	.	.	1	25	
St. Ursanne	.	.	.	21	66	
Vendlincourt	.	.	.	32	8	
S a n e n .						
Osteig	.	.	.	22	—	
Raninen	.	.	.	23	—	
Sanen und Ablentschen	.	.	.	134	—	
S c h w a r z e n b u r g .						
Ablingen	.	.	.	43	—	
Guggisberg	.	.	.	80	—	
Wahlern	.	.	.	147	1	
S e f t i n g e n .						
Belp	.	.	.	181	3	
Gerzensee	.	.	.	47	1	
Gurzelen	.	.	.	105	2	
Kirchdorf	.	.	.	84	2	
Näggisberg	.	.	.	147	—	
Thurnen	.	.	.	106	22	
Wattenwyl	.	.	.	77	—	
Zimmerwald	.	.	.	52	6	

5. August 1831. Versammlungen. Angenommen. Verworfen.

S i g n a u.

Eggiwyl	75	—
Langnau	268	3
Lauperswyl	254	—
Nöthenbach	34	1
Rüderswyl	234	—
Signau	162	1
Trub	79	—
Schangnau	27	—

O b e r - S i m m e n t h a l.

Boltingen	70	1
Lenf	102	2
St. Stephan	59	2
Zweissimmen	118	3

N i e d e r - S i m m e n t h a l.

Därstetten	66	—
Diemtingen	194	—
Erlenbach	122	—
Oberwyl	100	—
Reutingen	70	7
Spiez	97	6
Wimmis	16	45

T h u n.

Amfoldingen	116	33
Blumenstein	5	32
Hilterfingen	203	6
Schwarzenegg	53	—
Sigriswyl	219	—
Steffisburg	294	—
Thierachern	95	22
Thun	398	10

Urversammlungen.				Angenommen.	Verworfen.	5. August 1831.
T r a c h s e l w a l d.						
Affoltern	.	.	.	108	—	
Dürrenroth	.	.	.	86	—	
Erismyl	.	.	.	23	—	
Hutmyl	.	.	.	109	1	
Kügelflüh	.	.	.	182	3	
Kürau	.	.	.	194	—	
Gumisdwald	.	.	.	391	2	
Trachselwald	.	.	.	93	2	
Waltersmühl	.	.	.	58	—	
W a n g e n.						
Ober-Bipp	.	.	.	307	—	
Nieder-Bipp	.	.	.	291	—	
Herzogenbuchsee	.	.	.	323	—	
Seeberg	.	.	.	116	3	
Ursenbach	.	.	.	40	—	
Wangen	.	.	.	166	—	

Anmerkung. Die Ständes-Kommission fügte einige Stimmen Solcher hinzu, welche in amtlichen Geschäften abwesend waren, und ihre Erklärung am 31. Juli schriftlich hatten einreichen lassen.

Angenommen 27,802.

Verworfen 2,153.

5. August
1831.

Wir Präsident und Mitglieder
der durch das Dekret vom 6. Dezember 1830 eingesetzten
Standes-Kommission der Stadt und Republik Bern
thun kund hiermit:

Kraft der Vollmacht, die Einführung der neuen Verfassung festzusetzen, welche der Verfassungsrath des Kantons Bern von Uns, Namens UGnHerrn und Obern, durch den Paragraph 18 Unserer Verordnung vom 16. Januar 1831 erhalten hat, ist von demselben das nachfolgende Wahl-Reglement für die Urversammlungen und Wahlversammlungen am 29. Juni 1831 beschlossen worden.

Nachdem nun, laut der von Uns erlassenen Promulgations-Urkunde, die Staatsverfassung für die Republik Bern vom 6. Juli 1831, durch die Abstimmung in den Urversammlungen förmlich angenommen und in Kraft gesetzt worden ist, machen Wir hiermit, in Ausführung des Paragraphs 19 der Verordnung vom 16. Januar 1831, auf gewohnte Weise durch Anzeige von den Kanzeln und öffentlichen Anschlag die nachfolgenden Vorschriften über die künftigen Wahlen in den Großen Rath dem Lande bekannt, und verordnen, daß sie durch die betreffenden Staats- und Gemeinde-Beamten gehörig vollzogen und allgemein beobachtet werden.

Gegeben in Bern, den 5. August 1831.

Namens der Standes-Kommission:

der Präsident,

N. von Wattenwyl.

Der Sekretär,

N. Wyß.

Wir, der Präsident und die Mitglieder des 5. August
Verfassungsrathes der Republik Bern 1831.

thun kund hiermit:

Daß Wir, in Folge des von dem Großen Rathe der Stadt und Republik Bern erlassenen Dekrets vom 13. und der Verordnung der hohen Standes-Kommission vom 16. Januar 1831, zu Einführung der neuen Staatsverfassung, in Bezug auf die, nach Maßgabe derselben, von den Urversammlungen und Wahlversammlungen vorzunehmenden Wahlen, verordnet und beschlossen haben was hiernach folgt:

E r s t e A b t h e i l u n g.

Ueber das Verfahren bei den Urversammlungen.

1) Nach Vorschrift der §§. 37 und 38 der Staatsverfassung bildet jede Kirchgemeinde eine Urversammlung, und jede derselben hat durch geheimes Stimmenmehr je auf Einhundert Seelen ihrer Bevölkerung Einen Wahlmann zu ernennen, der aus den stimmfähigen Personen des Bezirkes genommen wird. Die Bruchzahl über Fünfzig wird für Einhundert Seelen gezählt.

2) Die Pfarrämter und Gerichtstatthalter oder Meyer jedes Urversammlungs-Bezirks haben mit Hülfe der Ortsvorgesetzten, für den Stadtbezirk Bern der Stadtverwaltung oder ihrer Kommissarien, auszumitteln, wie viel die Seelenzahl ihrer Bevölkerung betrage; und am Tage der Urversammlung dem Vorsteher derselben amtlich anzuzeigen, wie hoch diese Zahl in ihrem Bezirke zu stehen komme.

3) In jedem Bezirk einer Urversammlung werden Bürgerregister errichtet. Die Vorgesetzten jeder zum gleichen Bezirke gehörenden Ortschaft werden sogleich solche Register eröffnen, und darin diejenigen Staatsbürger mit deutlicher Namens- und Wohnortsangabe derselben aufnehmen

5. August 1831. oder aufnehmen lassen, welche nach den §§. 31 und 32 der Staatsverfassung in der Urversammlung das Stimmrecht haben. Für den Stadtbezirk Bern werden die Stadtverwaltung oder ihre Kommissarien für solche Register sorgen.

4) Diese Bürgerregister sollen am Abend vor der Urversammlung geschlossen seyn, und dannzumal den Vorstehern derselben zum vorschriftmäßigen Gebrauche zugestellt werden.

5) Auf Montag den 22. August Vormittags um 8 Uhr, versammeln sich die stimmfähigen Bürger jedes Urversammlungs-Bezirks des Kantons in der Kirche oder in einem dazu dienlichen Lokale des Hauptortes des Bezirks zu Ernennung der Wahlmänner.

6) Der Gerichtsstatthalter und in den Aemtern des Jura der Meyer, eröffnet die Wahlversammlung seines Bezirkes. Für die drei Urversammlungen des Stadtbezirks Bern ernennt die Stadtverwaltung drei Kommissarien, welche die Versammlung eröffnen. Zuerst wird der Versammlung gegenwärtiges Wahlgesetz vorgelesen, hierauf erwählt sie sich durch öffentliches, absolutes Stimmenmehr ihren Vorsteher, und je nach der mindern oder größern Zahl der Stimmenden zwei bis vier Sekretarien und zwei bis vier Stimmenzähler. Der Vorsteher übt in der Versammlung die Polizei aus.

7) Sodach läßt der Vorsteher die §§. 31, 32 und 34 im zweiten Titel der Staatsverfassung und das Bürgerregister, der Versammlung ablesen, und befragt dieselbe: ob Jemand in das Register eingetragen worden sey, oder in der Versammlung sich befinde, der das verfassungsmäßige Stimmrecht nicht besitze, oder ob irgend einem Bürger, der dieses Recht zu haben glaube, die Aufnahme in das Bürgerregister verweigert worden sey? Sollten

deshalb Reclamationen gemacht werden, so wird die Versammlung, auf den Rapport ihrer Vorgesetzten, durch das offene Handmehr sogleich über dieselben entscheiden, wobei es voreinst sein Verbleiben haben soll. 5. August 1831.

8) Hierauf wird der Vorsteher der Versammlung eröffnen, wie hoch die Seelenzahl in ihrem Bezirke zu stehen komme, und wie viele Wahlmänner sie nach Mitgabe des Art. 1 des gegenwärtigen Gesetzes zu ernennen habe; er wird die Versammlung auch an ihre Pflicht erinnern, daß jeder Stimmende nur solchen rechtschaffenen Staatsbürgern seine Stimme zu geben habe, welche er für die würdigsten halte, an den Wahlen des Großen Rathes Theil zu nehmen.

9) Die Wahl ist geheim und geschieht durch Stimmzettel. Jedes Mitglied erhält einen solchen von den Stimmenzählern. Es schreibt auf denselben, oder läßt durch einen der Sekretärs so viele Namen aus den Stimmberechtigten des Bezirks, die in selbigem angesessen sind, schreiben, als die Versammlung Wahlmänner zu ernennen hat. Die Stimmzettel werden von jedem Stimmenden persönlich einem der Stimmenzähler abgegeben und von selbigem in ein Gefäß gethan. Hierauf werden die Stimmzettel gezählt. Finden sich mehr vor, als ausgetheilt worden sind, so ist das ganze Wahlverfahren ungültig, und es soll dasselbe wieder von neuem beginnen; übersteigt hingegen die Zahl der den Stimmenzählern eingehändigten Stimmzettel die Zahl der ausgetheilten nicht, so werden dieselben von den Vorgesetzten der Versammlung eröffnet und die Ergebnisse der gefallenen Stimmen ausgemittelt.

Diejenigen, welche mehr als die Hälfte der Stimmen Aller, also die absolute Mehrheit erhalten, sind zu Wahlmännern ernannt. Aus den übrigen auf den Stimmzetteln vorkommenden Namen bleiben von denjenigen, welche

5. August 1831. die größte Stimmenzahl erhielten, doppelt so viele, als noch Wahlmänner zu ernennen sind, in der Wahl.

Den Anwesenden werden nochmals Stimmzettel ausge-
theilt. Auf diese schreibt jeder oder läßt von einem der
Sekretärs die ihm beliebige Hälfte der noch in der Wahl
gebliebenen Namen schreiben. Alsdann sind nach dem ab-
soluten oder relativen Stimmenmehr auch diejenigen zu
Wahlmännern ernannt, welche die größte Zahl der Stim-
men erhielten, bis die ganze der Versammlung beziehende
Anzahl der Wahlmänner ernannt ist.

Bei Stimmengleichheit entscheidet immer das Loos.

10) Die Sekretärs verfassen hierauf über die ganze
Verhandlung das Protokoll, wofür ihnen ein gedruckter
Bogen zum Ausfüllen übergeben wird. Auf selbigem muß
genau aufgezeichnet werden: Die Seelenzahl des Urver-
sammlungsbezirkes; die Zahl der anwesenden Mitglieder
der Versammlung; die Zahl der ernannten Wahlmänner,
die Tauf- und Geschlechtsnamen so wie die Berufe dersel-
ben. Ferner die Stimmenzahl, welche jeder für die ab-
solute oder relative Stimmenmehrheit erhielt. Dieses Pro-
tokoll ist durch den Vorsteher, die Sekretärs und die Stim-
menzähler zu unterschreiben. Es muß spätestens am fol-
genden Morgen dem zuerst ernannten Wahlmanne über-
geben werden, der es denjenigen Wahlmännern, die der
Versammlung allfällig nicht beigewohnt haben, bekannt
machen soll.

Keine Urversammlung kann irgend eine andere Ver-
handlung gültiger Weise treffen.

Zweite Abtheilung.

Ueber das Verfahren bei den Wahlversammlungen.

11) Auf Donnerstag den 25. August Morgens um 8
Uhr, versammeln sich alle ernannten Wahlmänner in je-

5. August
1861.

Der Wahlvorsteher übt in der Versammlung die Polizei aus.

12) Der Vorsteher wird diejenigen Theile der Staatsverfassung, welche die Wahlfähigkeit für die Stellen im Großen Rathe betreffen, der Versammlung vorlesen lassen, und ihr eröffnen, daß sie nach den §§. 35, 40 und 41 der Verfassung die ihrem Wahlbezirk zu 200 Gliedern des Großen Rathes im Verhältniß der Bevölkerung vom Jahre 1818 zu wählen beziehenden Mitglieder zu ernennen habe, und daß nach Mitgabe dessen zu wählen seyen:

Von der Versammlung des Wahlbezirks

	Mitglieder.
Narberg	6
Narwangen	11
{Bern, Stadtbezirk	10
{Bern, Landgemeinden	10
	<hr/> 37

5. August
1831.

Von der Versammlung des Wahlbezirks

	Mitglieder.						
	Transport						
Büren	4
Burgdorf	10
Courtelary	7
{ Delsberg	5
{ Kaufenthal	3
{ Erlach	3
{ Neuenstadt	2
Fraubrunnen	5
Freibergen	4
Frutigen	5
Interlaken	:	9
Konolfingen	12
Laupen	4
Münster	5
{ Midau	4
{ Biel	2
Oberhasle	3
Pruntrut	9
Sanen	3
Schwarzenbourg	7
Seftigen	8
Signau	10
Nieder-Simmenthal	5
Ober-Simmenthal	4
Thun	11
Trachselwald	11
Wangen	8
Summa							200

13) Nachdem die Vorsteher den Wahlversammlungen die Wichtigkeit ihrer auszuübenden Wahlrechte vorgestellt,

und sie aufgefordert haben werden, ihre Stimme nach bestem Wissen und Gewissen nur solchen Männern zu geben, in deren Rechtschaffenheit, Vaterlandsliebe und Kenntnisse sie das Vertrauen setzen, daß dieselben die Ehre und den Nutzen des Vaterlandes fördern werden, sollen die Wahlversammlungen die Mitglieder des Großen Rathes frei aus allen wahlfähigen Staatsbürgern der Republik wählen; es ist also die Wahl nicht auf die Bewohner des Amtes oder Wahlbezirkes, in welchem gewählt wird, beschränkt, sondern im Gegentheil auf Wahlfähige der ganzen Republik ausgedehnt.

5. August
1831.

14) Die Wahl jedes einzelnen durch die Wahlversammlungen zu ernennenden Mitgliedes des Großen Rathes muß abgesondert vorgenommen werden. Sie geschieht durch geheimes, absolutes Stimmenmehr. Es wird jedem Wahlmanne für jede Abstimmung ein Stimmzettel übergeben, auf welchem er denjenigen, welchen er wählen will, auf eine kennbare Weise bezeichnet. Die Stimmzettel werden von jedem Stimmenden persönlich einem der Stimmenzähler abgegeben und von selbigem in ein Gefäß gethan. Hierauf werden die Stimmzettel gezählt; finden sich mehr vor als ausgetheilt worden sind, so ist das ganze Wahlverfahren ungültig, und es soll dasselbe wieder von neuem beginnen; übersteigt hingegen die Zahl der den Stimmenzählern eingehändigten Stimmzettel die Zahl der ausgetheilten nicht, so werden dieselben von den Vorgesetzten der Versammlung eröffnet und die Ergebnisse der Abstimmung ausgemittelt. Kommt bei der ersten Abstimmung kein Name auf mehr als der Hälfte der Stimmzettel vor, so wird über die Vier, welche die größte Stimmenzahl erhielten, von neuem abgestimmt; dann über die Drei, welche die meisten Stimmen erhielten; und endlich über Zwei, bis jemand mehr als die Hälfte der Stimmen

5. August erhalten hat: welcher sodann als ernanntes Mitglied des 1831. Großen Rathes ausgerufen wird.

Auf gleiche Weise wird für jede zu besetzende Stelle fortgeföhren.

Bei jeder Stimmengleichheit entscheidet das Loos.

15) Nach vollendeter Wahl ist die Verhandlung geschlossen.

Die Sekretärs haben sogleich das Wahlprotokoll auszufertigen, für welches ihnen ein gedrucktes Blatt zum Ausfüllen übergeben wird; die Anzahl der Wahlmänner, die Namen, den Stand oder Beruf, den Wohnort der gewählten Mitglieder des Großen Rathes und die Stimmenzahl, welche jeder erhielt, sind darin aufzuzeichnen, und das Protokoll ist durch den Wahlvorsteher, die Sekretärs und die Stimmenzähler zu unterzeichnen. Der Vorsteher übersendet dasselbe sogleich dem Präsidenten der Hohen Standes-Kommission.

16) Ist ein Gewählter bei der Versammlung gegenwärtig, so hat er sich sogleich über die Annahme oder Nichtannahme zu erklären. Die Annahme ist zu Protokoll zu nehmen; im Fall der Nichtannahme ist hingegen unmittelbar für die ausgeschlagene Stelle zu einer neuen Wahl zu schreiten.

17) Ist der Gewählte nicht anwesend; so soll der Wahlvorsteher ihm sogleich die Wahl schriftlich anzeigen, mit der Weisung, dem Präsidenten der Standes-Kommission direkt vor dem 1. September die allfällige Nichtannahme schriftlich bekannt zu machen. Das Stillschweigen wird als Annahme ausgelegt.

18) Die Standes-Kommission wird gleich nach dem Empfang der sämtlichen 31 Wahlprotokolle und der Abschlagerklärungen der Gewählten vorerst untersuchen: Ob Personen von mehr als einer Wahlversammlung gewählt worden seyen? und in diesem Falle durch das Loos aus-

mitteln, für welche derselben die Wahl gültig bleibe. Sie wird auch für diejenigen Wahlen, welche das durch Loos oder durch Nichtannahme aufgehoben sind, neue Wahlen durch Zusammenberufung der betreffenden Wahlversammlungen einleiten, welche durch die nämlichen Wahlmänner und auf gleiche Weise wie die früheren vorgenommen werden sollen.

5. August
1831.

19) Für die Abhaltung der Urversammlungen werden die Gerichtstatthalter oder Meyer, in Bern die Stadtverwaltungsbehörde, und für die Wahlversammlungen die Oberamtmänner, alle nöthigen Veranstaltungen treffen, und auch für Ruhe und Ordnung außer dem Versammlungsorte sorgen.

20) Sobald die 200 Mitglieder des Großen Rathes, welche durch die Wahlversammlungen zu ernennen sind, gewählt seyn werden, wird die Standes-Kommission diese Mitglieder einberufen und ihnen den Tag, die Stunde und den Ort der ersten Sitzung anzeigen.

21) Diese 200 Mitglieder werden sodann unter dem provisorischen Vorsteher des ältesten Mitgliedes ihre Verrichtungen, nach Anleitung des von uns erlassenen Uebergangsgesetzes beginnen.

22) Gegenwärtiges Wahlgesetz soll in beiden Sprachen gedruckt, von den Kanzeln angezeigt und auf sonst übliche Weise bekannt gemacht werden; dasselbe bleibt so lange in Kraft und Wirksamkeit, als es nicht nach den, für die organischen Gesetze, erforderlichen Formen abgeändert oder aufgehoben wird.

Gegeben in Bern, den 29. Juni 1831.

Der Präsident des Verfassungs Rathes:

L s c h a r n e r.

Die Sekretäre des Verfassungs Rathes:

J. H. Watt.	N. Wyß.
E. Neuhaus.	J. E. Schnell.

Proklamation des Großen Rathes.

21. Oktober 1831. Wir, der Landammann und Große Rath der
Republik Bern,

geben hiermit Unsern lieben und getreuen Mitbürgern
zu vernehmen:

Auf heute haben Wir, Euer erwählten Stellvertreter, die Regierung der Republik Bern, in der gesetzlichen, rechtmäßigen Form und Weise, übernommen. Wir sind zu dieser hohen Bestimmung durch Euer Vertrauen berufen, und Wir fühlen tief die Pflichten, die Ihr Uns auferlegt, und die Wir mit der Hülfe Gottes zu erfüllen gedenken, der Unsere Väter beschützte und bisher Unser theures Vaterland beglückte.

Groß und schwer sind sie, diese Pflichten! und nebst dem Beistande des Allerhöchsten müßt Ihr selbst Uns unterstützen in der Erfüllung derselben. Wir sollen die erschütterte Ruhe und Eintracht herstellen, ohne die sich keine Wohlfahrt des Staates, kein Glück des Einzelnen denken läßt. Wir sollen Ordnung, Recht und Gerechtigkeit handhaben, ohne die der Segen Gottes auf keinem Volke ruht. Wir sollen Religion und sittliche Bildung befördern, welche die einzigen wahren Grundlagen des Heils in diesem und dem zukünftigen Leben sind. Wir sollen die Freiheit und die Ehre Unseres Vaterlandes, Unseres Volkes, als unschätzbare, von Gott Uns vertraute Pfänder beschützen und bewahren, und zu diesem Endzwecke nicht nur dafür sorgen, daß der Kanton Bern seine Bundespflichten gegen die Eidgenossenschaft heilig achte und gewissenhaft

erfülle, sondern daß das Band, welches die verschiedenen 21. Oktober
Stämme des Schweizervolkes vereinigt, auf dem Wege 1831.
einer ruhigen, würdigen Berathung in dem allgemeinen
Gefühle der Nothwendigkeit enger und fester geknüpft werde.

Groß und schwer ist die Aufgabe, bei der Trennung
der Gemüther, bei der Verschiedenheit der Ansichten und
Bestrebungen, die sich in den letzten Zeiten kund gegeben,
Jedoch mit treuem, redlichem, vaterländischem Sinne, mit
Kraft und Entschlossenheit hoffen Wir gleichwohl Euern
gerechten und billigen Erwartungen entsprechen zu können.

Doch, liebe und getreue Mitbürger! erwartet nicht
Unmögliches von Uns. Glaubet nicht, daß es zum Glück
führe, mit Uebereilung die alten Geseze und Einrichtungen
der Staatsverwaltung abzuschaffen, bevor sie wirklich durch
bessere ersetzt werden können, und beherzigt, daß es Zeit
und reife Berathung erfordert, etwas Besseres zu schaffen.
Ohne Zweifel haben die Zeitumstände 'manche voreilig gefaßte
Hoffnung erweckt, welche das allgemeine Wohl nicht zu be-
friedigen erlaubt. Manchen gegründeten Hoffnungen werden
Wir zu entsprechen suchen; doch wird es erst im Verlauf der
Zeit geschehen können, weil ihre Erfüllung Vorbereitungen
erheischt, deren Wirkung mit Geduld und Ruhe erwartet
werden muß. Die Erndte kann nicht sogleich der Aussaat
folgen! Glaubet nicht, die Freiheit eines Volkes bestehe
darin, daß ein Jeder thun könne, was ihm beliebt, oder
daß Parteien im Volke der Regierung ihren Gang vorschreiben
dürfen. Das ist nicht Freiheit, sondern Anarchie und Zügel-
losigkeit. Die Freiheit kann nur da blühen und edle Früchte
tragen, wo die strenge Ehrfurcht vor dem Geseze herrscht,
vor dem sich Alle, die Vorsteher und die Regierten, beugen
müssen, und wo das Volk seinen Vorstehern mit Vertrauen
und willigem Gehorsam entgegen kommt.

21. Oktober
1831.

Wer Euch, liebe und getreue Mitbürger, etwas anderes einflüstert, der ist gewiß ein Feind Euerer Freiheit, Euerer Ruhe, Eueres Glückes, und sucht das öffentliche Wohl zu untergraben. Widerstehet dergleichen verführerischen Lockungen, die Unser geliebtes Vaterland dem Verderben überliefern müßten. Wir dürfen es um so zuversichtlicher von Euch erwarten, da sich selbst in den Zeiten der Aufregung der größte Theil des Bernervolkes mit einer Ruhe, Mäßigung und Ordnungsliebe benommen hat, die ihm jeder Unbezangene zur Ehre anrechnen wird.

Hinwiederum geloben Wir Euch feierlich, daß Wir alle Unsere Kräfte für Euer Glück anbieten, daß Wir Euer Anliegen und Wünsche reiflich erwägen und mit Freuden erfüllen werden, wenn sie gegründet und der öffentlichen Wohlfahrt förderlich sind; daß Wir mit aller Uns anvertrauten Macht die Religion, die Sittlichkeit, die Verfassung und die Befolgung ihrer Grundsätze, die Herrschaft der Gesetze, die unparteiische strenge Gerechtigkeit, die öffentliche Ruhe und Ordnung handhaben und mit Ernst und Kraft gegen jeden frevelhaften Versuch schützen, und daß Wir auch für alles, was die Wohlfahrt, die Ehre und die Sicherheit der schweizerischen Eidgenossenschaft nach außen und nach innen befördern kann, kräftig und gewissenhaft mitwirken werden.

Möge der Gott, der das Vertrauen unserer Väter mit seinem ausgezeichneten Schutz und Segen belohnte, auch unsern neuen Staatsverein segnen und beglücken! Möge er Uns den Geist der Weisheit, der Gerechtigkeit und die Kraft von Oben verleihen! Euch aber, liebe Mitbürger, den Geist des Zutrauens zu Euern Vorstehern, der Eintracht, der Ruhe, der Ordnung und des Gehorsams vor dem Gesetze.

Gegeben in Unserer Großen Rathversammlung, den 21. Oktober
21. Weinmonat 1831. 1831.

Der Landammann,
v o n L e r b e r.

Der Staatschreiber,
F. May.

B e s c h l u ß

3 u

Aufhebung des Verbotes einiger Zeitungen.

Der Regierungsrath der Republik Bern, 25. Oktober

In Betrachtung, daß durch den Artikel 13 der Verfassung die Pressfreiheit gewährleistet ist und keine vorgreifende Maßnahme statt finden darf; 1831.

Auf angehörten Rapport des Departements der Justiz und Polizei,

b e s c h l i e ß t:

1) Die von der abgetretenen Regierung gegen einige ausländische Zeitungen erlassenen Verbote sind von nun an aufgehoben.

2) Dieser Beschluß soll auf gewohnte Weise bekannt gemacht und in das hiesige Wochenblatt eingerückt werden.

Bern, den 25. Oktober 1831.

Der Schultheiß,
L s c h a r n e r.

Der Staatschreiber,
F. May.

Kreisschreiben

des

Regierungs Rathes an alle Oberamtsver-
weser,

wegen Fortsetzung der Geschäftsführung der
Gemeindbeamten und Uebernahme von Ef-
fekten.

25. Oktober 1831. Aufmerksam gemacht, daß an einigen Orten die Ge-
meindsvorgesetzten in dem irrigen Begriffe stehen, als
wären sie fernerhin nicht mehr verpflichtet, ihre Funktionen
als solche fortzusetzen, finden Wir nöthig, Euch aufzu-
tragen, den sämtlichen Beamten Eueres Amtsbezirkes
sogleich bekannt zu machen und in Erinnerung zu bringen:
daß zufolge §. 20 des Uebergangsgesetzes dieselben ihre
Amtsverrichtungen unter der gleichen persönlichen Verant-
wortlichkeit fortzusetzen haben, bis sie durch diejenigen
werden abgelöst seyn, welche nach Mitgabe der neuen
Einrichtungen an ihre Stelle treten sollen. Die entlassenen
Beamten, besonders die Gerichtstatthalter, sollen sogleich
provisorisch ergänzt werden.

Da ferner in Bezug auf unser Kreisschreiben vom
21. dieses Monats Einfragen an Uns gelangt sind, ob
von den Herren Amtsverwesern nebst den Archiven und den
Amtsgeschäften auch die zu den Amtssitzen gehörenden
Effekten und die Schlüssel zu den Gebäuden übernommen
werden sollen, so wird Euch angezeigt, daß alles, was
bis dahin unter der Verwahrung der Herren Oberamts-
männer oder unter ihrer Verantwortung gestanden, von
den Herren Amtsverwesern unter Inventar zu übernehmen
und für Kassen und Vorräthe die Vorschrift zu befolgen

ist, welche durch die Standesbuchhalterei allen Rechnungsführern ertheilt worden ist. 25. Oktober 1831.

Bern, den 25. Oktober 1831.

P u b l i k a t i o n

über Konstituierung des Obergerichtes.

Das Obergericht der Republik Bern 25. Oktober 1831.
zeigt durch gegenwärtige Bekanntmachung sämmtlichen Bewohnern des Kantons Bern an, daß sich dasselbe in seiner heutigen Sitzung nach Vorschrift der Staatsverfassung förmlich konstituiert und die Leitung aller in seinen Geschäftskreis gehörenden Geschäfte übernommen habe.

Es geht demnach an alle diejenigen, die es betreffen mag, die bestimmte Aufforderung, sich spätestens bis und mit dem 1. künftigen Christmonats mit dem erstinstanzlichen Urtheil versehen, auf der Kanzlei des Obergerichtes einzufinden, um die Ansetzung eines Tages für diejenigen Prozesse auszuwirken, deren Beurtheilung von dem hohen Appellationsgerichte, wegen des obhandenen Regierungswechsels, zurückgeschoben worden ist. Wer die gegenwärtige Vorschrift außer Acht läßt, wird sich die nachtheiligen Folgen selbst zuzuschreiben haben.

Nach Vorschrift des §. 19 des Uebergangsgesetzes vom 6. Juli 1831 bleiben die Gesetze und Verordnungen, welche nicht durch die Bestimmungen der Verfassung selbst aufgehoben sind, bis zu ihrer Aufhebung oder Abänderung durch den Großen Rath in Kraft, so daß sich die Gerichtsstellen und Parteien auch fernerhin darnach zu richten haben.

25. Oktober 1831. Damit Jedermann von dieser Publikation gehörige Kenntniß erhalte und sich darnach richten könne, soll dieselbe gedruckt, von Kanzeln verlesen, an gewohnten Orten angeschlagen und jeder Gerichtsstelle besonders zugesendet werden.
Gegeben in Bern, am 25. Weinmonat 1831.

Der Präsident des Obergerichtes,
v o n W a t t e n w y l.

Der provisorische Gerichtsschreiber,
F r. v o n E u t e r n a u.

Der Regierungsrath verordnet, daß obige Publikation den Oberämtern zugesandt werde, mit dem Auftrage, dieselbe mit Beförderung bekannt zu machen.

Bern, den 29. Weinmonat 1831.

Der Schultheiß,
L f c h a r n e r.

Der Staatschreiber,
F. M a y.

V e r o r d n u n g g e g e n d i e H o l z f r e v e l.

Der Regierungsrath der Republik Bern,
29. Oktober 1831. auf amtlichem Wege benachrichtigt, daß in mehreren Gegenden des Landes das Freveln in den Waldungen immer mehr überhand nehme und daß sogar das Bau- und selbst das aufgelasterte Holz nicht verschont bleibe;

In Betrachtung, daß es in der Pflicht wie im ernstesten Willen der Regierung gelegen ist, das Eigenthum des

Staates und dasjenige der Gemeinden und der Partikularen vor frevelhaften Eingriffen zu schützen; 29. Oktober 1831.

v e r o r d n e t:

1) Die Bannwarten der obrigkeitlichen, der Gemeinde- und Partikularwaldungen werden anmit ernstlich und bei ihrer aufhabenden Pflicht ermahnt, eine fleißige Aufsicht über die ihrer Hut anvertrauten Waldungen zu halten und allfällige Holzfrevler ohne Schonung dem Richter zu verleiden.

2) Auf die solchergestalt dem Richter angezeigten Holzfrevler soll die gesetzliche Strafe in ihrer vollen Ausdehnung angewendet werden.

3) Dieser Beschluß soll zur Warnung der Betreffenden von Kanzeln verlesen, an gewohnten Orten angeschlagen und den Bannwarten zum Verhalt zugestellt werden.

Bern, den 29. Weinmonat 1831.

Der Schultheiß,
I s c h a r n e r.
Der Staatschreiber
F. May.

G e s e t z

über die Organisation der Departemente
des Regierungsrathes.

Wir, der Landammann und Große Rath 8. November
der Republik Bern, 1831.

thun kund hiermit:

Daß Wir, zufolge der Artikel 65 und 66 der Verfassung für die Republik Bern, über die innere Organis-

8. November 1831. sation und die Amtsverrichtungen der sieben dem Regierungsrathe untergeordneten Departemente, so wie über die Zahl und die Amtsdauer ihrer Glieder beschlossen haben, was hienach folgt, und somit

v e r o r d n e n :

T i t e l 1.

Allgemeine Vorschriften.

§. 1. Kraft der Verfassung müssen der Präsident und der Vice-Präsident eines jeden Departements aus der Mitte des Regierungsrathes erwählt werden.

Die Beisitzer der sieben Departemente sollen in der im zweiten Titel dieses Gesetzes bestimmten Anzahl durch den Großen Rath frei aus allen Staatsbürgern, die den Zustand des eigenen Rechts und der Ehrenfähigkeit genießen, jedoch unter der im §. 66 der Staatsverfassung enthaltenen Bedingung gewählt werden, daß niemals die Mehrzahl eines Departementes aus Mitgliedern des Regierungsrathes bestehe.

Die Stellen des Präsidenten oder des Vice-Präsidenten werden erledigt, wenn der eine oder der andere aufhört, ein Mitglied des Regierungsrathes zu seyn.

§. 2. Die Amtsdauer der sämmtlichen Mitglieder ist, wenn sie Mitglieder des Großen Rathes sind, mit der Amtsdauer derselben beendigt; die der übrigen währt sechs Jahre; sie können aber alle sogleich wieder erwählt werden, jedoch die Präsidenten und Vice-Präsidenten in dieser Eigenschaft nur wenn sie durch eine neue Wahl in den Regierungsrath die Bedingung zur Wahlfähigkeit neuerdings erhalten.

§. 3. Der Große Rath erwählt den Präsidenten, den Vice-Präsidenten und die übrigen Glieder der Departemente, so wie die Suppleanten des Justiz- und Polizei-

Departementes aus den Wahlfähigen durch das geheime 8. November und absolute Stimmenmehr, und zwar durch eine besondere 1831. Wahl für jede einzelne Stelle, auf den doppelten Vorschlag des Regierungsrathes.

Kein besoldeter Beamter oder Angestellter, welcher einem Departemente Rechnung abzulegen hat und unter dessen Aufsicht steht, kann zum Mitglied dieses Departementes gewählt werden, wohl aber in die unter demselben stehenden vorberatenden Kommissionen.

§. 4. Jedes Mitglied des Regierungsrathes ist verpflichtet, die Wahl zum Präsidenten eines Departementes und überdies zum Vice-Präsidenten oder Beisitzer eines andern Departementes anzunehmen, wenn sie auf dasselbe fällt, und jedes andere Mitglied des Großen Rathes ist in diesem Falle verpflichtet, die Wahl in eines der sieben Departemente anzunehmen, es sey denn, daß die allfälligen Entschuldigungsgründe des Gewählten vom Großen Rathe für hinlänglich erachtet werden. Die Wahl in mehr Departemente hingegen, so wie die Wiedererwählung in das gleiche Departement nach ein Mal geendeter Amtsdauer, kann abgelehnt werden.

Kein Mitglied des Regierungsrathes darf in mehr als zwei Departementen angestellt seyn.

§. 5. Der Präsident, und in seiner Abwesenheit der Vice-Präsident, haben die gewöhnlichen Verrichtungen der Präsidien und erstatten in der Regel die Vorträge über die vorberathenen Gegenstände an den Regierungsrath oder an den Großen Rath, wenn das Departement kraft des Artikels 52 der Staatsverfassung den Antrag zur Berathung eines Gegenstandes stellen will. In Abwesenheit des Präsidenten oder Vice-Präsidenten vertritt das Mitglied des Regierungsrathes, welches allenfalls in dem Departemente sitzt, und in Ermangelung desselben das älteste Mitglied im

8. November Range der Erwählung, die Stelle des Präsidenten, und 1831. wird für die Berathung der unter seinem Vorsitze beschlossenen Anträge zu der Sitzung des Regierungsrathes einberufen, in welcher diese Anträge behandelt werden.

Eben so ist der Präsident oder sein Stellvertreter der ordentliche Berichterstatler vor dem Großen Rathe über Gegenstände, welche der Vorberathung eines Departementes untergelegen; es kann jedoch für die Berichterstattung einzelner Gegenstände ein anderes Mitglied durch das Departement bezeichnet werden.

Um einen gültigen Beschluß zu fassen, müssen wenigstens der Präsident oder dessen Stellvertreter und zwei Mitglieder anwesend seyn.

§. 6. Die Mitglieder eines Departementes, welche nicht in der Hauptstadt wohnen oder in dem Umkreise einer Stunde von derselben, werden für die Tage, wo sie bei Sitzungen des Departementes anwesend sind, und für ihre nothwendigen Reisen zu diesen Sitzungen, nach dem gleichen Maßstabe entschädigt, wie die Mitglieder des Großen Rathes, angenommen für die Reisen und für die Tage, wo sie als Mitglieder des Großen Rathes ihre Entschädigung beziehen.

§. 7. Jedes Departement hat einen Sekretär, welcher auf den doppelten Vorschlag des Departementes durch den Regierungsrath, mit dem geheimen absoluten Stimmenmehr, auf eine Amtsdauer von sechs Jahren erwählt wird, und der sogleich wieder wählbar ist. Ein späteres Gesetz wird den Gehalt des Sekretärs eines jeden Departementes bestimmen.

Der Regierungsrath wird für die Bedienung der Departemente und ihrer Bureaux sorgen.

§. 8. Unter jedem Departemente steht die nöthige Anzahl von besondern Kommissionen oder Bureaux für

die Vorberathung, die Beaufsichtigung und die Vollziehung 8. November:
der an sie gelangenden Aufträge. 1831.

Die Vorberathungen dieser Kommissionen oder Bureaur müssen dem Departemente unterlegt werden, und sie erhalten ihre Befehle und Aufträge ausschließlich nur durch das Departement, unter welchem sie stehen.

Die besondern Kommissionen haben die Befugniß, Aufträge direkt an den Regierungsrath gelangen zu lassen, wenn sie solche dem gemeinen Besten zuträglich erachten, und das Departement dieselben nicht von sich aus zum Vortrag bringen will. Doch soll die Ansicht des Departementes darüber vor der Behandlung durch den Regierungsrath eingeholt werden.

Ein späteres Gesetz wird die Anzahl und Einrichtung dieser Kommissionen oder Bureaur so wie ihre Obliegenheiten und Befugnisse bestimmen; vorläufig aber, und für eine Probezeit von höchstens zwei Jahren, vom 1. Januar 1832 gerechnet, ist der Regierungsrath beauftragt, hierüber das Nöthige zu verfügen, und zu diesem Ende vorläufig den Bericht eines jeden Departements einzuholen.

§. 9. In die Departements-Kommissionen oder Bureaur ist ein jeder Staatsbürger wählbar, der den Zustand des eigenen Rechts und der Ehrenfähigkeit genießt, und die Amtsdauer des Präsidenten, der Beisitzer und des Sekretärs ist auf sechs Jahre festgesetzt, wenn sie die Eigenschaft der Wählbarkeit während dieser Zeit beibehalten. Sie sind sogleich wieder wählbar.

Der Präsident jeder einzelnen Kommission muß aus der Zahl der Mitglieder des Departementes gewählt werden, unter welchem die Kommission steht, den Präsidenten und Vice-Präsidenten des Departementes eingerechnet.

Der Regierungsrath ernennt durch das geheime absolute Stimmenmehr auf den doppelten Vorschlag des De-

8. November 1831. departementes', den Präsidenten und die Beisitzer der Departements-Kommissionen und der Bureaux, wo nicht etwas anderes vorgeschrieben ist, und wird für die Sekretariate derselben und für ihre Bedienung sorgen.

§. 10. Die Stellen in den Departementen und in den Departements-Kommissionen werden unentgeltlich versehen; mit Ausnahme der Gehaltszulage der Präsidenten der Departemente, welche der Artikel 64 der Verfassung vorschreibt, und der Entschädigung, welche durch den §. 6 dieses Gesetzes für außerhalb der Hauptstadt wohnende Mitglieder der Departemente bestimmt ist. Es können jedoch außerordentliche wichtige und große Arbeiten einzelner Mitglieder der Departemente oder Departements-Kommissionen oder Bureaux, auf den Antrag des Departementes, durch den Regierungsrath inner der Schranken seiner verfassungsmäßigen Kompetenz honorirt werden; doch muß dieses durch die geheime Abstimmung geschehen.

§. 11. Jedes Departement hat die Befugniß, dem Regierungsrath einen doppelten Wahlvorschlag für alle unter ihm stehenden Stellen zu machen. Doch sollen diese und alle übrigen in diesem Gesetze erwähnten Wahlvorschläge durch die Behörde, der die Wahl zusteht, frei vermehrt werden können.

§. 12. Alle in Folge dieses Gesetzes vom Regierungsrath oder von den Departementen zu besetzenden besoldeten Beamten sollen ausgeschrieben werden.

T i t e l 2.

Besondere Vorschriften.

§. 13. Das diplomatische Departement besteht aus einem Präsidenten, einem Vice-Präsidenten und fünf

Beisitzern. Der Schultheiß ist jeweilen der Präsident von 8. November
Amtes wegen. 1831.

§. 14. Das diplomatische Departement beschäftigt sich mit den Verhältnissen der Republik sowohl mit dem Auslande als mit der Eidgenossenschaft überhaupt; mit der öffentlichen Sicherheit im Allgemeinen, insofern dieselbe von diesen Verhältnissen und von der ungestörten Ruhe und Ordnung im Innern abhängt. Es beschäftigt sich mit den Maßregeln für die Erhaltung des innern Organismus des Staates und der Einleitung und nachherigen Prüfung der Wahlen, welche den Wahlbezirken zustehen, so wie mit der allgemeinen Oberaufsicht über die Beamtungen, welche nicht unmittelbar unter der Aufsicht eines andern Departementes stehen. Jedoch soll das diplomatische Departement in allen diesen Beziehungen keine Vorkehrungen treffen, sondern bloß Anträge an den Regierungsrath zu machen befugt seyn. Es hat die Oberaufsicht über die Archive der Republik, und endlich hat es die Vorberathung aller Geschäfte und Angelegenheiten des Staates, die keinem der nachfolgenden Departemente übertragen sind.

§. 15. In den Jahren, wo der Stand Bern der eidgenössische Vorort ist, sollen alle Geschäfte durch das diplomatische Departement vorberathen werden, welche dem Vororte in dieser Eigenschaft auffallen.

§. 16. Alle vorörtliche Geschäfte, die sich bloß auf einfache Gegenstände beziehen, welche keine Anträge an die löbl. Stände erheischen, ferner solche Geschäfte, die nach ihrer Natur und nach allgemein anerkannten und üblichen diplomatischen Grundsätzen eine Behandlung in möglichst engem Kreise nothwendig machen, kann das diplomatische Departement, zufolge der diesörtigen Uebung in dem eidgenössischen Geschäftsgange, von sich aus beseitigen.

§. 17. Alle Akten, welche im Namen des Vororts

8. November von dem Regierungsrathe oder von dem diplomatischen Departemente ausgehen, werden in der eidgenössischen Kanzlei ausgefertigt, von dem Schultheißen oder seinem Stellvertreter unterzeichnet, von dem Kanzler der Eidgenossenschaft oder dem Staatschreiber derselben unterschrieben und mit dem eidgenössischen Siegel versehen.

§. 18. Der Kanzler der Eidgenossenschaft oder sein Stellvertreter führt die Feder bei allen Sitzungen und für die Abfassung aller Beschlüsse, Anträge und Gutachten des diplomatischen Departementes, welche ausschließlich vorörtliche Geschäfte betreffen.

§. 19. Für alle übrigen Geschäfte des diplomatischen Departementes führt der Sekretär des Departementes die Feder. Er ist aber verpflichtet, auch den Sitzungen beizuwohnen, in welchen vorörtliche Geschäfte behandelt werden, und während der Dauer der vorörtlichen Verhältnisse der eidgenössischen Kanzlei diejenige Beihülfe zu leisten, welche mit seinen Amtspflichten für die Republik Bern insbesondere verträglich ist.

§. 20. Für einzelne laufende Ausgaben hat das Departement eine Kompetenz bis auf Fr. 100.

§. 21. Das Departement des Innern besteht aus einem Präsidenten, einem Vice-Präsidenten und fünf Beisitzern.

§. 22. Es beschäftigt sich dasselbe mit der allgemeinen Staatswirthschaft, dem Ackerbau, der Viehzucht, der allgemeinen Oberaufsicht über das Forstwesen und über die Ausbeutung von Mineralien; mit der Jagd und Fischerei und dem Handel (mit Ausnahme des Hausirwesens und der Marktpolizei) und dem Industriewesen; mit den Gesuchen um Ertheilung von Konfessionen und mit den Gewerben; ferner mit der Organisation und der Verwaltung der Gemeinden, ausgenommen die vormundschaftlichen Sachen; mit dem Armenwesen und mit der Gesundheitspflege

überhaupt, insbesondere denn mit allen Unterstützungs- und 8. November
Heilungs-Anstalten des Staates; endlich mit der Pflege 1831.
der Landsäßen und mit der Oberaufsicht über die französische Kolonie.

§. 23. Das Departement hat für einzelne laufende Ausgaben eine Kompetenz bis auf Fr. 100.

§. 24. Das Justiz- und Polizei-Departement besteht aus einem Präsidenten, einem Vice-Präsidenten, drei Beisitzern und zwei Suppleanten.

§. 25. Es ist dem Justiz- und Polizei-Departement gestattet, einen Rechtsgelehrten außer seiner Mitte, als Referent in Streitsachen, ohne Stimmrecht anzustellen, und Befinden oder attestmäßige Berichte von Rechtsgelehrten einzuholen und zu honoriren.

§. 26. Das Justiz- und Polizei-Departement beschäftigt sich einerseits mit der Untersuchung und Vorberathung aller in dem Wirkungskreise des Regierungsrathes liegenden Gegenstände der Justiz-Verwaltung; anderseits mit der allgemeinen Sachen- und Personen-Polizei.

§. 27. In Betreff der Polizei hat es die Oberaufsicht über das Korps der Landjäger, die Polizeibeamten, die Orts-Polizeidiener, Grenzinspektoren, Fährleute und dergleichen; ferner über die Fremden, ihren Aufenthalt, ihre Verehelichung, Naturalisation, und über die Paß-Polizei. Es hat die Oberaufsicht über die Central-Polizei, die Gefangenschaften und die Strafanstalten, mit den dabei angestellten Personen, so wie auch über die Markt- und Hausirer-Polizei; endlich über die Ausübung der Gewerbe der Müller, Wirthen, Bäcker, Fleischer; über die Feuerwerkstätten und über die Löschanstalten.

§. 28. Als Justizrath insbesondere hat dieses Departement die Aufsicht und Leitung der bürgerlichen und der Strafgesetzgebung, zu deren Bearbeitung jedoch auf seinen

8. November Antrag besondere Kommissionen ernannt werden können.

1831. Es beaufsichtigt den Gang der Rechtspflege und untersucht Klagen gegen Gerichtsstellen oder gegen einzelne Justiz- und Polizeibeamte. Es verordnet die Fiskal-Untersuchungen im Namen des Staates. Es begutachtet alle Streitigkeiten, in welchen der Regierungsrath als höchster Administrations-Richter zu entscheiden hat. Es macht die nöthigen Anträge, für alle erlaubten Dispensationen und Geschäfte der nicht-streitigen Gerichtsbarkeit, deren Entscheid dem Regierungsrath oder dem Großen Rathe zusteht. Es macht endlich die Vorschläge zur Milde rung oder zum Nachlasse von Strafurtheilen. Unter seiner Aufsicht stehen das gesammte Vormundschaf tswe sen, das Notariatswe sen, die Amtsschreibereien und Amtsbarchive.

§. 29. Das Departement hat für einzelne laufende Ausgaben eine Kompetenz bis auf Fr. 100.

§. 30. Das Finanz-Departement besteht aus einem Präsidenten, einem Vice-Präsidenten und fünf Beisitzern.

§. 31. Die Berrichtungen des Finanz-Departementes sind einerseits diejenigen eines Finanzrathes und anderseits diejenigen einer Rechnungskammer.

§. 32. Als Finanzrath beschäftigt es sich mit der Verwaltung des Staatsvermögens in Domainen, Zehnten, Grundzinsen, Lehnsgesällen, Kapitalien und sogenannten Regalien, wie das Münzwesen, die Posten, das Zollwesen und der Bergbau; endlich mit den verschiedenen Handlungen, welche der Staat führen läßt, wie die Salzhandlung, die Pulver- und Salpeterhandlung. Ferner beschäftigt es sich mit den direkten und indirekten Abgaben an den Staat, mit ihrer Beziehung und der Gesetzgebung über dieselben, und mit der Vollziehung dieser Gesetze.

§. 33. Als Rechnungskammer liegt dem Finanz-De-

partemente die Aufsicht über die sämtliche Comptabilität 8. November der Staatshaushaltung und ihre Leitung überhaupt ob; 1831.
namentlich die Prüfung und endliche Passation aller Staatsrechnungen, welche laut vorhandenen Verordnungen nicht der Passation einer höhern Behörde unterliegen, und die vorläufige Prüfung und Berichterstattung über diejenigen Rechnungen, für welche eine höhere Passation vorbehalten ist; die Aufsicht über die obrigkeitliche Hauptkasse, insbesondere die Abfassung und Prüfung der jährlich dem Großen Rathe vorzulegenden Staatsbudgets und Staatsrechnungen, so wie im Allgemeinen die Pflicht, die Kassenvorräthe, Magazine und Bücher aller Rechnungsführer für den Staat zu untersuchen, die Saumseligen zur Ablage ihrer Rechnungen anzuhalten und die Fehlbaren ohne weiters dem Regierungsrathe anzuzeigen; endlich auch die Bürgschaften der obrigkeitlichen Kassensführer zu untersuchen, über ihre Annehmbarkeit Anträge zu stellen, und Aufsicht über die Fortdauer ihrer Hinlänglichkeit zu halten.

§. 34. Der Kompetenz der Finanz-Departements sind unterworfen:

- 1) Die Bewilligungen für Tausche und Verstücklungen obrigkeitlicher Lehn Güter und die Belehnungen mit solchen Gütern.
- 2) Die Anwendung von Kapitalien im Lande bis auf zehntausend Franken auf doppeltes Grundpfand und nicht unter dem Zinsfuß von 4 von 100.
- 3) Die Oberaufsicht über alle Naturalvorräthe und Magazine und der Verkauf der erstern, nach den zu gebenden gesetzlichen Vorschriften, und unterdessen nach den Aufträgen des Regierungsrathes.
- 4) Unter dem nämlichen Vorbehalt die Verpachtung der obrigkeitlichen Domainen.
- 5) Die Bestellung der Salzhütten, so wie die Ernennung

8. November
1831.

der Angestellten in dem Finanzwesen, deren fixe Besoldung oder gewöhnliche Provision jährlich nicht über Fr. 200 steigt.

- 6) Die Verfügung über die Summe von Fr. 200 für einen einzelnen Gegenstand, insofern es den Unterhalt oder die Verbesserung von Staatseigenthum betrifft; für jede andere laufende Ausgabe aber bis auf Fr. 100.

Fortan sollen hingegen Streitigkeiten über den Verkauf von Zehnten und Grundzinsen, sie mögen dem Staate oder Privatpersonen zugehören, so wie Streitigkeiten zwischen Beamten, Verwaltern oder Pächtern des Staates unter sich oder mit dem Finanz-Departemente, je nach ihrer Beschaffenheit, nach den Vorschriften des Civil- oder Administrationsrechtes entschieden werden.

§. 35. Alle Anträge irgend eines Departementes, welche eine Ausgabe des Staates von mehr als Fr. 4000 veranlassen, müssen dem Finanz-Departemente zur Berichterstattung über die Frage vorgelegt werden: ob der Zustand der Finanzen eine solche Ausgabe gestatte? bevor die Behörde, welche es betrifft, darüber entscheiden kann.

§. 36. Das Erziehungs-Departement besteht aus einem Präsidenten, einem Vice-Präsidenten und fünf Beisitzern.

§. 37. Es beschäftigt sich mit der Aufsicht, Beschützung, Beförderung, Unterstützung und Verwaltung aller Anstalten für die Erziehung und für den öffentlichen Unterricht; ferner mit den Angelegenheiten der beiden Kirchen, insofern dieselben den Verfügungen der weltlichen Gewalt unterliegen.

§. 38. Die Behörde, welche sich Kraft des §. 8 dieses Gesetzes besonders mit dem allgemeinen Schulwesen beschäftigen wird, soll auf den doppelten Vorschlag des Regierungsrathes durch den Großen Rath aus allen Staatsbürgern frei ernannt werden.

§. 39. Das Departement hat für einzelne laufende 8. November
Ausgaben eine Kompetenz bis auf Fr. 100. 1831.

§. 40. Das Militär-Departement besteht aus einem Präsidenten, einem Vice-Präsidenten und fünf Beisitzern.

Die ersten Beamten der Kriegsverwaltung wohnen den Sitzungen des Departementes, jedoch ohne Stimmrecht, bei. Das Departement ist auch berechtigt, in vorkommenden Fällen sachkundige Männer mit beratender Stimme seinen Sitzungen beizuziehen.

§. 41. Das Militär-Departement leitet das ganze Kriegswesen der Republik nach Vorschrift der vorhandenen Gesetze und Verordnungen, sowohl bezüglich auf die Organisation der Truppen, als auf den Unterricht und die Kriegsausübungen derselben, ihre Bewaffnung, Kleidung und Ausrüstung, ihre Mannszucht und ihre Verpflegung. Es beaufsichtigt die Verfertigung, Aufbewahrung und Besorgung der Waffen, Ausrüstungen, Verpflegungsmittel und Munitionsgegenstände. Es beaufsichtigt ferner die militärische Rechtspflege und die Anstalten für die militärische Gesundheitspflege, so wie den Bau und die Unterhaltung der Vertheidigungswerke und der zu militärischem Gebrauch bestimmten Gebäude. Es beschäftigt sich endlich mit den Polizeianstalten für den noch bestehenden fremden Kriegsdienst.

§. 42. In der Kompetenz des Militär-Departementes sind folgende Gegenstände:

- 1) Die Ernennung aller Personen des Kleinen Stabs auf den Vorschlag des Kommandanten des Korps.
- 2) Das Vorschlagsrecht an die gesetzlich vorgeschriebene Wahlbehörde für alle Offiziere und für die Angestellten bei der Kriegsverwaltung oder bei der Instruction, die das Departement nicht selbst erwählt, oder die von einer Unterbehörde erwählt werden.

8. November 1831. 3) Das Departement hat für einzelne laufende Ausgaben eine Kompetenz bis auf Fr. 200.

§. 43. Für die Rechtspflege für im aktiven Dienst stehende Militärpersonen soll das eidgenössische Strafgesetzbuch zur Richtschnur dienen. Der Regierungsrath versieht in solchen Fällen die Verrichtungen des eidgenössischen Oberbefehlshabers; ausgenommen in dem Falle, wo ein besonderer Oberbefehlshaber für ein bernisches Truppenkorps in Dienstativität aufgestellt ist, in welchem Falle dieser Oberbefehlshaber solche Amtsverrichtungen versieht. Wo sie aber durch den Regierungsrath versehen werden, macht das Militär-Departement diejenigen Anträge, welche nach dem eidgenössischen Strafgesetzbuche der Stabsauditor dem eidgenössischen Oberbefehlshaber zu machen hat.

§. 44. Das Bau-Departement besteht aus einem Präsidenten, einem Vice-Präsidenten und fünf Beisitzern.

§. 45. Es beschäftigt sich mit dem Hochbau, welcher dem Staate obliegt, mit dem Bau der Straßen und Brücken, der darauf Bezug habenden Sachpolizei, so wie mit dem Wasserbau, der Strom- und Flusspolizei, und daher auch mit der Schifffahrt; mit der Aufsicht über alle durch das Wasser getriebene Radwerke und an den Ufern von Flüssen, Strömen und Seen vorzunehmenden Bauten; endlich auch mit der Vorberathung über neue Bewilligungen zu Radwerken, die durch das Wasser getrieben werden, und über Konzessionen von Reissgründen, Flussbetten, Strombetten oder Seebetten, die dem Staate gehören, zu Privatbestimmungen. Es wird sich mit der Errichtung und Beaufsichtigung einer zweckmäßigen Bildungsanstalt für Civil-Ingenieure beschäftigen, und ist befugt, die Angestellten im Bauwesen zu ernennen, deren fixe Besoldung oder gewöhnliche Provision jährlich nicht über Fr. 200 steigt.

§ 46. Das Bau-Departement hat für einzelne Gegenstände eine Kompetenz bis auf Fr. 200. 8. November 1831.

T i t e l 3.

Vorübergehende Vorschriften.

§. 47. Jedes der sieben Departemente übernimmt vorläufig die obrigkeitlichen Archive und Akten der Kammern und Kommissionen oder andern Behörden oder Beamtungen, deren bisheriger Amtskreis nunmehr in den Amtskreis des Departementes fällt.

Wenn indessen eine der oben genannten Beamtungen, Kammern oder Behörden für die besondere Verwaltung irgend eines Geschäftszweiges beibehalten, oder durch eine neue Behörde oder Kommission ersetzt wird, so kann das Departement, unter welchem eine solche beibehaltene oder neue Behörde oder Kommission steht, derselben auch fernerhin ihre Archive und Akten abgesondert überlassen.

§. 48. Das gegenwärtige organische Gesetz tritt sofort auf eine Probezeit von zwei Jahren vom 1. Januar 1832 gerechnet in Kraft, auf welche Zeit der Regierungsrath und die Sechszehner neue Anträge bringen werden. Es soll gedruckt, durch Austheilung an die Gemeinden und durch die Aufnahme in die Sammlung der Gesetze bekannt gemacht werden.

Gegeben in Unserer Versammlung des Großen Rathes,
Bern, den 8. November 1831.

Der Landammann,
v o n L e r b e r.

Der Staatschreiber,
F. M a y.

N a c h t r a g
zum Gesetz über die Organisaton der Depar-
temente des Regierungsrathes.

Auszug aus dem Protokoll des Großen Rathes vom
10. November 1831.

10. Novbr.
1831. Auf den Vortrag von Regierungsrath und Sechszeh-
nern hat der Große Rath beschlossen:

- 1) Es sollen alle Mitglieder von Gerichten von der
Wählbarkeit in die Departemente des Regierungsrathes
ausgeschlossen seyn.
- 2) Dieser Ausschluß soll sich auch auf die vermöge des
§. 8 des Gesetzes vom 8. November 1831 zu er-
nennenden Kommissionen und Bureaux ausdehnen,
welche eine erecutive Gewalt haben.

Ferner wurde beschlossen:

Sowohl der Landammann als der Vice-Präsident des
Großen Rathes solle von der Wählbarkeit in die Depar-
temente und ihre Kommissionen ausgeschlossen seyn.

P u b l i k a t i o n

über

die amtsgerichtlichen Wahlversammlungen.

22. Novbr.
1831. Der Regierungsrath der Republik Bern,
In Betrachtung der Nothwendigkeit, so bald möglich
den Präsidenten, die Mitglieder und die Suppleanten der
Amtsgerichte, zu ernennen und in Thätigkeit zu setzen;
In Betrachtung, daß die Gesetzesentwürfe über die

Pflichten und Befugnisse dieser Beamten und Behörden 22. Novbr.
vom Großen Rath in den nächsten Tagen werden in Be- 1831.
rathung genommen werden;

In Vollziehung der Artikel 81, 82, 83 und 84 der
Staatsverfassung

b e s c h l i e ß t:

1) Die sämmtlichen Wahlversammlungen in der Anzahl und Zusammensetzung, wie sie sich für die Wahlen der Mitglieder des Großen Rathes versammelt haben, und bestehend: aus den in den letztabgehaltenen Urversammlungen gewählten Wählmännern, den von diesen letztern erwählten Wahlvorstehern, Sekretärs und Stimmenzählern, alle in so fern sie noch immer die zu Ausübung des Stimmrechts vorgeschriebenen Eigenschaften besitzen, sollen in jedem Amtsgerichtsbezirk auf Mittwoch den 7. Christmonat zum ersten, und auf Mittwoch den 21. Christmonat nächstkünftig zum zweiten Mal, des Morgens um 9 Uhr durch die einstweiligen Verweser der Amtsbezirke zusammenberufen werden.

Die allfällig in eine oder anderer dieser zwei Versammlungen nicht anwesenden Wahlvorsteher, Sekretärs und Stimmenzähler, werden jedesmal von der betreffenden Wahlversammlung vor allem aus, nach vorschriftmäßiger Wahlform ergänzt.

2) Jede Wahlversammlung, mit Ausnahme der im nachstehenden Artikel bestimmten Modifikation, hat in ihrer ersten Zusammenkunft, den 7. Christmonat 1831, einen doppelten Vorschlag für die Stelle eines Präsidenten des Amtsgerichts zu machen. In der zweiten Zusammenkunft am 21. Dezember 1831 dann hat dieselbe:

- a) Vier Amtsrichter und
- b) Zwei Suppleanten zu erwählen.

22. Novbr. 1831. 3) Weil im Amtsbezirk Bern zwei Wahlversammlungen bestehen, die eine für die Stadt und ihren Bezirk und die andere für die gesammten Landgemeinden, welche aber zusammen nur einen Gerichtskreis bilden, mithin gemeinschaftlich ein Amtsgericht zu wählen haben, so wird jede dieser zwei Wahlversammlungen, für diesmal abgesondert für sich, in der ersten Zusammenkunft, am 7. Christmonat 1831 einen einfachen Vorschlag für die Stelle des Amtsgerichtspräsidenten machen, und in der zweiten Zusammenkunft, den 21. Christmonat 1831:

a) Zwei Amtsrichter und

b) Einen Suppleanten erwählen.

4) In Betreff der Wahlfähigkeit sind die in den Artikeln 82, 84, 75 und 63 der Staatsverfassung enthaltenen Vorschriften zu beobachten.

5) Der doppelte Wahlvorschlag für die Präsidentenstelle, so wie später die Wahl jedes einzelnen der zu ernennenden vier Amtsrichter und zwei Suppleanten, muß abgesondert vorgenommen werden. Sie geschieht durch geheimes und absolutes Stimmenmehr. Es wird jedem Wahlmann für jede Abstimmung ein Stimmzettel übergeben, auf welchen er denjenigen, welchen er wählen will, auf eine kennbare Weise bezeichnet. Die Stimmzettel werden von jedem Stimmenden persönlich einem der Stimmenzähler abgegeben und von selbigem in ein Gefäß gethan. Hierauf werden die Stimmzettel gezählt; finden sich mehr vor, als ausgetheilt worden sind, so ist das ganze Wahlverfahren ungültig, und es soll dasselbe wieder von neuem beginnen; übersteigt hingegen die Zahl der den Stimmzählern eingehändigten Stimmzettel die Zahl der ausgetheilten nicht, so werden dieselben von den Vorgesetzten der Versammlung eröffnet und die Ergebnisse der Abstimmung ausgemittelt. Kommt bei der ersten Abstimmung

mung kein Name auf mehr als der Hälfte der Stimmen 22. Novbr. 1831.
 zettel vor, so wird über die vier, welche die größte Stimmenzahl erhielten, von neuem abgestimmt; dann über die drei, welche die meisten Stimmen erhielten, und endlich über zwei, bis jemand mehr als die Hälfte der Stimmen erhalten hat, welcher sodann als Vorgeschlager für die Präsidentenstelle, oder als ernannter Amtsrichter oder Suppleant ausgerufen wird.

Auf gleiche Weise wird für jeden Wahlvorschlag wie für jede zu besetzende Stelle fortgeföhren.

Bei jeder Stimmengleichheit entscheidet das Loos.

6) Nach vollendeter Wahl ist die Verhandlung geschlossen und der Sekretär hat sogleich nach jeder Versammlung ein Wahlprotokoll in drei Doppeln auszufertigen, für welches ihm gedruckte Blätter zum Ausfüllen gegeben werden. Zwei Doppel dieser Protokolle sollen inner den nächsten 24 Stunden vom Wahlvorsteher durch die Post an den Regierungsrath übersendet, das dritte aber der Amtsschreiberei zur Aufbewahrung übergeben werden.

7) Ist der Vorgeschlagene oder Gewählte bei der betreffenden Versammlung gegenwärtig, so hat er sich sogleich über die Annahme oder Nichtannahme zu erklären. Die Annahme ist zu Protokoll zu nehmen; im Fall der Nichtannahme ist hingegen unmittelbar für die ausgeschlagene Stelle zu einer neuen Wahl zu schreiten.

8) Ist der Vorgeschlagene oder Gewählte nicht anwesend, so soll der Wahlvorsteher ihm sogleich die Wahl schriftlich anzeigen, mit der Weisung, dem Regierungsrathe direkt, vor dem 12. Dezember für die Präsidentenstelle, und vor dem 26. Dezember für die Amtsrichter- oder Suppleanten-Stelle, die allfällige Nichtannahme schriftlich bekannt zu machen. Das Stillschweigen wird als Annahme ausgelegt.

22. Novbr. Für die Wahlen, welche auf obige Weise durch Nicht-
1831. annahme aufgehoben sind, wird der Regierungsrath neue
Wahlen durch Zusammenberufung der betreffenden Wahl-
versammlungen einleiten, welche durch die nämlichen Wahl-
männer und auf gleiche Weise wie die frühern vorgenom-
men werden sollen.

9) Für die Abhaltung der Wahlversammlungen werden
die Verweser der Amtsbezirke alle nöthigen Veranstaltun-
gen treffen und auch für Ruhe und Ordnung außer dem
Versammlungsorte sorgen.

Gegenwärtige Verordnung soll in beiden Sprachen ge-
druckt, von den Kanzeln angezeigt und auf sonst übliche
Weise bekannt gemacht werden.

Gegeben in Bern, den 22. November 1831.

Der Schultheiß,
Präsident des Regierungsraths:
T s c h a r n e r.

Der Interimsrathschreiber:
Wurstemberger.

D e k r e t

ü b e r

die Besoldungen der Regierungstatthalter,
der Gerichte erster Instanz und der Un-
terstatthalter.

Wir der Landammann und Große Rath der 26. Novbr.
Republik Bern 1831.

t h u n k u n d h i e r m i t :

Daß Wir auf den Vortrag des Regierungsrathes und der Sechszehner über die Besoldung der Regierungstatthalter, der Gerichtsbehörden erster Instanz und der Unterstatthalter beschlossen haben, was folgt, und demnach

v e r o r d n e n :

I. Regierungstatthalter.

§. 1. Die Regierungstatthalter werden in Rücksicht auf ihre Besoldung in fünf Klassen eingetheilt, nemlich:

1. Klasse zu Fr. 3000 Besoldung: einzig der Regierungstatthalter von Bern.
2. " " " 2400 sechs Regierungstatthalter der Amtsbezirke Pruntrut, Thun, Interlaken, Narwangen, Ronolfingen und Burgdorf.
3. " " " 2000 sieben Regierungstatthalter der Amtsbezirke Delsberg, Nidau, Wangen, Courtelary, Sestigen, Signau und Trachselwald.
4. " " " 1600 elf Regierungstatthalter der Amtsbezirke Narberg, Büren, Erlach,

24. Novbr.
1831.

Fraubrunnen, Münster, Nieder-Simmenthal, Freibergen, Frutigen, Laupen, Schwarzenburg und Ober-Simmenthal *).

5. Klasse zu Fr. 1200 zwei Regierungsstatthalter der Amtsbezirke Oberhasle und Sanen.

§. 2. Diese Besoldungen sollen ohne alles Hinzuthun von Wohnung, Sporteln, Holz u. s. w. statt finden.

II. Gerichtspräsidenten.

§. 3. Die Präsidenten der Gerichte erster Instanz werden für ihre Besoldungen ebenfalls in fünf Klassen eingetheilt, nämlich:

1. Klasse zu Fr. 2400 Besoldung einzig der von Bern.

2. " " " 2000 sechs Präsidenten der Amtsgerichte Pruntrut, Thun, Interlaken, Narwangen, Ronolfingen und Burgdorf.

3. " " " 1800 fünf Präsidenten der Amtsgerichte Wangen, Courtelary, Seftigen, Sigenau und Trachselwald.

4. " " " 1400 vierzehn Präsidenten der Amtsgerichte Delsberg, Biel, Nidau, Narberg, Büren, Erlach, Fraubrunnen, Münster, Nieder-Simmenthal, Freibergen, Frutigen, Laupen, Schwarzenburg und Ober-Simmenthal.

5. " " " 1000 vier Präsidenten der Amtsgerichte Oberhasle, Neuenstadt, Sanen und Lauffen.

§. 4. Auch diese Besoldungen sollen ohne irgend eine Zulage statt haben.

*) Unterm 6. April 1832 ist auch für den Regierungsstatthalter von Biel eine Besoldung von Fr. 1600 bestimmt worden.

III. Amtsrichter.

26. Novbr.
1831.

§. 5. Die Mitglieder der Gerichte erster Instanz werden in Rücksicht ihrer Besoldungen in folgende vier Klassen eingetheilt, nämlich:

1. Klasse zu Fr. 400 Besoldung: die zwei Amtsgerichte Bern und Pruntrut.
2. " " " 300 Die elf Amtsgerichte, deren Präsidenten in der zweiten und dritten Besoldungsklasse stehen.
3. " " " 250 Die vierzehn Amtsgerichte, deren Präsidenten in der vierten Besoldungsklasse stehen.
4. " " " 150 Die vier Amtsgerichte, deren Präsidenten in der fünften Besoldungsklasse stehen.

IV. Suppleanten.

§. 6. In Betreff der Besoldung der Suppleanten an den Gerichten der ersten Instanz wird vorgeschrieben:

- 1) In Fällen von Tod oder Erledigung, wo die Besoldung an die Staatskasse zurückfällt, bezieht der funktionirende Suppleant die betreffende Amtsrichterbesoldung im Verhältnisse der Zeit, während der er funktionirt.
- 2) In Fällen, wo ein Amtsrichter wegen Krankheit oder Abwesenheit abgehalten wird, den Sitzungen beizuwohnen, und die Beiziehung eines Suppleanten nöthig macht, hat ihm derselbe von jeder Sitzung, der dieser beivohnt, ein Taggeld von Fr. 4 zu bezahlen.
- 3) Alle übrigen Amtsverrichtungen des Suppleanten sollen unentgeltlich geschehen.

26. Nov.

V. Unterstatthalter.

1831.

§. 7. Die Unterstatthalter sollen noch ferner auf dem gleichen Fuß wie bisher im Verhältnisse der Bevölkerung der unter ihnen stehenden Bezirke und nach den Vorschriften der Verordnung vom 16. Dezember 1820 für den alten Kanton und des Rathschlusses vom 13. Mai 1816 für die Leberbergischen Amtsbezirke besoldet werden.

§. 8. Für alle durch dieses Dekret bestimmte Besoldungen soll keine Zulage für Mehrwerth des Getreides bezahlt werden, wenn auch derselbe den angenommenen Normalwerth übersteigt.

§. 9. Alle in diesem Dekret enthaltenen Bestimmungen sind für eine Probezeit von sechs Jahren, vom 1. Januar 1832 an zu rechnen, festgesetzt.

Das gegenwärtige Dekret soll dem Finanz-Departement zur Vollziehung übergeben und in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden.

Gegeben in der Versammlung des Großen Rathes,
Bern, den 26. November 1831.

Der Landammann,
v o n L e r b e r.

Der Staatschreiber,
F. M a y.

über

die Entschädigung der Mitglieder des
Großen Rathes.

Wir, der Landammann und Große Rath der 2. Dezember
Republik Bern, 1831.

thun fund hiermit:

Daß Wir auf den Vortrag der hierzu niedergesetzten Kommission, über die nach §. 46 der Staatsverfassung, in Verbindung mit den §§. 30 und 32 des Rathesreglements vom 4. August 1831, den Mitgliedern des Großen Rathes gebührenden Entschädigungen und nach Vorberathung durch Regierungsrath und Sechszehner, verordnet haben, was folget, wie Wir denn

verordnen:

1. Diejenigen Mitglieder des Großen Rathes haben Anspruch auf Entschädigung an Taggeldern und Reisekosten, welche nicht in der Hauptstadt oder näher als eine Stunde von derselben wohnen.

2. Das Taggeld ist auf fünfundzwanzig Bagen für den Tag bestimmt und die Reise-Entschädigung für jede Reise auf fünf Bagen für jede Stunde Entfernung von der Hauptstadt zu ihrem Wohnort.

3. Nach Anleitung des Rathsbreglementes, §. 30 vierter Abschnitt, zählt die Entschädigung an Taggeldern in der Regel nur für diejenigen außerordentlichen Sitzungen, denen ein Mitglied des Großen Rathes von Anfang bis zu Ende, oder beim ersten und zweiten Namensaufruf, beigewohnt

2. Dezember 1831. haben wird. Ausnahmen werden nur in den hienach Art. 6 bezeichneten Fällen gestattet.

4. Unter außerordentlichen Sitzungen, die einzig zu den Entschädigungen berechtigen, werden verstanden diejenigen Sitzungen, die nach Inhalt des §. 46 der Staatsverfassung mehr als eine Woche im Sommer und mehr als eine Woche im Winter dauern.

5. Entschuldigungsgründe für Abwesenheiten haben ausschließlich Bezug auf die Pflichterfüllung, und berechtigen daher nicht zu den vorerwähnten Entschädigungen.

6. Als Ausnahme des in Art. 3 festgesetzten Grundsatzes kann jedoch ein Mitglied des Großen Rathes Anspruch auf die Taggelder-Entschädigung machen:

a. Wenn dasselbe in Ausübung seiner Pflichten sich in die Hauptstadt verfügt, daselbst aber wegen Krankheit den Sitzungen nicht beiwohnen und ohne Nachtheil für seine Gesundheit nicht nach Hause zurückkehren könnte; in diesem Falle gebührt demselben die Entschädigung als anwesend, jedoch nur für die Dauer der außerordentlichen Sitzungen.

b. Wenn im Fall momentaner Unterbrechung der außerordentlichen Sitzungen ein Mitglied wegen allzugroßer Entfernung von seinem Wohnort nicht nach Hause zurückkehren könnte, um bei Wiedereröffnung der Sitzungen wieder in der Hauptstadt zugegen zu seyn, und daher gezwungen wäre, daselbst zu warten. In diesem Fall gebührt dem betreffenden Mitgliede die Taggelder-Entschädigung, wenn nämlich die Dauer der Unterbrechung der Sitzungen sechs Tage nicht übersteigt, und die Entfernung seines Wohnortes wenigstens 15 Stunden beträgt.

7. Für die Sonntage und Festtage während der Dauer der außerordentlichen Sitzungen, an welchen keine Raths-

sitzungen abgehalten werden, so wie auch für einzelne Tage 2. Dezember
 von Unterbrechung dieser Sitzungen, soll kein Abzug ge- 1831.
 macht werden, wenn das betreffende Mitglied denselben
 an den Tagen vorher und nachher beigewohnt hat.

8. Die volle Entschädigung für Herreise und Rückreise
 beziehen nur diejenigen Mitglieder des Großen Rathes, die
 während der Dauer der gewöhnlichen und der außerordent-
 lichen Rathssitzungen denselben regelmäßig beigewohnt haben.
 Wenn aber ein Mitglied nur einem Theil dieser periodischen
 oder außerordentlichen Sitzungen beiwohnt, so gebührt
 demselben die Reise-Entschädigung nur zur Hälfte, d. i.
 nur für die Herreise, wenn dasselbe bei den ersten Sitzungen
 zugegen ist, oder nur für die Rückreise, wenn dasselbe
 später in der Hauptstadt eintrifft.

9. Bei außerordentlichen Einberufungen gebührt den
 anwesenden Mitgliedern des Großen Rathes die volle Ent-
 schädigung für Her- und Rückreise, selbst wenn die Sitzungen
 nur einen oder wenige Tage dauern sollten.

10. Wenn die Unterbrechung einer außerordentlichen
 Sitzung weniger als sechs Tage beträgt, so werden keine
 Reise-Entschädigungen für diejenigen Mitglieder, die wäh-
 rend dieser Zeit nach Hause zurückkehren, zu gut geschrie-
 ben; wenn aber die Unterbrechung dieser Sitzungen sechs
 Tage und darüber dauern sollte, so gebührt in diesem Fall
 denjenigen Mitgliedern des Großen Rathes, die während
 dieser Zeit nach Hause zurückkehren und bei Wiedereröff-
 nung der Sitzungen sich einfinden, die Entschädigung so-
 wohl für die Rückreise als für die Herreise.

11. Die Reisekosten sollen nach ganzen Stunden (zu
 18,000 Bernfuß) berechnet, mithin was weniger als eine
 volle Stunde beträgt, nicht gezahlt werden.

12. Die Führung der Kontrolle oder der laufenden
 Rechnung für jedes Mitglied des Großen Rathes, dessen

2. Dezember 1831. Wohnort nicht in der Hauptstadt oder näher als eine Stunde von derselben ist, wird durch die Herren Ammänner unter der Leitung und Aufsicht einer Spezial-Kommission geschehen; zu diesem Ende wird die Staatskanzlei denselben täglich, als Auszug aus dem Protokoll, das Verzeichniß der, bei der vorhergehenden Rathssitzung, abwesenden Mitglieder übergeben, nach welchem Verzeichniß dann die Herren Ammänner den übrigen Mitgliedern, die nicht darauf bezeichnet sind, ihre Taggelder, so wie auch bei Anfang und bei Ende der Sitzungsperioden den betreffenden Mitgliedern des Großen Rathes die Reise-Entschädigungen auf der Kontrolle zu gut schreiben sollen.

13. Am Schlusse der Halbjahr-Sitzungen sollen die laufenden Rechnungen abgeschlossen und jedem betreffenden Mitglied des Großen Rathes eine Anweisung, von der Spezial-Kommission für dessen Guthaben auf die von dem Finanz-Departement zu bezeichnende obrigkeitliche Kassa ausgestellt, übergeben werden.

14. Die Kontrolle soll die Angabe der Entfernung des Wohnortes von der Hauptstadt enthalten, und immer jedem Mitgliede des Großen Rathes zur Einsicht offen stehen.

15. In Fällen von Reklamationen über Unrichtigkeit der laufenden Rechnungen entscheidet und beseitigt die Spezial-Kommission.

16. Acht Tage nach Abschluß dieser Rechnungen, welche sogleich dem Finanz-Departement zur Kontrollirung mitzutheilen sind, sollen aber keine Reklamationen mehr angenommen werden, es sei denn, daß das reklamirende Mitglied bei den letzten Sitzungstagen nicht in der Hauptstadt gewesen, in welchem Fall dasselbe, während 14 Tagen nach Empfang seiner Anweisung, noch zu reklamiren berechtigt seyn soll.

Dieses Dekret findet seine Anwendung vom verfloffenen 21. Oktober an. Es soll gedruckt, einem jeden Mitglied des

Großen Rathes in einem Exemplar mitgetheilt und in die 2. Dezember Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden. 1831.

Gegeben in der Versammlung des Großen Rathes,
Bern, den 2. Dezember 1831.

Der Landammann,
v o n L e r b e r.

Der Staatschreiber,
F. M a y.

D e k r e t

ü b e r

Modifikationen und Abänderungen des
Gesetzes über die Advokaten und Agenten
vom 14. Februar 1825.

Wir, der Landammann und Große Rath der 2. Dezember
Republik Bern, 1831.

t h u n k u n d h i e r m i t :

Daß Wir, in Folge eines Antrages des Obergerichtes
auf den von Regierungsrath und Sechszehnern genehmigten
Vortrag des Justizdepartementes folgende Modifikationen
und Abänderungen des Gesetzes über die Advokaten und
Agenten vom 14. Februar 1825,

b e s c h l o s s e n h a b e n :

I. E i n s t w e i l i g e V e r f ü g u n g e n .

1. Wegen der durch statt gefundene Wahlen in die
obern Staatsbehörden eingetretenen Verminderung der An-

2. Dezember 1831. Zahl der Fürsprecher, wird in Modifikationen des §. 2 des gedachten Gesetzes den Procuratoren bis zum 1. Juni 1832 gestattet, die Geschäfte, welche sie vor den Gerichten erster Instanz geführt, so wie auch diejenigen, welche von Advokaten geführt worden, die wegen ihrer Ernennung zu Staatsämtern, solche nicht mehr selbst besorgen können, dem Obergerichte mündlich vorzutragen.

II. Definitive Abänderungen.

2. In Abänderung des §. 25 des angeführten Gesetzes, sollen die Advokaten und Agenten, welche zu einem Richteramte oder zu einer andern Stelle befördert werden, mit welcher die Ausübung ihres Berufes unverträglich ist, nicht gehalten seyn, ihre Patente dem Obergericht zurückzugeben. Dagegen müssen sie sich durch ein dem Präsidenten des letztern oder dem Regierungsstatthalter ihres Wohnortes zu erstattendes Gelübde verpflichten, während der Bekleidung der betreffenden Stelle je nach der bestehenden gesetzlichen Vorschrift entweder gar nicht oder nur mit der in den nachfolgenden Artikeln enthaltenen bestimmten Beschränkung ihren Beruf auszuüben.

3. Ein Advokat oder Rechtsagent soll seinen Beruf gar nicht ausüben:

- a) während er eine Stelle im Regierungsrath oder im Obergericht bekleidet.
- b) In den durch die Gesetze über die Amtspflichten der Regierungsstatthalter und Unterstatthalter und über die Organisation der Gerichtsbehörden der ersten Instanz bestimmten Fällen.

4. Nur in Civilfällen darf ein Advokat oder Rechtsagent seinen Beruf ausüben, wenn er als Mitglied oder als Suppleant des Justiz- und Polizei-Departementes an gestellt ist.

5. Zu Anfang des durch Art. 33 des angeführten 2. Dezember
Gesetzes vorgeschriebenen Eides sollen in Zukunft die Worte 1831.
Stadt und ausgelassen werden.

Dieses Dekret soll gedruckt den sämtlichen Gerichts-
behörden und Regierungsstatthaltern zu ihrer Kenntniß
übersendet und durch letztere allen in ihrem Amtsbezirk
wohnenden Advokaten und Agenten zugestellt, so wie auch
in die Sammlung der Gesetze und Dekrete eingerückt
werden.

Gegeben in der Versammlung des Großen Rathes, den
2. Dezember 1831.

Der Landammann,
v o n L e r b e r.
Der Staatschreiber,
F. M a y.

G e s e z

über die

Amtspflichten des Regierungsstatthalters
und der Unterstatthalter.

Wir, der Landammann und Große Rath der
Republik Bern,
thun kund hiermit:

Da Wir es nöthig erachtet, die Amtspflichten der Re- 3. Dezember
gierungsstatthalter, die nach dem Art. 70 der Verfassung 1831.
in den Amtsbezirken die Vollziehung der Gesetze zu besorgen

3. Dezember haben, und der Unterstatthalter näher zu bestimmen, so
1831. haben Wir, auf den Antrag des Regierungsrathes und
der Sechszehner,

v e r o r d n e t:

I. Regierungstatthalter.

W o h n s i ß.

§. 1. Der Regierungstatthalter hat seinen Wohnsitz ordentlicher Weise an dem Hauptorte des Amtsbezirkes; doch bleibt es dem Regierungsrathe überlassen, ihm denselben, mit Genehmigung des Großen Rathes, in einer andern Gemeinde dieses Bezirkes anzuweisen.

§. 2. In gefährlichen Zeiten soll er den Amtsbezirk gar nicht, und sonst nie länger als vier Tage, auch nicht länger als acht Tage in einem Monat ohne Bewilligung des Regierungsrathes verlassen. Er soll weder ein Handwerk, noch den Beruf eines Advokaten, Rechtsagenten, Notars oder Arztes ausüben, noch auf eigene Rechnung Getränke auschenken lassen.

§. 3. Der Regierungsrath ernennt in jedem Amtsbezirk einen Amtsverweser, der in Fällen von Krankheit oder von Abwesenheit den Regierungstatthalter vertritt.

Rechte und Pflichten.

§. 4. Der Regierungstatthalter wird von dem Regierungsrathe beeidigt; er setzt die übrigen Beamten seines Amtsbezirkes in ihre Stellen ein, und beeidigt sie zu Handen der Regierung.

V o l l z i e h u n g

1) der Gesetze und Verordnungen.

§. 5. Er besorgt die Vollziehung der Gesetze, und der Verordnungen und der Befehle des Regierungsrathes in

seinem Amtsbezirke, und leistet den übrigen Beamten und 3. Dezember
Gerichtsbehörden des Kantons und der Nachbarkantone, so 1831.
weit seine Amtsbefugniß geht, auf ihr Ansuchen hülfsreiche
Hand.

§. 6. Um seine Amtspflicht in dieser Hinsicht erfüllen zu können, läßt er das an dem Amtssitze befindliche Mandatenbuch fleißig nachtragen, und bestrebt sich mit dem Inhalte desselben genau bekannt zu werden.

2) der rechtskräftigen Urtheile.

§. 7. In Betreff der Vollziehung der Urtheile tritt er an die Stelle des Oberamtmanns. Er vollzieht sowohl die rechtskräftigen Strafurtheile nach den vorhandenen Instruktionen, als die rechtskräftigen Urtheile in Civilsachen nach den Bestimmungen des neunten Titels des besondern Theils des Gesetzes über das gerichtliche Verfahren in Civil-Rechtsachen: doch müssen die Verbote (P. 338 und 342) von dem Richter erlassen, und die Strafurtheile gegen die Uebertreter derselben von diesem gefällt werden.

A u f s i c h t ü b e r

1) die Beamten.

§. 8. Der Regierungstatthalter wacht über die Amtsführung der angestellten Geistlichen, der Schullehrer und der weltlichen Beamten seines Bezirkes: namentlich über diejenige der Unterstatthalter, der Gemeindevorgesetzten, der Schaffner, der Polizei-, Forst-, Straßen-, Zoll- u. Beamten, und macht, daß auch sie, so viel an ihnen ist, die Gesetze vollziehen. Er hat die Aufsicht über die Ortspolizei, und ist berechtigt, den Gemeinds- und den Bürgerversammlungen, und den Versammlungen der Stadt- und Gemeindevorstände beizuwohnen und die Protokolle derselben einzusehen.

§. 9. Um seine Amtspflicht in dieser Hinsicht erfüllen

3. Dezember zu können, muß er sich mit den Instruktionen dieser Beamten, und mit den Gesetzen, welche ihre Amtsführung betreffen, bekannt machen.

1831.

§. 10. Die in dem Amtsbezirke angestellten Beamten sollen den Regierungsstatthalter zu jeder Zeit von den Schriften, die ihre Verwaltung betreffen, Einsicht nehmen lassen, und diejenigen derselben, welche Kassen führen, ihm auf sein Verlangen den Kassabestand vorweisen.

2) die Amtschreiberei und die Untergerichte.

§. 11. Die Amtschreiberei, die Behörden, welchen die Gerichtsbarkeit in nicht streitigen Rechtsachen zusteht, und die öffentlichen Schreiber stehen unter seiner Aufsicht. Er soll von Zeit zu Zeit nachsehen, ob die Grundbücher und die Manuale der Amtschreiberei fleißig nachgetragen und gehörig registrirt werden, und, ob die Archive sich in guter Ordnung befinden.

§. 12. Der Regierungsstatthalter soll Pflichtverletzungen der Unterbeamten, so wie sie ihm bekannt geworden, dem Regierungsrathe anzeigen, und dieser Behörde am Ende des Jahres einen umständlichen Bericht über die Amtsführung der geistlichen und der weltlichen Beamten seines Bezirkes einreichen.

P o l i z e i.

1) Handhabung der Ruhe und Ordnung.

§. 13. Er wacht über die Handhabung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in seinem Amtsbezirke. Er kann zu dem Ende von Amtswegen Verbote und provisorische Verfügungen verhängen; er soll aber jede Verfügung in Partesachen, wie z. B. Verbote zum Schutze eines Besitzstandes, provisorische Verfügungen zum Schutze eines Civilrechtes u., an die competente Gerichtsbehörde weisen. Die Staats- Polizeidiener stehen ihm zu Befehl.

§. 14. Er trifft die nothwendigen Vorkehrungen zu 3. Dezember 1831.
Verhinderung der Schaden, die durch Naturzufälle, durch die Nachlässigkeit von Menschen, oder durch schädliche Thiere verursacht werden könnten.

§. 15. Von jedem Ereignisse, welches die öffentliche Ruhe und Ordnung bedroht oder stört, soll er dem Regierungsrathe sogleich Nachricht geben.

2) Sittenpolizei.

§. 16. Der Regierungsstatthalter soll die Religion und die Sittlichkeit durch seine Anordnungen und sein Beispiel, und durch die Unterstützung der pflichtmäßigen Bemühungen der Pfarrer, der Vorgesetzten und der Schullehrer befördern. Er soll darauf achten lassen, daß bei den öffentlichen Vergnügungen, die er bewilligt, die Zucht und die Ehrbarkeit nicht gefährdet werden, und dafür sorgen, daß die Wirthe und die Weinschenke sich in den gesetzlichen Schranken halten, und der Unsittlichkeit keinen Unterschlauf gestatten.

3) Armenpolizei.

§. 17. In Betreff der Aufsicht über die Verpflegung der Armen tritt er in die Verpflichtungen ein, welche die bestehenden Gesetze dem Oberamtmann auflegen. Er soll alljährlich dem Regierungsrathe einen umständlichen Bericht über den Zustand der Armen seines Amtsbezirkes eingeben, und ihm Vorschläge machen, wie dieselben auf eine zweckmäßige Weise durch Anweisung von Arbeit oder sonst unterstützt werden könnten.

4) Vormundschafts-polizei.

§. 18. In Betreff der Ausübung der Vormundschafts-polizei tritt er gleichfalls in die Rechte und in die Verpflichtungen ein, welche der dritte und der vierte Titel des Personenrechts dem Oberamtmann ertheilt und auferlegt.

3. Dezember 1831. Wenn die Begründtheit des Antrages zu der Bevogtung eines Mehrjährigen untersucht werden muß (§. 219), so übermacht der Regierungsstatthalter, nachdem er allenfalls eine provisorische Verfügung verhängt hat (§. 218), die Akten dem Richter, welcher die Untersuchung führt und nach der Vollendung derselben die Sache dem Amtsgerichte zu der Beurtheilung vorlegt.

5) Fremdenpolizei.

§. 19. Er hat die Aufsicht über die Fremden, die sich in seinem Amtsbezirke befinden, und soll sich in dieser Hinsicht an die Verordnung vom 21. Christmonat 1816 (Neue Sammlung der Gesetze und Dekrete, erster Theil, Seite 230) und an die übrigen Gesetze halten, die sich hierauf beziehen. Auf Strolchen und Bagabunde muß er ein besonders wachsames Auge haben und nach der bestehenden Vorschrift mit ihnen verfahren.

6) Kriminalpolizei.

a) Aufsicht über verdächtige Personen.

§. 20. Er soll gleichfalls diejenigen Amtsangehörigen, welche wegen Verbrechen bestraft worden, oder verdächtig sind, dergleichen begangen zu haben, fleißig beobachten lassen.

b) Anzeigen von Verbrechen und Vergehen.

§. 21. Der Regierungsstatthalter nimmt die Anzeigen über Verbrechen und Vergehen an und führt darüber eine Kontrolle, auf welcher die Verfügungen zu bemerken sind, die er auf jede solche getroffen. Aus dieser Kontrolle soll er alle Monate einen Auszug an das Justiz- und Polizei-Departement senden.

V e r f a h r e n

a) bei schweren Verbrechen oder Vergehen.

§. 22. Wenn der Regierungsstatthalter durch einen glaubwürdigen Bericht oder auf eine andere Weise Kennt-

niß erhält, daß ein Verbrechen oder ein Vergehen in sei- 3. Dezember
nem Amtsbezirke verübt worden, welches von Amtswegen 1831.
zu bestrafen ist, so soll er ohne Säumniß dafür sorgen,
den Beweis der Merkmale der That zur Hand zu bringen
und sich Anzeigen in Betreff des Urhebers desselben zu ver-
schaffen.

§. 23. Wird eine Person unter verdächtigen Umstän-
den todt gefunden, oder ereignet sich innerhalb des Amts-
bezirkes ein Brandschaden, so soll er sogleich eine Unter-
suchung über die Ursache des Unfalls veranstalten.

§. 24. Ist ein Verbrechen oder ein Vergehen in dem
Amtsbezirke verübt worden, welches mit der Todes-, mit
der Schellenwerk-, oder mit der Zuchthausstrafe bedroht ist,
wie eine Brandstiftung, eine Tödtung, eine gefährliche
Verwundung, ein Diebstahl mit Einbruch 2c., so soll sich
der Regierungsstatthalter mit seinem Schreiber und den
allenfalls erforderlichen Sachverständigen sogleich an den
Ort verfügen, wo die Spuren des Verbrechens zu erheben
sind, und ein vollständiges Protokoll über alle Umstände
aufnehmen, welche dem Gerichte Aufschluß über die That
und über die Weise geben können, wie sie vollbracht worden.
Der Regierungsstatthalter ist berechtigt, den Richter zu dem
Augenschein einzuladen.

§. 25. Todt gefundene, schwer verwundete und solche
Personen, an deren Leib sich Merkmale eines Verbrechens
finden können, müssen in Gegenwart des Regierungs-
statthalters, oder eines von ihm hiezu beauftragten Beamten
durch Aerzte untersucht werden, welche über das Ergebniß
ihrer Untersuchung einen kurstmässig abgefaßten Befundschein
zu den Akten zu geben haben, der sowohl die Angabe der
Verletzungen, und der verdächtigen Merkmale, die sie an
dem, in allen seinen Theilen untersuchten Körper gefunden,

3. Dezember als ihre aus diesen Verletzungen hergeleiteten Schlüsse über 1831. die Art und die Folgen derselben enthalten soll.

§. 26. Der Regierungsstatthalter soll die Personen, welche über den Unfall Auskunft geben können, jede besonders, so daß keine Verabredung zwischen ihnen statt finden kann, summarisch zu Protokoll verhören. Er hat die Befugniß, Hausfuchungen zu veranstalten, und Schriften und verdächtige Sachen in Beschlag zu nehmen, wenn er hinlängliche Gründe zu der Vermuthung hat, dadurch auf die Spur des Urhebers des Verbrechens zu kommen. Die Schriften, die er in Beschlag nimmt, müssen in Gegenwart des Betheiligten, oder wenn dieser nicht anwesend ist, in Gegenwart von Zeugen, von ihm und von dem Betheiligten, oder von einem der Zeugen versiegelt und die andern Sachen im Protokoll angemerkt werden, ehe er sie wegnimmt.

§. 27. Bei nahen Anzeigen, daß eine bestimmte Person das Verbrechen oder das Vergehen verübt haben möchte, soll er dieselbe, je nach der Größe des Verbrechens und dem Grade des Verdachts, in mehr oder weniger enge Verwahrung nehmen, um ihre Entweichung und ihr Einverständniß mit andern Personen zu verhindern, was jedoch ihrer Ehre durchaus unnachtheilig seyn, und ihr nie zum Vorwurf gemacht werden soll.

§. 28. Hat sich die verdächtige Person entfernt, so soll er sowohl dem Justiz- und Polizei-Departement, als der Centralpolizei, den benachbarten Regierungsstatthaltern und den Polizeibehörden der Gränzämter der benachbarten Kantone unverweilt das Signalement derselben übermachen, damit für ihre Einbringung gesorgt werden könne.

§. 29. Der Regierungsstatthalter soll den Beschluß, durch welchen er eine Hausfuchung, eine Beschlagnahme von Schriften oder von verdächtigen Sachen, oder eine Verhaftung anordnet, mit den Gründen, die ihn dazu be-

stimmt haben, zu Protokoll geben und dem Betheiligten 3. Dezember
auf sein Verlangen einen Protokolls-Auszug, mit Auslassung 1831.
des Namens des Anzeigers, zufertigen lassen, welchem das
Verzeichniß der allenfalls in Beschlag genommenen Sachen
einzurücken ist. Er soll die Verhaftungen, die er nach Art. 27
verhängt, dem Präsident des Amtsgerichts sogleich anzeigen.

§. 30. Nach Vollendung der Voruntersuchung über-
macht der Regierungsstatthalter die Akten, und die in Be-
schlag genommenen Sachen und Schriften sogleich dem
Präsidenten des Amtsgerichts, und stellt die Personen zu
seiner Verfügung, die er dieser Sache wegen in Verhaft
genommen.

b) bei geringern Verbrechen und Vergehen.

§. 31. Wenn der Regierungsstatthalter durch einen
glaubwürdigen Bericht, oder auf andere Weise Kenntniß
erhält, daß ein Verbrechen oder ein Vergehen in seinem
Amtsbezirke verübt worden, welches bloß mit einer Geld-,
mit einer Gefangenschafts- oder mit einer Leistungsstrafe
bedroht ist, aber von Amtswegen geahndet werden soll, so
untersucht er summarisch die Begründtheit des Verdachts,
und übermacht, auch wenn dieser durch die Vorunter-
suchung nicht aufgehellt wird, die Akten dem Präsidenten
des Amtsgerichts.

§. 32. Zu den Polizeivergehen sind auch die Straffälle
der Verwaltungspolizei zu zählen (Prozeßform für Admini-
strativstreitigkeiten, zweiter Abschnitt), welche von nun an
von der Gerichtsbehörde beurtheilt werden sollen.

§. 33. Die Gefangenschaften stehen unter der Aufsicht
und Besorgung des Regierungsstatthalters. Der Gerichts-
präsident soll wenigstens alle Monate einmal die Gefangenen
besuchen, um zu erfahren, ob sie den Vorschriften gemäß
behandelt werden. Er hat das Recht, hierüber an das
Justiz- und Polizei-Departement einzuberichten.

5. Dezember

1851.

Administrativfälle.

§. 34. Der Regierungsstatthalter tritt bei der Verhandlung und der Beurtheilung der Rechtsstreitigkeiten in Verwaltungssachen, mit Ausnahme der Straffälle (32), an die Stelle des Oberamtmanns.

§. 35. Der Regierungsstatthalter besiegelt alle Akten, die in dem Amtsbezirk ausgefertigt werden und nach den bestehenden Gesetzen das Siegel tragen sollen, mit Ausnahme der gerichtlichen, mit dem Amtssiegel.

Legalisation der Zuschriften an die Regierung.

§. 36. Die Vorstellungen, welche nach dem Art. 17 der Verfassung an den Großen Rath, an den Regierungsrath oder an ein Departement desselben erlassen werden, müssen, um von der Behörde angenommen zu werden, von einem Mitgliede des Großen Rathes, oder von dem Regierungsstatthalter, oder von dem Präsident des Amtsgerichts, oder von einem Notar legalisirt seyn. Die Legalisation geschieht unentgeltlich.

II. Unterstatthalter.

Rechte und Pflichten.

§. 37. Der Unterstatthalter ist der Stellvertreter des Regierungsstatthalters in dem Gemeindsbezirke, für welchen er angestellt ist, und der Vorsitz der Behörde, welcher die Gerichtsbarkeit in nicht streitigen Rechtsachen zusteht. Er sorgt für die Vollziehung der Gesetze, für die Handhabung der öffentlichen Ruhe und Ordnung, und befolgt die Aufträge des Regierungsstatthalters. Er kann dazu die Ortspolizeidiener, nach Maßgabe der Instruktion vom 1. März 1823, in Anspruch nehmen.

§. 38. Ihm liegt die Bekanntmachung der Gesetze und Verordnungen in seinem Gemeindsbezirke ob; er soll dafür

sorgen, daß dieselben, so wie die von dem Regierungstatthalter bewilligten Verleszettel in Privat-Angelegenheiten, nach beendigtem Gottesdienste durch einen weltlichen Beamten öffentlich verlesen und an den gewohnten Orten angeheftet werden. Der Beamte, welcher die Verlesung besorgt, hat die daherige Gebühr zu beziehen. Der Unterstatthalter soll über die geschehenen Verlesungen eine Kontrolle führen.

§. 39. Der Unterstatthalter soll dem Regierungstatthalter von allen wichtigen Vorfällen, die sich in seinem Bezirke ereignen, sogleich Bericht erstatten.

Wenn grobe Verbrechen begangen, oder aus Umständen, z. B. dem Auffinden eines Leichnams mit verdächtigen Merkmalen, die Vermuthung entsteht, daß ein solches begangen worden seyn möchte; so trifft er die nöthigen Anstalten, daß die Spuren der That bis auf weitem Befehl nicht mehr verrückt werden, als die ärztliche Fürsorge für verunglückte Personen es nothwendig macht, und daß die Personen, auf denen ein Verdacht haftet, daß sie Urheber des Verbrechens seyn könnten, sich weder entfernen, noch sich mit einander einverstehen können.

§. 40. Bei Verbrechen und Vergehen, welche bloß mit einer Geld-, mit einer Gefangenschafts-, oder mit einer Leistungsstrafe bedroht sind, aber gleichwohl von Amts wegen geahndet werden sollen, nimmt er die Erklärung der Personen, die darüber Auskunft geben können, zu Protokoll, und übersendet dem Regierungstatthalter seinen Bericht.

§. 41. Bei Unglücksfällen, die sich in seinem Gemeindebezirk ereignen, liegt ihm die Aufsicht über die Hülfsanstalten, und wenn nicht eigene Beamte mit der Leitung derselben beauftragt sind, diese ob. Die Ortsvorgesetzten sollen ihm hierin mit Rath und That an die Hand gehen.

§. 42. Der Unterstatthalter kann Personen, welche sich an den Gemeindeversammlungen ungebührlich aufführen,

3. Dezember Nachtlärm und Unruhe erregen, und sich auf vorhergegangene Warnung nicht zur Ruhe begeben, dem Regierungsstatthalter zuführen lassen, welcher sie mit einem Verweise entlassen, oder sie zur Bestrafung an das Gericht verweisen kann.

III. Kanzlei des Regierungsstatthalters.

§. 43. Der Regierungsstatthalter hat seine eigene Kanzlei. Bis die hierzu nöthigen Anordnungen gesetzlich bestimmt seyn werden, ist die Amtschreiberei die gemeinschaftliche Kanzlei der Regierungs- und der gerichtlichen Behörden des Amtsbezirks. Der Amtschreiber gibt dem Regierungsstatthalter einen tüchtigen Schreiber an die Hand, der für diese Stelle einen besondern Eid zu leisten hat.

§. 44. Dieser Schreiber führt vor dem Verhör des Regierungsstatthalters das Protokoll, und besorgt die Korrespondenz und die Registratur der laufenden Geschäfte und der Manual-Akten.

§. 45. Die Ausfertigungen, welche der Schreiber des Regierungsstatthalters nicht zu Stande bringen kann, werden von dem Amtschreiber besorgt, der einstweilen auch die Aufsicht über das Archiv des Regierungsstatthalters hat, und für die Vollständigkeit der Registratur verantwortlich ist.

IV. A b w a r t.

§. 46. Der Amtswibel dient dem Regierungsstatthalter zur Abwart, und verrichtet seine Aufträge. Sein Zeugniß über seine Verrichtungen hat Beweiskraft.

V. E i d e.

Eid des Regierungsstatthalters.

§. 47. Es schwört der Regierungsstatthalter: der Republik Bern Treu und Wahrheit zu leisten; derselben

Nutzen zu fördern und Schaden zu wenden; die Gesetze 3. December
und die Verordnungen und die Befehle des Regierungsrathes zu vollziehen, und durch die Beamten seines Amtes 1831.
bezirktes vollziehen zu machen; die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung aus allen Kräften zu handhaben, den Regierungsrath schleunig zu berichten, wenn sie gestört oder bedroht werden, auch demselben von allen Ereignissen Nachricht zu geben, die ihm bekannt werden, und deren Kenntniß dieser Behörde nützlich seyn könnte; Jedermann nach Kräften bei seinem Rechte zu schützen; als Administrativrichter strenges Recht zu halten; in der Handhabung der Polizei sich der größten Wachsamkeit und Unparteilichkeit zu befleißigen; seine Amtsbefugnisse nicht zu überschreiten; Mieth und Gaben weder selbst anzunehmen, noch durch die Seinigen annehmen zu lassen; überhaupt in allen Punkten dem Gesetze über die Amtspflichten des Regierungstatthalters genau nachzukommen, und alles zu thun, was ein getreuer Beamter seinem Vaterlande und der Regierung desselben schuldig ist. Alle Gefährde ic.

Eid des Unterstatthalters.

§. 48. Es schwört der Unterstatthalter: der Republik Bern Treu und Wahrheit zu leisten; derselben Nutzen zu fördern und Schaden zu wenden; die Gesetze, und die Verordnungen und die Befehle des Regierungsrathes zu vollziehen; die Aufträge des Regierungstatthalters zu befolgen, demselben von allen Ereignissen, die ihm (dem Schwörenden) bekannt werden, welche die öffentliche Ruhe und Sicherheit stören, oder dem Regierungstatthalter zu wissen nöthig seyn möchten, sogleich Nachricht zu geben; für die Ruhe und Ordnung der Kirchgemeinde nach Kräften zu sorgen; sich in der Ausübung seiner Amtspflichten der größten Unparteilichkeit zu befleißigen; Mieth und Gaben weder selbst anzunehmen, noch durch die Seinigen annehmen

3. Dezember zu lassen; dem Gesetze über die Amtspflichten des Unterstatthalters genau nachzukommen, und alles zu thun, was ein getreuer Beamter seinem Vaterlande und der Regierung desselben schuldig ist. Alle Gefährde &c.

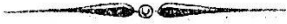
§. 49. Der Regierungsrath ist ermächtigt, den Sinn dieses Gesetzes zu erklären, wenn die Worte desselben zu einem Zweifel Anlaß geben sollten.

§. 50. Das vorstehende Gesetz tritt sofort auf eine Probezeit von drei Jahren, vom 1. Januar 1832 an, in Kraft. Nach Ablauf dieser Probezeit sollen der Regierungsrath und die Sechszehner auf die Bestätigung, oder auf allenfalls nöthige Abänderungen desselben antragen. Es soll gedruckt und durch die Austheilung an die Beamten und die Gemeinden und die Aufnahme in die Sammlung der Gesetze bekannt gemacht werden.

Gegeben in der Versammlung des Großen Rathes,
den 3. Dezember 1831.

Der Landammann,
v o n L e r b e r,

Der Staatschreiber,
F. May.



G e s e z
über die
**Organisation der Gerichtsbehörden der
ersten Instanz.**

Wir, der Landammann und Große Rath der 3. Dezember
Republik Bern, 1831.
t h u n k u n d h i e r m i t:

Da nach den Bestimmungen der Verfassung den Amtsgerichten neben der Civil- und der Polizei-Gerichtsbarkheit einstweilen auch die Kriminal-Gerichtsbarkheit innerhalb ihrer Amtsbezirke zustehen soll, so haben Wir nöthig erachtet, ihre daherigen Rechte und Verpflichtungen näher zu bestimmen, und auf den Antrag des Regierungsraths und der Sechszehner

v e r o r d n e t:

Verwaltung der Rechtspflege.

§. 1. Die Rechtspflege in erster Instanz wird durch den Präsident des Amtsgerichts, als Richter, und durch das Amtsgericht verwaltet.

Der Richter soll den Amtsbezirk nie länger als vier Tage, auch nicht mehr als acht Tage in einem Monat, ohne Bewilligung des Regierungsrathes verlassen. Er soll weder ein Handwerk, noch den Beruf eines Advokaten, eines Rechtsagenten, eines Notars, oder eines Arztes ausüben, noch auf eigene Rechnung Getränke ausschenken lassen, und die Beisitzer des Amtsgerichts sollen in dem Gerichtsbezirke weder den Beruf eines Advokaten oder eines Rechtsagenten ausüben, noch auf eigene Rechnung Getränke ausschenken lassen.

3. Dezember 1831. §. 2. Der Regierungsbrath ernennt auf den zweifachen Vorschlag des Amtsgerichtes, aus der Zahl der Beisitzer, dem Richter einen Stellvertreter für Fälle von Krankheit oder Abwesenheit.

1) Richter.

§. 3. Der Richter leitet die gerichtlichen Untersuchungen und Verhandlungen und beurtheilt die Civil- und die Strafsfälle, deren Beurtheilung das Gesetz ihm überträgt.

§. 4. Er bewilligt die in dem Amtsbezirke zu bestellenden Weibelsverrichtungen (P. 73) und die Verbote zum Schutze von Civilrechten (C. 362 und P. 338, 342).

2) Amtsgericht.

§. 5. Das Amtsgericht ist das ordentliche Civil- und Polizeigericht, und, bis zu der Aufstellung der Kriminalgerichte, auch das ordentliche Kriminalgericht des Amtsbezirks.

Allgemeine Bestimmungen.

§. 6. Dasselbe hält seine Sitzungen in dem Lokal, das ihm der Regierungsbrath dafür anweisen wird. Eben- daselbst hält der Richter sein öffentliches Verhör in Civilsachen.

§. 7. Zu der Fällung eines Urtheils muß das Amtsgericht vollzählig seyn. Für abwesende Beisitzer soll der Richter Ersazmänner (Suppleanten), und wenn die ordentlichen Ersazmänner nicht ausreichen, außerordentliche, aus der Zahl der Gemeindevorgesetzten, mit Ausnahme der Unterstatthalter, einberufen, welche von dem Amtsgerichte dazu bezeichnet worden. Die Ersazmänner sind bei ihrer ersten Einberufung von dem Präsidenten zu beeidigen. (P. 2).

§. 8. Die bestehenden Gerichtskreise sind einstweilen beibehalten.

§. 9. Die Protokolle der Verhandlungen, die vor dem Verhöre des Richters und vor demjenigen des Amtsgerichts

vor sich gehen, sollen, so wie die Beschlüsse und die Urtheile der einen und der andern dieser Behörden, in das Manual derselben eingetragen, und die Ausfertigungen von dem Richter und von dem Gerichtsschreiber unterschrieben und mit dem Gerichtssiegel versehen werden. 3. Dezember 1831.

Rechte und Pflichten des Richters und des Gerichts.

A. In Civilsachen.

§. 10. Die Bestimmungen des ersten Titels des allgemeinen Theils des Gesetzbuches über das gerichtliche Verfahren in Betreff der Organisation der Gerichtsbehörden in Civilsachen bleiben in Kraft.

§. 11. Die Rechte und die Pflichten des Richters und des Amtsgerichts bei der Verhandlung und der Beurtheilung von Civilsachen sind in allen Theilen die gleichen, welche jenes Gesetzbuch diesen Behörden erteilt und aufgelegt. Die Amtsgerichte sollen die Geschäfte zum Spruche übernehmen, welche ihnen von den Betheiligten unbedingt dazu übertragen werden. (C. 767).

B. In Ehegerichtssachen.

§. 12. In dem reformirten Theile des Kantons treten die Sittengerichte, welche nach dem Art. 94 der Verfassung in den Kirchengemeinden aufgestellt werden sollen, an die Stelle der Chorgerichte: dieselben stehen zu dem Amtsgerichte in dem gleichen Verhältnisse, in welchem die Chorgerichte zu dem Ehegerichte gestanden sind. Der Pfarrer der Kirchengemeinde ist in Folge seines Amtes Beisitzer des Sittengerichts.

§. 13. Es liegt dem Sittengerichte insbesondere ob, den Ehefrieden unter den Gemeindbewohnern zu befördern und Ehegatten, die sich nicht mit einander vertragen, zur Verträglichkeit zu ermahnen. Bei Ehegatten, welche auf

3. Dezember eine Einstellung oder auf eine Scheidung ihrer Ehe antragen wollen, ist die Verhandlung vor dem Sittengerichte als der Ausöhnungsversuch anzusehen. (P. 138).

§. 14. Prozesse in Ehe-Einstellungs- und in Scheidungssachen sind vor dem Richter zu verhandeln, und von dem Amtsgerichte, welches nun an die Stelle des Ehegerichtes tritt, zu beurtheilen. Der Richter kann auf den Antrag eines oder beider streitenden Theile, oder wenn er es schicklich erachtet, bei der Verhandlung einer solchen Sache die Zuhörer zum Austritte vermahnen.

§. 15. Alle Urtheile, durch welche auf eine Ehescheidung erkannt wird, und die von den Betheiligten selbst nicht weiter gezogen werden, sind dem Obergerichte zur Revision einzusenden, welches das endliche Urtheil spricht, ohne in dem letztern Falle die streitenden Theile vor sich zu bescheiden.

§. 16. Die Mitglieder des Sittengerichts treten in Betreff der Anzeigen von außerehelichen Schwangerschaften an die Stelle der Mitglieder des Chorgerichtes; die Sittengerichte, in Betreff der Abhörung der schwangern Weibspersonen und der Mittheilung der Anzeige derselben an den Beklagten, an die Stelle der Chorgerichte (Civilgesetzbuch, Sitzung 173 bis und mit 178. Gesetz über den Kindermord vom 18. Hornung 1823), und das Amtsgericht an die Stelle des Ehegerichtes.

Bis zu der Einführung der Sittengerichte setzt das Ehegericht seine Berrichtungen als Chorgericht der Stadt Bern, und die Chorgerichte auf dem Lande die Berrichtungen fort, die ihnen bisher in dieser Beziehung obgelegen sind.

§. 17. Die Klage der Mutter gegen den Urheber der Schwangerschaft muß wie eine Civilklage bei dem Richter angebracht werden. Dieser eröffnet ihr, ohne fernern Ausöhnungsversuch, durch die Bewilligung der ersten Vor-

ladung, das Recht, und weist die Sache nach vorherge- 3. Dezember
gangener summarischer Verhandlung derselben, zur Be- 1831.
urtheilung an das Amtsgericht.

C. In Polizeisachen.

§. 18. Der Richter führt die Hauptuntersuchung über die Anzeigen von geringern Verbrechen und Vergehen, die nach dem §. 29 des Gesetzes über die Amtspflichten des Regierungsstatthalters von diesem vorläufig untersucht und dem Richter zum weitem Verfahren zugewiesen worden, und legt nach vollendeter Untersuchung die Akten dem Amtsgerichte zur Beurtheilung vor.

§. 19. Von einem Strafurtheile des Amtsgerichts, welches eine Geldstrafe von einhundert Franken, oder eine Polizei-Gefangenschaft von zehn Tagen übersteigt, findet die Weiterziehung an das Obergericht statt.

§. 20. In Sittenpolizei-Sachen und in Strafpolizei-Sachen, die nicht von Amtswegen zu ahnden sind, wie z. B. geringere Frevel, Uebertretungen von Verboten in Civilsachen, ungesittetes Betragen gegen Beamte, fällt der Richter, nach vorhergegangener summarischer Untersuchung derselben, das Urtheil.

§. 21. Von einem Strafurtheile des Richters, welches eine Geldstrafe von zwanzig Franken, oder eine Polizei-Gefangenschaft von acht und vierzig Stunden übersteigt, findet die Weiterziehung an das Obergericht statt.

§. 22. Die Strafurtheile des Richters werden bloß auf Verlangen des Betheiligten, oder wenn er die Weiterziehung erklärt, förmlich ausgefertigt.

§. 23. Die Weiterziehung eines Strafurtheils in Polizeisachen muß binnen der Nothfrist von vierzehn Tagen, von der Eröffnung desselben an zu rechnen, bei dem Richter des Amtsgerichts, welcher dasselbe gefällt, oder welcher selbst geurtheilt, erklärt werden.

3. Dezember 1831. §. 24. Dieser soll den Tag, wann es geschehen, in das Urtheil einschreiben und in die Kontrolle eintragen, und dem Appellant und seinem Advokat Gelegenheit verschaffen, die Akten einzusehen.

§. 25. Von der Erklärung der Weiterziehung an soll der Appellant binnen der Nothfrist von dreißig Tagen seine Beschwerdeschrift zu den Akten geben und der Richter diese dem Obergerichte übermachen.

Hat der Appellant einen Gegner, so muß er es ihm anzeigen, wenn er eine Beschwerdeschrift einzureichen gedenkt, und dem Richter das Zeugniß, daß dieses geschehen sey, bei der Einreichung derselben vorweisen. Der Richter soll hierauf dem Appellant und seinem Advokat Gelegenheit verschaffen, die Akten und die Beschwerdeschrift einzusehen, und ihm von diesem Zeitpunkt hinweg eine Nothfrist von dreißig Tagen zu Einreichung seiner Antwortschrift bestimmen. In diesem Falle übermacht er die Akten erst nach dem Ablauf der zweiten Nothfrist dem Obergerichte.

D. In Kriminalsachen.

§. 26. Wenn der Regierungsstatthalter dem Richter die Akten der Voruntersuchung eines schweren Verbrechens oder Vergehens übermacht (Gesetz über die Amtspflichten des Regierungsstatthalters §. 30), so soll er zugleich die Personen zu seiner Verfügung stellen, die er dieser Sache wegen in Verwahrung genommen, und ihm auch die in Beschlagnahme genommenen Schriften und Sachen übergeben.

§. 27. Findet der Richter Bedenken, über die in den Akten enthaltenen Verdachtsgründe eine Hauptuntersuchung anzuheben, so soll er hierüber von dem Justiz- und Polizeidepartement eine Weisung verlangen.

§. 28. Diese Behörde soll, je nach den Umständen, den Richter anweisen, die Voruntersuchung zu vervollständigen, die Hauptuntersuchung anzuheben, oder, wegen aufgehelltem

oder nicht zureichendem Verdachte, die Untersuchung fallen zu lassen, oder sie einzustellen. 3. Dezember 1833.

§. 29. Auf die gleiche Weise hat sich der Richter an das Justiz- und Polizei-Departement zu wenden, wenn er Bedenken trägt, die eingezogenen Personen länger im Verhaft zu behalten. Gedenkt eine eingezogene Person um Entlassung aus dem Verhafte nachzusuchen, so muß sie ihr Begehren dem Richter eröffnen, welcher vor Anhebung der Hauptuntersuchung an das Justiz- und Polizei-Departement, und nach Anhebung derselben an das Obergericht darüber einberichten soll.

§. 30. Die betreffende Behörde kann auf den Bericht des Richters und nach der Bewandniß der Sachen, die eingezogene Person gegen Sicherheitsleistung, oder ohne solche, des Verhaftes entlassen.

§. 31. Die Hauptuntersuchung hat zum Zweck, die Thatfachen außer Zweifel zu setzen, auf welche sich das Urtheil gründen muß, nämlich:

- a) Den Thatbestand oder die Gewißheit, daß ein Verbrechen, und zwar ein Verbrechen einer bestimmten Art, z. B. eine Tödtung, ein Diebstahl mit Einbruch begangen worden, oder daß es nicht begangen worden.
- b) Den Urheber oder die Gewißheit, daß der Angeschuldigte dieses Verbrechen begangen, oder daß er es nicht begangen habe.
- c) Den Grad der bösen Absicht, welcher dem Urheber dabei zur Last fällt, und
- d) Die Umstände, die geeignet sind, auf die Schärfung oder auf die Milderung der Strafe einzuwirken.

§. 32. Der Richter hat das Recht, alle erlaubten Mittel zu gebrauchen, um den Zweck der Hauptuntersuchung zu erreichen. Wer ohne zureichende Entschuldigungs-

3. Dezember gründe seine Vorladung nicht befolgt, ist als ein wider-
 1831. spänstiger Zeuge anzusehen.

§. 33. Er hat das Recht, Vorführungs- und Verhaftsbefehle zu erlassen, Augenscheine zu veranstalten, und unter Beobachtung der Vorschrift des §. 29 des Gesetzes über die Amtspflichten des Regierungsstatthalters, Hausfuchungen anzubefehlen, Sachen und Schriften in Beschlagnahme zu nehmen und die letztern zu untersuchen. Die Staats-Polizeidiener stehen ihm hierin zu Befehl.

§. 34. Der Richter soll sich weder unwahrer Vorspiegelungen, noch Verheißungen oder Drohungen bedienen, die er nicht zu erfüllen im Stande ist, um dem Angeeschuldigten ein Geständniß abzulocken.

§. 35. Der Angeeschuldigte hat das Recht, sich auf Beweismittel zu berufen, die der Richter, in so weit es ihm möglich ist, zu den Akten bringen soll.

§. 36. Der Richter darf den Angeeschuldigten wegen Verletzung der Achtung, die er seinem Amte schuldig ist, oder wegen beharrlicher Verweigerung bestimmter Beantwortung seiner Fragen auf vier Tage in strengere Gefangenschaft setzen und ihm so viel von seiner gewöhnlichen Kost abbrechen, als ohne Nachtheil der Gesundheit geschehen kann. Härtere Ungehorsamsstrafen müssen durch das Amtsgericht angeordnet werden.

Der Beschluß, durch welchen der Richter oder das Gericht eine Ungehorsamsstrafe verhängt, ist in den Akten anzumerken.

§. 37. Der Regierungsrath und die Sechszehner sind ermächtigt, eine Instruktion über die Führung der Kriminal-Untersuchungen abfassen zu lassen, die dem Richter bis zu der Erlassung eines Kriminalgesetzes zum Leitfaden dienen soll; einstweilen muß sich derselbe an die Instruktion für

die Oberamtmänner und Amtsgerichte vom 5. August 1803 3. Dezember
(Gesetze und Dekrete, Theil I, Seite 145 u. ff.) halten. 1831.

§. 38. Wenn der Richter die im §. 31 bezeichneten Thatsachen so weit erörtert glaubt, als es die Umstände zulassen, so soll er die Akten dem Obergerichte übersenden und dieses ihn anweisen, unerledigte Punkte genauer zu erörtern, oder die Akten als beschloffen dem Amtsgerichte zur Beurtheilung vorzulegen.

§. 39. Nach dem Aktenbeschlusse soll der Richter den Angeschuldigten anfragen, ob er sich selbst vertheidigen, oder sich durch eine andere Person vertheidigen lassen wolle? und sowohl ihm als seinem Vertheidiger die Einsicht der Akten gestatten und dem letztern Gelegenheit verschaffen, den Angeschuldigten zu besuchen.

§. 40. Zieht der Angeschuldigte vor, sich erst bei der Beurtheilung des Obergerichts selbst zu vertheidigen oder durch eine andere Person vertheidigen zu lassen, so steht ihm dieses frei.

§. 41. Wenn bei der amtsgerichtlichen Beurtheilung Stimmen zu der Todesstrafe fallen, so soll selbst solchen Angeschuldigten, die auf das Recht zur Vertheidigung Verzicht gethan, von dem Präsident des Obergerichts ein fähiger Vertheidiger nach seiner Wahl gegeben werden. Ein Advokat, der ausserordentlicher Weise einen solchen Auftrag erhält, ist dafür bei den Geschäften, welche die Advokaten von Amtswegen übernehmen müssen, gehörig zu berücksichtigen.

§. 42. Der Angeschuldigte oder sein Vertheidiger hat das Recht, noch vor der Vertheidigung auf Bervollständigung der Akten anzutragen; das Gericht soll über jeden solchen Antrag, dem nicht bereits von dem Richter entsprochen worden, ein Urtheil fällen.

§. 43. Der Richter ernennt gleich nach dem Akten-

3. Dezember 1831. beschlusse ein Mitglied des Amtsgerichts zu der Entwerfung der Anklagsakte, in welcher die attestkundigen Thatsachen nach Anleitung des §. 31 auseinanderzusetzen sind und auf die Zufügung der gesetzlichen Strafe angetragen werden soll.

§. 44. Das Mitglied des Amtsgerichtes, welches die Anklagsakte verfaßt, darf weder an der Berathung, noch an der Fällung des Urtheils Theil nehmen. Ein Ersatzmann muß hiebei seine Stelle vertreten.

§. 45. Bei der Fällung des Urtheils soll über jeden der im §. 31 bestimmten Punkte eine besondere Umfrage statt finden.

§. 46. So wie das Urtheil gefällt und ausgefertigt ist, übermacht der Richter die Akten dem Obergerichte.

§. 47. Der Richter soll über alle Polizei- und Kriminalsachen, sie mögen ihm von dem Regierungstatthalter zugewiesen (§§. 18 und 26), oder bei ihm selbst anhängig gemacht worden seyn (§. 20), eine Kontrolle führen, auf welcher die Verfügung zu bemerken ist, die er in Betreff des Geschäfts getroffen. Aus dieser Kontrolle soll er alle Monat einen Auszug an das Justiz- und Polizei-Departement einsenden. Er soll auch alle Monat die Gefangenschaften besuchen, um zu erfahren, ob die Gefangenen den Vorschriften gemäß behandelt werden (Gesetz über die Amtspflichten des Regierungstatthalters §. 32), und wenn er von dem Regierungstatthalter zu einem Augenscheine eingeladen wird (ebendaselbst §. 24), dieser Einladung entsprechen: es sey denn, daß er durch Amtsgeschäfte daran verhindert werde.

K a n z l e i.

§. 48. Künftig soll das Amtsgericht seine eigene Kanzlei haben. Bis die nothwendigen Anordnungen dafür getroffen sind, ist der Amtschreiber der ordentliche Gerichtschreiber.

§. 49. Derselbe hat in seiner Eigenschaft als Gerichtsschreiber die gleichen Pflichten zu erfüllen, die er bisher in dieser Eigenschaft zu erfüllen hatte. 3. Dezember 1831.

A b w a r t.

§. 50. Das Gericht ernennt einen Gerichtswinkel, dessen Amtsgeschäfte in den Satzungen P. 5 und 74 bis und mit 76 bestimmt sind.

Eid des Amtsrichters.

§. 51. Es schwört der Amtsrichter (Präsident): der Republik Bern Treu und Wahrheit zu leisten, denselben Nutzen zu fördern und Schaden zu wenden; Jedermann, der ihn um gerichtliches Gehör anspricht, geneigtes Gehör zu geben; Niemand eine gesetzliche Rechtshilfe, für die ihn derselbe angeht, zu verweigern, oder eine gesetzwidrige zu gestatten; bei der Verhandlung der Prozesse die gesetzlichen Vorschriften genau zu befolgen; die Sachen, deren Beurtheilung das Gesetz ihm überläßt, nie ohne vorhergegangene genaue Untersuchung, und immer nach dem strengen Rechte zu beurtheilen, bei Untersuchungen von Verbrechen und Vergehen mit größter Vorsicht zu Werke zu gehen und nie durch ein unüberlegtes Verfahren weder die öffentliche Sicherheit noch das Recht des Angeschuldigten zu gefährden; sich zu der Auffindung der Wahrheit keiner unerlaubten Mittel zu bedienen, und die Thatfachen, welche für die Unschuld des Angeschuldigten zeugen, mit der gleichen Sorgfalt zu Tag zu fördern zu suchen, wie die, welche für seine Schuld zeugen. Ueberdies hat er noch den Eid der Beisitzer zu leisten.

Eid der Beisitzer des Amtsgerichts.

§. 52. Es schwören die Beisitzer des Amtsgerichts: der Republik Bern Treu und Wahrheit zu leisten, denselben Nutzen zu fördern und Schaden zu wenden; den

3. Dezember 1831. Sitzungen des Gerichts fleißig beizuwohnen; die vorkommenden Prozeßakten genau zu lesen, und die Vorträge der Betheiligten mit Aufmerksamkeit anzuhören, in Civil-, Polizei- und Criminal-Sachen nach bestem Wissen und Gewissen, ohne Ansehen der Person, nach den Gesetzen des Kantons zu urtheilen; zu verschweigen, worüber sie zur Verschwiegenheit ermahnt werden, und Alles, woraus Schaden oder Nachtheil entstehen könnte; die Meinungen, welche die übrigen Gerichtsglieder bei dem Urtheile geäußert, Niemand zu offenbaren; unter keinerlei Vorwand Mieth oder Gaben, weder selbst anzunehmen, noch durch die Seinigen annehmen zu lassen, und überhaupt Alles zu thun, was ein gewissenhafter und unparteiischer Richter Gott, seinem Gewissen und seinem Vaterlande schuldig ist. Alle Gefährde &c.

§. 53. Der Regierungsrath ist ermächtigt, den Sinn dieses Gesetzes zu erklären, wenn die Worte desselben zu einem Zweifel Anlaß geben sollten.

§. 54. Das vorstehende Gesetz tritt sofort auf eine Probezeit von drei Jahren, vom 1. Januar 1832 an, in Kraft. Nach Ablauf dieser Probezeit sollen der Regierungsrath und die Sechszehner auf die Bestätigung oder auf allenfalls nöthige Änderungen desselben antragen. Es soll gedruckt, durch die Austheilung an die Behörden und an die Gemeinden, und durch die Aufnahme in die Sammlung der Gesetze bekannt gemacht werden.

Gegeben in der Versammlung des Großen Rathes, den 3. Dezember 1831.

Der Landammann,
v o n L e r b e r.

Der Staatschreiber,
F. M a y.

P r o f l a m a t i o n.

Wir, der Landammann und Große Rath
der Republik Bern,
an das bernerische Volk.

Liebe Mitbürger! Als euere Stellvertreter die Verwaltung des Staates übernahmen, so fanden sie bei-
nahe alles neu zu schaffen. Die meisten öffentlichen Be-
amten hatten ihre Entlassung gegeben, und die Staats-
Organisation erforderte eine gänzliche den neuen gesell-
schaftlichen Bedürfnissen entsprechende Reform. Es mußte
daher die erste Sorge des Großen Rathes seyn, die ver-
schiedenen Behörden und Beamten aufzustellen und zu er-
nennen, und die vorzüglichsten zur Geschäftsübernahme
unumgänglich nothwendigen organischen Gesetze zu berathen.

3. Dezember
1831.

Diese vorläufigen eben so schwierigen als wichtigen
Arbeiten, ohne welche keine der in der Verfassung ent-
haltenen Versprechungen erfüllt werden könnte, und mit
denen Wir Uns ohne Unterbrechung beschäftigt haben, sind
jetzt beendet. Euere neue Regierung, liebe Mitbürger,
ist nunmehr durch sieben Departemente unterstützt, welche
ihr alle Bedürfnisse des Volkes vortragen werden. Das
Obergericht und die Regierungsstatthalter sind ernannt und
die Ernennung der Amtsgerichte wird in Kurzem geschehen.
Die organischen Gesetze, welche die Verrichtungen dieser
Beamten und Behörden bestimmen, sind erkannt.

Auf diesem Standpunkt seiner Arbeiten hat der Große
Rath sich zu vertagen beschlossen, um den Staatsbehörden
die nöthige Zeit zur Bereitung der Materialien auf die
künftige Sitzung zu lassen. Die Departemente sollen mit
Sorgfalt den Zustand des Kantons untersuchen und dem

3. Dezember Regierungsrath über die wünschbaren Verbesserungen Bez.
1831. richt erstatten. Sie haben das Staatsbudget für das Jahr 1832 vorzulegen, und eine wichtige Aufgabe für sie wird es seyn, die Wünsche des Landes zu prüfen, und die angemessenen Maßnahmen vorzuschlagen. Diese Uns durch das Uebergangsgesetz empfohlenen Wünsche beziehen sich theils auf Erleichterung von Abgaben, theils auf Revision von Gesetzen. Wir werden ihnen die größte Sorgfalt widmen und Unseren Pflichten gemäß das Interesse Aller im Auge behalten, indem Wir die Wohlfahrt der Einzelnen mit dem gemeinen Besten in Uebereinstimmung zu bringen trachten.

Eure neuen Regierungstatthalter, liebe Mitbürger, werden in Kurzem ihre Amtsverrichtungen antreten. Wir hoffen, daß in ihrer Verwaltung sich der Geist zeigen werde, der Uns belebt. Die gesellschaftlichen Verhältnisse befinden sich in fortschreitendem Gang. Ihre Entwicklung wollen Wir nicht verhindern, sondern vielmehr befördern, indem Wir sie leiten, damit sie euern gerechten Erwartungen entspreche und alle ihre Früchte trage.

Gegeben in Unserer Großen Rathversammlung, den
3. Dezember 1831.

Der Landammann,
v o n F e r b e r.

Der Staatschreiber,
F. M a y.

W a r n u n g

wegen verbotener Scheidemünzen.

Der Regierungsrath der Republik Bern,
aufmerksam gemacht, daß seit einiger Zeit wieder eine 5. Dezember
Menge schlechter, verbotener Scheidemünzen in Umlauf 1831.
gesetzt werden, wodurch die großen Anstrengungen und
Opfer, welche von Regierung und Partikularen seiner Zeit
zu Fortschaffung dieser Münzen gemacht worden sind, er-
folglos bleiben, und zum Nachtheil des Landes die groben
Sorten, wie früherhin, durch schlechte Scheidemünzen
verdrängt werden müssen, — hat nöthig erachtet, durch
gegenwärtige Publikation Jedermann, und besonders die
sämmlichen obrigkeitlichen Beamten zu ermahnen, auf die
pünktliche Vollziehung der Verordnung vom 13. Septem-
ber 1826, durch welche alle diejenigen Münzsorten unter
dem Franken- oder Zehnbagenstück, welche nicht das Ge-
präge der eidgenössischen Stände Bern, Freiburg, Solo-
thurn, Basel, Aargau und Waadt tragen, verboten und
gänzlich außer Kurs gesetzt worden sind, ein wachsames
Auge zu halten und die Widerhandelnden ohne Schonung
dem Richter zur Bestrafung anzuzeigen.

Vorstehende Publikation soll zu Jedermanns Warnung
und Verhalt von den Kanzeln verlesen und an den ge-
wohnten Orten angeschlagen werden.

Gegeben in Bern, den 5. Dezember 1831.

Der Schultheiß,

T s c h a r n e r.

Der Interimsrathsschreiber,
Wurstemberger.

Kreisschreiben

des

Regierungsrathes an die Amtsverweser, wegen Uebernahme der Geschäfte durch die Regierungsstatthalter, Gerichtspräsidenten und Amtsgerichte.

12. Dezember 1831. Wir haben wegen des Antrittes der Amtsverwaltung durch die erwählten Regierungsstatthalter, und der Uebernahme der Geschäfte durch die zu erwählenden Gerichtspräsidenten und Amtsgerichte, auf angehörten Vortrag des diplomatischen Departementes, Folgendes beschlossen:

1) Die Regierungsstatthalter und die Gerichtspräsidenten sollen ihre Stellen auf künftigen ersten Januar antreten, und vorher soll jedem von ihnen durch den bisherigen Amtsverweser der ihn betreffende Theil des Amtsarchivs übergeben werden.

2) Die Berrichtungen der neu zu erwählenden Amtsgerichte nehmen ebenfalls mit erstem Januar ihren Anfang.

3) Am 30. Dezember, des Vormittags um 10 Uhr, sollen sich in der Kirche des Hauptortes eines jeden Amtsbezirks versammeln:

Der bisherige Amtsverweser;

Der Regierungsstatthalter;

Der Gerichtspräsident;

Die Amtsrichter;

Die Suppleanten;

Die Gerichtsstatthalter;

Die Gemeindspräsidenten;

Der Amtschreiber;

Die Amts- und die Gerichtsweibel.

Allen diesen Beamten soll der Amtsverweser den Aufz. 12. Dezember 1831.
trag ertheilen, sich einzufinden. Ausserdem soll er durch
eine Publikation die sämmtlichen Herren Pfarrer und Be-
hörden des Amtsbezirks einladen, ebenfalls der Feierlich-
keit beizumohnen, und den Amtsangehörigen davon Kennt-
niß geben.

4) Vor gedachter Versammlung sollen das Amtspatent
und die Instruktion des Regierungsstatthalters verlesen und
hernach der Präsident und die Mitglieder des Amtsgerichts
durch den Regierungsstatthalter beeidigt werden.

Indem Euch, Tit., von diesen Verfügungen Kennt-
niß gegeben wird, erhaltet Ihr den Auftrag, alles dazu
Nöthige anzuordnen und seiner Zeit einen Bericht über
diese Einsetzung der neuen Beamten und Gerichtsbehörden
dem diplomatischen Departement einzusenden, so wie auch
allfällige fernere Weisungen über diesen Gegenstand von
demselben einzuholen.

Bern, den 12. Dezember 1831.

I n s t r u k t i o n .

d e s

Regierungsrathes für die Herren Regierungs-
statthalter.

Die Amtspflichten der Regierungsstatthalter sind grössten- 15. Dezember
theils in dem dahерigen Gesetz vom 3. Dezember 1831 1831.

15. Dezember 1831. enthalten, welches in allen Theilen genau befolgt werden soll. Außerdem wird ihnen noch folgende Instruktion ertheilt:

1. Sie sollen genaue Kenntniß der Verhältnisse, Wünsche und Bedürfnisse aller Einwohner des Amtsbezirks zu erhalten suchen und dieselben mit ihren Ansichten zur Kenntniß der Regierung bringen.

2. Sie sollen sich in allen Geschäften nach den Vorschriften der Verfassung und der bestehenden Gesetze und Verordnungen verhalten und sich bemühen, durch ihr ganzes Benehmen Achtung und Zutrauen zu erwerben.

3. Sie sollen in allen Geschäften nach bestem Wissen und Gewissen, ohne Ansehen der Person, verfahren, und sich weder durch Besorgniß von Feindschaft, noch durch Gunst oder Freundschaft von genauer Erfüllung ihrer Pflichten abwendig machen lassen. Besonders sollen sie den Armen, Wittwen und Waisen mit Rath und That beistehen.

4. Ihre Verhältnisse zu den richterlichen Behörden sind zwar durch das Gesetz über die Organisation derselben bestimmt, aber es wird ihnen noch ganz besonders, hinsichtlich der Geschäftsführung, ein gutes Einverständniß mit denselben und Handbietung empfohlen, damit dadurch die Sicherheit der Personen und des Eigenthums befördert werde.

5. Das ihnen übergebene Archiv des Oberamtes soll sorgfältig aufbewahrt werden, und alles neu Hinzukommende ist auf das Verzeichniß desselben zu bringen.

6. Eine ganz besondere Aufmerksamkeit sollen sie der Beförderung von Religiosität und Sittlichkeit und dem Erziehungs- und Schulwesen widmen. Sie sollen alles thun, was von ihnen abhängt, um die dahierigen Anstalten und

Einrichtungen nicht nur zu erhalten, sondern zu vervoll- 15. Dezember
kommen. 1831.

7. Bei allen ihnen zukommenden Ernennungen und Wahlvorschlägen von Unterbeamten, sollen sie sowohl die Fähigkeit, als den unbefleckten Ruf und die Moralität der betreffenden Personen im Auge haben.

8. Bei obwaltendem Zweifel über das, was in schwierigen, sich darbietenden, oder durch die bestehenden Gesetze nicht bestimmten Fällen, zu thun sey, werden sie sich an den Regierungsrath oder an das betreffende Departement wenden, um Verhaltungsbefehle oder Weisungen zu erhalten, denen sie in diesen und allen übrigen Fällen Folge zu leisten haben.

9. Außer den Berichten, von denen der §. 15 des Gesetzes redet, sollen dem Regierungsrathe auch noch Berichte über wichtigere Vorfälle gegeben werden, welche den ganzen Amtsbezirk oder einzelne Theile desselben, oder auch Personen betreffen.

10. Ueber alle Einnahmen und Ausgaben, welche sie für die Regierung zu machen haben, sollen sie getreue Rechnung führen und ablegen.

Gegeben in Bern, den 15. Dezember 1831.

Der Schultheiß,
E s c h a r n e r.
Der Staatschreiber,
F. May.

Kreis schreiben

des

Regierungsrathes,

wegen Vertretung der Gerichtspräsidenten.

22. Dezember 1831. Den Amtsgerichten wird die Weisung ertheilt, daß
jeweilen der älteste anwesende Amtsrichter im Erwählungs-
rang der Stellvertreter des Gerichtspräsidenten seyn solle.
Bern, den 22. Dezember 1831.

Kreis schreiben

des

Regierungsrathes an alle Regierungstatthalter,

wegen Uebernahme des Rechnungswesens.

24. Dezember 1831. Da erst in der künftigen Sitzung des Großen Rathes
ein Dekret über die Beamten wird gegeben werden, welche
in den Amtsbezirken die Besorgung der obrigkeitlichen Ein-
künfte übernehmen sollen, so haben Wir auf den Vortrag
des Finanzdepartements für nöthig erachtet, eine einst-
weilige Verfügung zu treffen, damit auf 1. Januar das

Rechnungswesen den abtretenden Oberamtännern oder 24. Dezember
 Amtsverwesern abgenommen werden könne. Demnach er- 1831.
 haltet Ihr, wie alle übrigen neuwählten Regierungs-
 statthalter, den Auftrag, auf gedachten Tag von den ab-
 tretenden Oberamtännern oder Amtsverwesern, die
 Bücher, Kassen und Vorräthe zu übernehmen, und die
 letztern, so wie überhaupt das Rechnungswesen im Amts-
 bezirk, bis zur Zeit der Einsetzung von Einnehmern zu
 verwalten; wobei Euch unbenommen bleibt, die Geschäfte
 und Vorräthe allfällig durch die bisherigen Schaffner be-
 sorgen zu lassen. Bei der Uebnahme ist von allen über-
 gegebenen Gegenständen ein Inventar zu ziehen und in drei
 Doppelten auszufertigen, wovon das eine dem Finanzdepar-
 tement einzusenden, das andere dem Vorgänger einzuhan-
 digen und das dritte von Euch zu behalten ist. Wegen
 allfälliger weiterer Weisungen über diesen Gegenstand
 wollet Ihr Euch an das Finanzdepartement wenden.

Bern, den 24. Dezember 1831.

F a h n e n e i d.

„Es schwören sämtliche Offiziere, Unteroffiziere und 26. Dezember
 „Soldaten der bernischen Truppen, der Republik Bern 1831.
 „Treue und Wahrheit zu leisten; derselben Nutzen zu
 „fördern und Schaden zu wenden; ihre bestehende Ver-
 „fassung, ihre Regierung, Religion und Rechte gegen
 „innere und äußere Feinde zu vertheidigen, auch nöthigen

26. Dezember 1831. „ Falls dafür und für die Vertheidigung des gemeinschweizerischen Vaterlandes Leib und Leben aufzuopfern, ihre Fahnen, Kanonen oder Standarten im Gefechte nicht zu verlassen; den Befehlen ihrer Obern geflissentlich und treu zu gehorchen, und überhaupt alles zu thun, was rechtschaffenen Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten gebührt.

Also vom Regierungsrath beschlossen den 26. Dezember 1831.

B e s c h l u ß

über die

provisorische Bestellung einer unterchgerichtlichen Behörde für die Stadt Bern.

29. Dezember 1831. Da zufolge des §. 91 der Verfassung, und des §. 12 u. ff. des Gesetzes vom 3. Dezember 1831, über die Organisation der Gerichtsbehörden in erster Instanz, die bisherigen Funktionen des Obergerichts als erstinstanzliches Gericht über alle Paternitäts- und Matrimonialstreitigkeiten des ganzen Kantons, demnächst aufhören sollen: nun aber diese Behörde zugleich auch die Berrichtungen eines Unterchorgerichts für die Stadt und den Bezirk von Bern versehen hat; als ist es, da die durch den §. 16 des erwähnten Gesetzes angeordnete Fortdauer gedachter Behörde in dieser Eigenschaft nicht stattfinden kann, zu Vermeidung jedes Stillstandes in dem Geschäftsgang, bis zu gesetzlicher

Organisation der Sittengerichte, nothwendig geworden, 29. Dezember
für die provisorische Bestellung einer unterchorgerichtlichen 1831.
Behörde der Stadt Bern, Vorsorge zu thun.

Demnach hat der Regierungsrath nothwendig befunden, diese Behörde einstweilen aus einem Präsidenten, nebst vier Mitgliedern und einem Sekretär zu bestellen, welche ihre Sitzungen in dem bisherigen VersammlungsSaale des obern Ehegerichts abhalten werden.

Dieselben haben für die Stadt Bern und deren Bezirk alle diejenigen Funktionen auszuüben, welche den Unterchorgerichten in Folge der Ehegerichtsfazung angewiesen, und durch die obangezogenen §§. 12 bis und mit 17 des Gesetzes vom 3. Dezember, den Sittengerichten in den Gemeinden zugetheilt sind.

Ihnen soll, so wie dem Sekretariate, eine, ihrer Mühe- walt und ihren Amtsverrichtungen angemessene Vergütung zugesichert seyn.

Sie haben ihre Funktionen vor dem 10. Januar 1832 anzutreten. Der bisherige Herr Ehegerichtsschreiber wird ihnen diejenigen Geschäfte zuweisen, welche sich hinter dem obern Ehegerichte, in so weit dasselbe die Stelle eines Unterchorgerichtes von Bern versah, noch unerledigt vorfinden, oder in der nächsten Zeit an selbigen gelangen möchten.

Sie führen über ihre Verhandlungen ein eigenes Protokoll, und der bisherige Chorweibel setzt seine Funktionen bei demselben fort. Ihnen stehen auch die Protokolle des obern Ehegerichtes zur Benutzung in vorkommenden Fällen offen.

Sie korrespondiren, je nach Erforderniß der vorkommenden Geschäfte, unmittelbar mit dem Präsidenten des Amtsgerichtes Bern oder dessen Stellvertreter, und allen Gerichtspräsidenten oder Regierungsstatthaltern sämtlicher

29. Dezember 1831. Amts- oder Gerichtsbezirke des Kantons, ferner mit der Centralpolizei und mit der Stadtpolizei von Bern.

Gegeben in Bern, den 29. Dezember 1831.

Der Schultheiß,

T s c h a r n e r.

Der erste Rathsschreiber,

Wurstemberger.

Freiſchreiben

des

Regierungsrathes an alle Chorgerichte,
wegen Aufhebung des Oberehegerichtes.

29. Dezember 1831. Da durch die Einſetzung der Amtsgerichte die bisherigen Berrichtungen des Oberehegerichts verfaſſungsmäßig aufhören ſollen, ſo tragen Wir Euch auf, von nun an Euere chorgerichtlichen Verhandlungen, Berichte und Einfragen direkt und ohne Mittelsperſon an den Präſidenten Eueres Amtsbezirkes gelangen zu laſſen.

Hinſichtlich derjenigen Verfügungen, die Ihr fernerhin in Vaterschafts- und Eheſachen zu treffen habet, werdet Ihr Euch an die §§. 12 bis und mit 17 des neuen Geſetzes vom 3. Dezember 1831 halten, welche vom 1. Januar 1832 hinweg in Kraft treten.

Ueber die wirklich bei dem Oberehegerichte noch rechtshängigen Geſchäfte werden die Akten allernächſtens von dem Ehegerichtſchreiber an die Amtsgerichte übermacht wer-

den, welche je nach deren Inhalt vor diesen fortzusetzen 29. Dezember
und von Euch allfällige Nachfragen daselbst zu halten sind. 1831.

Für die seit mehr als Jahr und Tag zurückgebliebenen
Akten und die unmöglich zu vertheilenden Obergerichts-
manuale, so wie auch das ältere Archiv von 1798, ist sich
im Fall nöthiger Berichte und Auszüge einstweilen an den
gewesenen Obergerichtsschreiber zu wenden.

Bern, den 29. Dezember 1831.

Kreisschreiben

des

Regierungsrathes an alle Amtsgerichte,
über Führung der Konsistorial- und Matrimonial-
geschäfte.

Aus beiliegendem Kreisschreiben an die bisherigen 29. Dezember
Obergerichte werdet Ihr ersehen, wie die Konsistorial- und 1831.
Matrimonialgeschäfte sowohl von dieser Behörde als von
dem verfassungsmäßig aufgehobenen Obergerichte Euch
zukommen sollen.

Wir werden diese Auflösung auch den betreffenden Be-
hörden der andern Kantone kund thun, und sie ansuchen,
Euch, wie bisher dem Obergerichte, nachbarliche und
bundesgenössische Handbietung zu leisten, was Ihr in allen
Fällen sorgfältig erwidern werdet.

Bern, den 29. Dezember 1831.

Kreis schreiben

des

Regierungsrathes an alle eidgenössischen
hohen Stände,
wegen Aufhebung des Oberehegerichts.

29. Dezember 1831. Durch die verfassungsmäßige Auflösung des bisherigen Oberehegerichts, fällt dessen Korrespondenz mit Euerer verehrlichen Behörde weg. Da an dessen Stelle die dreißig Amtsgerichte, einstweilen mit ähnlicher Befugniß, getreten sind, so ersuchen Wir Euch, Lit., nicht nur von nun an die betreffenden Angelegenheiten Euerer Angehörigen in hiesigem Kanton, an diese unten verzeichneten Amtsgerichte zu richten, sondern auch diesen das gleiche Zutrauen zu schenken, und die gleiche freundeidgenössische Handbietung in Sachen ihres Amtes zu leisten, deren sich das Oberehegericht zu erfreuen hatte. Sie sind dagegen angewiesen, Euch Lit. gegenrechtlich alle von ihnen abhängende Rechtshülfe und Gefälligkeiten zu leisten. Wir wünschen diesen kürzern und schnellern Rechtsgang, sowohl im Interesse der Parteien, als der allgemeinen Sittlichkeit, so daß nur in ungewöhnlichen und besonders wichtigen Fällen die Korrespondenz der Regierungsbehörden eintreten würde.

Womit Wir Euch Lit. unter Versicherung Unserer vorzüglichen Hochachtung nebst Uns dem Schutze des Allershöchsten getreulich empfehlen.

Bern, den 29. Dezember 1831.

B e s c h l u ß

ü b e r

Nichtbeziehung von Sporteln und Revision der Tarife.

Der Regierungsrath der Republik Bern;

In Betrachtung, daß die Artikel 71 und 86 der Staatsverfassung vorschreiben: es solle der Gehalt der Regierungsrathhalter, der Gerichtspräsidenten und Amtsrichter in keinen Sporteln bestehen; daß aber durch die Verfassung selbst über die Sporteln, die bisher von den Oberamt Männern und Amtsrichtern bezogen worden und die einen Theil ihres Gehaltes ausmachten, nichts weiters verfügt worden, hingegen eine vorläufige Verfügung hierüber nothwendig sey, da auf den 1. Januar 1832 die neuen Behörden für die Oberämter in Amtsthätigkeit treten;

v e r o r d n e t:

1. Die Sporteln oder Emolumente und Gebühren für Bewilligungen, gerichtliche oder in das Verwaltungsfach einschlagende Handlungen, welche bisher die Oberamtleute oder Amtsrichter bezogen haben, oder die für sie bezogen wurden, und die dem Staate nicht verrechnet werden mußten, sondern den Oberamtleuten oder den Amtsrichtern zu gut kamen, sollen vom 1. Januar 1832 an durch niemand mehr bezogen werden.

2. Es soll eine allgemeine Revision aller Emolumenten-Tarife statt finden, und der Vorschlag zu den an-

30. Dezember gemessenen Verfügungen hierüber dem Großen Rathe in 1831. einer der nächsten Sitzungen zur Berathung unterlegt werden.

Gegeben in Bern, den 30. Dezember 1831.

Der Schultheiß,

L f h a r n e r.

Der Staatschreiber,

F. W a y.
